Montag, 15. August 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 188 - 33.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Koalition intakt: Das „Sommertheater" zwischen FDP und CSU in der Koalition ist nach Ansicht von Kanzler Kohl „so etwas Natürliches wie ein Sommergewitter". Fraktionschef Dregger nannte die Auseinandersetzungen „beendet". Kohl außerdem: Er erwarte keinen „heißen Herbst" wegen der Stationierungsdebatte.

Hessen-Wahl: SPD-Chef Börner hat Koalitionen mit CDU oder den Grünen ausgeschlossen.

Papst in Lourdes: Papst Johannes Paul ist in dem südfranzösischen Wallfahrtsort eingetroffen. Gegen den Besuch hatten Unbekannte mit Bombenanschlägen protestiert.

Nkomo nach Zimbabwe: Oppositionsführer Nkomo beendet sein Londoner Exil und reist heute in seine Heimat.

Beziehungen zu Israel: Liberia will wieder diplomatische Beziehungen zu Israel aufnehmen, da es eine Isolierung Jerusalems und damit Erschwernisse für eine friedliche Nahost-Lösung befürchtet. Die Beziehungen waren von mehreren afrikanischen Staaten nach dem Krieg 1973 abgebrochen worden.

„DDR"-Urteil: Ein angeblicher US-Spion, der vom Bundesgebiet aus als Besuchsreisen „getarnte" Spionagefahrten unternommen haben soll, wurde in Ost-Berlin zu 15 Jahren Haft verurteilt.

Sowjetpräsenz im Pazifik: US-Verteidigungsminister Weinberger hat auf die zunehmende Flottenpräsenz der UdSSR im Pazifik hingewiesen. Moskau hat überraschend die US-Rechte über die Marshall-Inseln im Pazifik in Frage gestellt.

Unruhen in Chile: 24 Menschen sind nach Regierungsangaben bei Unruhen seit dem nationalen Protesttag am Donnerstag ums Leben gekommen.

Ultimatum in Polen: Die verbotene Gewerkschaft „Solidarnosc" droht mit einem Bummelstreik, falls die Regierung bis zum 22. August nicht mit ihr über die Vereinbarungen Regierung–Gewerkschaft von 1980 verhandelt. Eine Gedenkkundgebung zum dritten Jahrestag der Danziger Streiks wurde von der Polizei aufgelöst.

Honecker nach Warschau: Am Dienstag wird SED-Chef Honecker für drei Tage nach Polen reisen.

Offener Brief: Teilnehmer einer Fastenaktion in Ost-Berlin haben Honecker in einem offenen Brief aufgefordert, auch bei Nachrüstung im Westen keine weitere Stationierung von Atomraketen in der „DDR" zuzulassen.

Heute: Küstenländer beraten in Hannover über Lage der Werften. – Zehn afrikanische Staatschefs erörtern in Kongo Krise in Tschad.

ZITAT DES TAGES



» Die Mauer muß eines Tages niedergerissen werden. «

Der CDU-Fraktionsvorsitzende im Berliner Abgeordnetenhaus, Eberhard Diepgen, bei einer Kranzniederlegung am Mahnmal für die Opfer des Stalinismus am 13. August.

FOTO: KLAUS MEHNER

WIRTSCHAFT

Steuern: Graf Lambsdorff verspricht Reform „noch in dieser Legislaturperiode" bei Lohn- und Einkommensteuern.

Dollar: In USA auf 2,6960 DM zurückgegangen. Die US-Notenbank hatte zu verstehen gegeben, daß keine Zinserhöhung bevorstehe. – Kursrutsch an US-Aktienmärkten gestoppt.

Lebensversicherungen: „Voll im Aufwind" nach zwei Flaute-Jahren laut Verband. Für 1983 Beitragseinnahme von 37 Milliarden erwartet (1982: 33,7 Milliarden).

Lateinamerika: IWF-Einigung mit Brasilien über Auflagen; Argentinien-Kredit von 1,5 Milliarden Dollar bei Geschäftsbanken unterschriftsreif.

Kohleverflüssigung: Entscheidung über Standort (Nordrhein-Westfalen oder Saarland) erst 1984, sagt Forschungsminister Riesenhuber.

Trotzkisten: Dreizehn Linksradikale entlassen, die mit gefälschten Papieren und „vorgetäuscht niedrigem Bildungsstand" die Belegschaft von British Leyland unterwandern wollten.

Daimler-Benz: Personenwagen ab heute um durchschnittlich 2,8 Prozent teurer.

Krankenstand: Laut Ortskrankenkassen zur Jahresmitte 4,62 Prozent (nach 4,84 im Vorjahr und 5,38 vor zwei Jahren). Betriebskrankenkassen 4,74 Prozent (5,02 bzw. 5,54). Ersatzkassen 3,3 (3,49 bzw. 3,81).

KULTUR

Erich Loest: Der Leipziger Schriftsteller will nicht in die „DDR" zurück, wenn sein „Ausreisevisum" im März 1984 abläuft.

Franz Radziwill: Der führende Vertreter der „Neuen Sachlichkeit" in der Malerei ist 88jährig gestorben.

SPORT

Fußball: Nur 231 000 Zuschauer kamen zum Auftakt der Bundesliga-Saison 1983/84. Das ist der schwächste Premierenbesuch seit neun Jahren. Die meisten Besucher hatte Waldhof Mannheim (42 000).

Unfall: Der Italiener Artemio Franchi, Präsident der Europäischen Fußball-Union, ist tödlich verunglückt. Als möglicher Nachfolger gilt der Präsident des deutschen Verbandes, Neuberger.

Leichtathletik: Am letzten Tag der Weltmeisterschaft gab es eine weitere Enttäuschung: Favorit Thomas Wessinghage belegte nur Platz sechs. Es siegte der Ire Coghlan vor Schildhauer („DDR").

AUS ALLER WELT

Tourismus: In Frankreich werden 400 000 US-Gäste während der drei Sommermonate erwartet, als Folge der günstigen Wechselkurse. 1982 waren es 280 000.

Diplomatensohn: In die Affäre um Andrej Bereschkow, der schriftlich in Washington „um Asyl gebeten" hat, ist das FBI eingeschaltet worden. Die Sowjetbotschaft lehnte jeden US-Kontakt zu dem 16jährigen Diplomatensohn ab.

Wetter: Ein nach Osten wanderndes Hoch bringt warme Luft. Heiter und trocken, bis 26 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kohl: Heißer Herbst – was ist das? – „Sommertheater beendet"

Der Kanzler sieht in der Koalition keine „Zwistigkeiten von Bedeutung"

P. PHILIPPS/S. HEYDECK, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat am Wochenende deutlich gemacht, daß sich die Bundesregierung von den angekündigten Demonstrationen gegen eine mögliche Nachrüstung nicht unter Druck setzen lassen werde. Friedliche Demonstrationen seien ein „Freiheitsrecht". Aber keine Protestreaktion dürfe dazu führen, „daß das, was politisch richtig ist, was die verfassungsmäßig zustandegekommene Regierung für richtig hält und wozu sie sich verpflichtet hat, unterbleibt".

Im übrigen lehnte er den allgemein verwendeten Ausdruck „heißer Herbst" ab. Kohl fragte: „Was ist ein heißer Herbst?" Er fuhr fort: „Wir hatten einen heißen Sommer, wir werden hoffentlich einen schönen Herbst haben." Auch wenn stationiert werden müsse, „geht das Leben weiter, worauf ich auch Generalsekretär Andropow hingewiesen habe."

Mit Bedauern sehen viele, daß sich die Politik der SPD „stärker an die Ideologie und Politik der Grünen angenähert" habe. Doch, so Kohl, „in der besonderen Lage der Bundesrepublik Deutschland kann eine solche negative Opposition in der Wählerschaft kaum mit Zustimmung rechnen, an der Politik würde sich jedenfalls nichts ändern". Auf die „Pöbelszenen" im hessischen Landtag eingehend, sagte der Kanzler, „daß das, was dort an Beleidigung unserer amerikanischen Freunde geschehen ist, nichts mit der Meinung der riesigen Mehrheit der Bürger der Bundesrepublik zu tun hat".

In dem Interview griff Kohl auch noch einmal die Idee eines Gipfeltreffens der Repräsentanten der USA und der Sowjetunion auf: „Präsident Ronald Reagan hat mir gerade in diesen Tagen in einem Brief bestätigt, daß er an einer Begegnung mit Generalsekretär Andropow unter den erwähnten Voraussetzungen interessiert ist."

Kohl machte in dem Interview ebenso wie der Fraktionsvorsitzende der Union im Bundestag, Alfred Dregger, klar, daß das „Sommertheater" in der Bonner Koalition jetzt beendet sei. Es solle niemand glauben, „jedenfalls nicht bei einem Bundeskanzler Kohl", daß er sich „in einem Team zu Lasten des Teams profilieren" könne. Seine Lebenserfahrung sage ihm allerdings auch, „daß die, welche die lauten Töne von sich geben, in Wirklichkeit gar nicht die Gefährlichen sind".

Dregger erklärte die Auseinandersetzungen in der Koalition für „jetzt bendet". Der Fraktionsvorsitzende ging dabei insbesondere auf die vom bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß ausgelöste Debatte über Rücknahmen von Streichungen im sozialen Bereich ein.

Dregger unterstrich ebenso wie Kohl, daß die Union „ein existenzielles Interesse" daran haben müsse, daß die FDP bei der hessischen Landtagswahl „überlebt". FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher erklärte dazu im Südwestfunk, es müsse erreicht werden, daß in Hessen der Versuch scheitert, „von dort aus die rot-grüne Republik zu schaffen".

US-Raketenstudie stützt Moskau

Es geht um die „Anrechnung" der britischen und französischen Systeme

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Eine Studie der wissenschaftlichen Abteilung des amerikanischen Kongresses hat am Wochenende zusätzlichen Zündstoff in die Diskussion darüber gebracht, ob die französischen und britischen Atomwaffen bei den Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen (INF) eine Rolle spielen sollen. Die Washingtoner Studie stellt fest: Bei der Forderung, in die INF-Verhandlungen die französischen und britischen Waffen nicht einzubeziehen, berücksichtige Westeuropa nicht die Verpflichtungen, die Großbritannien und Frankreich mit der Unterzeichnung des NATO-Vertrages im Jahr 1949 eingegangen seien. Im Gegensatz dazu wird in Bonner Regierungskreisen darauf verwiesen, daß von einer Weigerung Londons und von Paris, über die Reduzierung der nationalen Kernwaffen zu verhandeln, keine Rede sein könne. Der richtige Platz dafür seien jedoch nicht die INF-, sondern die START-Verhandlungen, in denen über die Verringerung „strategischer Systeme" beraten wird.

Wie die „Washington Post" über die US-Studie berichtet, die unter der Leitung von Charles Gellner entworfen wurde, wird darin festgestellt, daß Großbritannien und Frankreich mit der Gründung der NATO 1949 Verpflichtungen eingegangen seien, die jetzt bei den Genfer INF-Verhandlungen außer acht gelassen würden. Unter Hinweis auf offizielle britische Dokumente stellt die Studie fest, die auf britischen U-Booten stationierten Atomraketen (SLBM) seien der NATO angegliedert. In Friedenszeiten stünden sie zwar unter nationaler Kontrolle, würden aber im Verteidigungsfall dem NATO-Kommando unterstellt.

Laut Kongreß-Studie verhält es sich mit den französischen Systemen anders. Frankreich habe für sein Atomarsenal mehr „Autonomie", es habe 1966 die militärische Integration der NATO verlassen. Dennoch sei auch Frankreich wie Großbritannien an die Verpflichtungen gebunden, die es mit der Unterzeichnung des Nordatlantik-Vertrages eingegangen sei.

Bei den Genfer INF-Verhandlungen ist die Frage der „Anrechnung" der britischen und französischen Atomsysteme mit Reichweiten über tausend Kilometer zwischen den beiden Verhandlungsmächten USA und UdSSR zu einem der entscheidenden Streitpunkte geworden. Beide europäischen NATO-Kernwaffenstaaten verfügen heute zusammen über 162 see- und landgestützte Trägersysteme mit nicht einzeln lenkbaren Atomladungen (MRV). Moskau schlug in Genf deshalb unter anderem vor, so viel SS-20-Werfer aus dem europäischen Teil der Sowjetunion

■ Fortsetzung Seite 6

Hälfte Tschads in Rebellenhand

Regierungstruppen weichen zurück / Paris verlegt Soldaten an Verteidigungslinien

DW. N'Djamena/Paris

Die von Libyen unterstützten Rebellentruppen des ehemaligen Präsidenten Goukouni Weddeye beherrschen nach Angaben informierter Kreise in N'Djamena nun offenbar die gesamte Nordhälfte Tschads. Die Regierungseinheiten des Präsidenten Hissène Habré setzten am Wochenende ihren Rückzug nach Süden fort und errichteten bei Salal etwa 350 Kilometer nordöstlich der Hauptstadt eine neue Verteidigungslinie.

Die Gefahr einer direkten Konfrontation französischer Truppen mit den Aufständischen hat sich erhöht. Nachdem am Samstag 200 der 500 französischen Fallschirmjäger, die im Verlauf der „Operation Manta" nach Tschad geflogen worden waren, nach Abéché im Osten an der Grenze zu Sudan verlegt wurden, ordnete Verteidigungsminister Charles Hernu gestern auch die Entsendung französischer „Paras" von N'Djamena nach Salal an. Dort sind sie nur noch 210 Kilometer Luftlinie von Koro Toro entfernt, das die Regierungstruppen nach amtlicher tschadischer Darstellung unter dem Druck libyscher Bombenangriffe räumen mußten. Sie hatten sich nach dem Fall von Faya Largeau zunächst nach Koro Toro abgesetzt. Die französischen Truppen sollen in erster Linie tschadische Soldaten ausbilden, haben aber Anweisung, sich bei einem Angriff zu verteidigen.

Frankreich ist nach Angaben von Außenminister Claude Cheysson bereit, seine Militärhilfe für Tschad noch zu erhöhen. Eine Verstärkung der französischen Truppen will Paris von der Entwicklung der Lage abhängig machen. Der Afrika-Berater des französischen Präsidenten Mitterrand, Guy Penne, traf gestern mit dem tschadischen Präsidenten Habré zusammen.

Außenminister Cheysson hat inzwischen die Vorwürfe von US-Präsident Reagan wegen des angeblichen französischen Zögerns in Tschad zurückgewiesen. In einer Rede in Südfrankreich erklärte er: „Ich möchte sagen, daß Frankreich, das heißt sein Staatspräsident, allein über die Entsendung von Ausbildern und Material entscheidet. Wir werden weder Ronald Reagan, noch Herrn Andropow, noch irgend jemand sonst konsultieren."

Der Sprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes, bestätigte unterdessen, daß Libyen bei der US-Regierung indirekt die Möglichkeiten der Beteiligung an einer Friedenslösung in Tschad sondiert hat. Es deute aber nichts darauf hin, daß Libyen wirklich Frieden wolle, sagte Speakes. Berichten aus Tschad zufolge entsende es weitere Verstärkungen für die Rebellentruppen.

Der libysche Staatschef Khadhafi bestritt erneut, daß seine Truppen im Nachbarland operieren. In einem amerikanischen Fernsehinterview sagte er, er gewähre den Rebellen lediglich „moralische Unterstützung" und setze auf „friedliche Verhandlungen" der tschadischen Konfliktparteien.

Die sowjetische Presse hat gestern Frankreich und die USA wegen ihres Engagements in Tschad angegriffen. Das Organ des Zentralkomitees, „Sowjetskaja Rossija", schrieb, die US-Regierung verstärke ihre Einmischung in die Angelegenheiten Tschads und stachele Paris an, das gleiche zu tun. Im Parteiorgan „Prawda" hieß es, Paris sei in eine peinliche Lage geraten, was seine Kritik an der Mittelamerika-Politik der USA betreffe. „Wenn Paris die Interventionsmaßnahmen der USA in Mittelamerika verurteilt, wie kann es dann seine eigene bewaffnete Intervention in Mittelafrika zusammen mit den USA rechtfertigen?" Die Ereignisse in Tschad bewiesen, so die „Prawda", wie eng die Außenpolitik Frankreichs an jene Washingtons gebunden sei.

Um eine Verhandlungslösung des Tschad-Konflikts bemühten sich am Wochenende in Brazzaville auch die Staats- und Regierungschefs zehn afrikanischer Staaten, die zu den Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der kongolesischen Revolution angereist waren.

USA wollen jungen Russen schützen

TH. KIELINGER, Washington

Das politische Gerangel um einen 16jährigen sowjetischen Diplomatensohn in Washington, der angeblich nicht in seine Heimat zurückkehren will, hat sich am Wochenende noch verschärft. Die sowjetische Botschaft lehnte es ab, amerikanischen Behörden eine Befragung des Jugendlichen zu gestatten. Die sowjetischen Diplomaten unterstehen jetzt einer strikten Bewachung durch das Bundeskriminalamt FBI.

Bei dem Jugendlichen handelt es sich um Andrej Bereschkow, Sohn des Ersten Sekretärs der sowjetischen Botschaft. Von ihm erhielten Präsident Reagan und die „New York Times" am Donnerstag vergangener Woche jeweils einen handgeschriebenen Brief, in dem der Jugendliche seine Absicht kundtat, in den USA um politisches Asyl nachzusuchen.

Unklar bleibt, warum sich der junge Bereschkow nicht einfach als Asylant auf der nächsten Polizeistation meldete. Er war am Mittwochabend mit dem Familienauto verschwunden, wurde von seinen Eltern bei den Behörden als „vermißt" gemeldet, kehrte dann aber nach Auskunft seines Vaters am Donnerstagmorgen wieder in das elterliche Apartment zurück.

Der Fall wäre danach ad acta gelegt worden, hätte es nicht die beiden Briefe gegeben. Gemäß internationalem Recht muß eine Person, die in einem Land um politisches Asyl nachsucht, von den Behörden dieses Landes befragt werden können, damit die Umstände seines Ersuchens deutlich werden. Das gilt auch für Minderjährige.

Die US-Regierung steht jetzt vor dem Dilemma, einen potentiellen Asylanten sprechen zu wollen, der nicht greifbar ist. Die sowjetische Botschaft verweigert, unter lauten Protesten über angebliche „Übergriffe" und „Provokationen", jede Hilfe bei der Ermittlung des Falles. Auch die Eltern des jungen Bereschkow lassen sich seit vorigen Donnerstag nicht mehr sehen. Es wurde lediglich konzediert, daß der junge Mann noch in Washington ist. Das kann in der elterlichen Wohnung sein, in der sowjetischen Botschaft an der 16. Straße oder im Wohnkomplex der sowjetischen Diplomaten an der Tunlaw Road.

Um ganz sicher zu gehen, daß An-

● Fortsetzung Seite 6

DER KOMMENTAR

Klarheit für Genf

RÜDIGER MONIAC

Auch wenn in Washington jetzt eine Studie das britische und französische Atompotential *im Zusammenhang* mit den Genfer Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen in den Blickpunkt rückt, ein wirkliches Thema ist das in den USA nicht. Das Kürzel INF, welches in Europa die stationierten Nuklearwaffen mittlerer Reichweite bezeichnet, die den nordamerikanischen Kontinent nicht bedrohen können, bewegt viel eher europäische Gemüter. Die Studie aus dem Kongreß, so zutreffend sie im Abstrakt-Grundsätzlichen die Verantwortung Großbritanniens und Frankreichs bei der NATO-Verteidigung beschreibt, ist mit ihren akademischen Darlegungen für die politische Auseinandersetzung der Europäer über den richtigen Weg in Genf nicht hilfreich.

Die britischen Atom-U-Boote sind in die strategische Zielplanung der USA einbezogen; die französischen sind es jedoch nicht, auch nicht die Raketen auf dem Plateau d'Albion. Allerdings existierten weder die britischen noch die französischen im Jahre 1949, als unter dem Eindruck unterlassener sowjetischer Abrüstung in Europa und angesichts der Unterwerfung osteuropäischer Staaten zu Satelliten des Sowjetkommunismus London und Paris gemeinsam mit Washington das politische und militärische *Bündnis NATO formierten*. Schon deshalb macht es wenig Sinn, auch das Nuklearelement dieser beiden europäischen Staaten als integralen Bestandteil der strategischen Atomabschreckung Amerikas zu betrachten. Beide europäischen Länder sehen sich heute als „Kernwaffenstaaten", ihr Potential dient der „nationalen Verteidigung" – das britische weniger, das französische mehr.

Das nimmt die Bonner Regierung nüchtern in ihre Rechnung. Bonn muß deshalb darauf bestehen, das britische und das französische Potential dort „angerechnet" zu sehen, wo es der Systematik nach hingehört, nämlich in die Verhandlungen über die strategischen Waffen. Dieses Thema gehört an den START-Tisch.

Kanzler Kohl, seine Vize Genscher und auch der Dirigent der Unionsfraktion, Dregger, lassen daran nicht den mindesten Zweifel. Besonders der Regierungschef hat mit seinen jüngsten Äußerungen die Geschäftsordnung für die entscheidende INF-Runde klargestellt: der Doppelbeschluß gilt in seinen beiden Teilen. Bonn schiebt die Pershing 2 nicht beiseite.

Arbeitnehmer melden sich seltener krank

dpa/VWD, Eschborn

Die pflichtversicherten Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland melden sich seltener krank. Sowohl die Orts- als auch die Betriebs- und Angestellten-Ersatzkassen registrieren einen sinkenden Krankenstand. Der Arbeitgeberverband führt das „auf das gute Gespür" der Mitarbeiter für die schwierige Lage der Betriebe zurück. Die Gewerkschaften sehen den Grund in der Angst um den Arbeitsplatz. Die Krankenkassen reagieren mit sinkenden Beiträgen.

Die Ortskrankenkassen meldeten am 1. Juli einen Krankenstand von 4,62 Prozent. Zur selben Zeit 1982 waren es 4,88 und 1981 sogar 5,38 Prozent. Im Jahresdurchschnitt sank die Krankenquote von 6,03 Prozent (1980) über 5,53 (1981) auf 4,84 (1982).

Die Betriebskrankenkassen registrierten dieselbe Entwicklung: im Juni einen Durchschnitt von 4,74 Prozent (einschließlich der freiwillig Versicherten); im Juni 1982: 5,02 und im Juni 1981 noch 5,54 Prozent. Die Angestellten-Ersatzkassen: 3,31 Prozent am 1. Juli; ein Jahr zuvor 3,49 und 1981 noch 3,81 Prozent.

Dazu Bodo Scharf vom DGB: Der langfristige Trend sei seit Bestehen der Bundesrepublik konstant, folge allerdings mittelfristig der Konjunkturentwicklung. Die drastische Entwicklung der jüngsten Zeit beruhe auf der Angst vor Verlust der Arbeit und darauf, daß Mitarbeiter mit gesundheitlichen Einschränkungen schon längst „ausgesondert" worden seien.

Anschläge vor Papst-Wallfahrt in Lourdes

dpa/AFP/rtr, Toulouse/Lourdes

Wenige Stunden vor der Ankunft von Papst Johannes Paul II. im Marienwallfahrtsort Lourdes ist gestern morgen erneut ein Anschlag auf eine religiöse Einrichtung in Südfrankreich verübt worden. Unbekannte legten in den Redaktionsräumen der katholischen Zeitschrift „La Croix du Midi" in Toulouse Feuer. Gegen drei der 20 Festgenommenen, die wegen des Anschlags auf die Pontius-Pilatus-Statue am Kreuzweg in Lourdes als Täter verdächtigt werden, wurde Haftbefehl erlassen. Die Polizei geht davon aus, daß der jüngste Brandanschlag im Zusammenhang mit dem Papst-Besuch sowie der vorläufigen Festnahme der 20 Angehörigen anarchistischer Gruppen steht.

Die Pilgerreise nach Lourdes steht unter scharfen Sicherheitsvorkehrungen. Insgesamt sind mehr als 3600 Polizisten im Einsatz. Um eventuellen Aktionen vorzubeugen, hat die Polizei im Baskenland bislang zwölf mutmaßliche Mitglieder der Baskenorganisation ETA festgenommen.

Der Papst wird bis Montag abend in Lourdes bleiben. Als Auftakt des Besuchs war gestern nachmittag ein Gespräch mit Staatspräsident François Mitterrand eingeplant. Insgesamt will der Papst elf Predigten und Ansprachen halten, darunter als wichtigste heute eine Botschaft an die ganze Welt. Es wird erwartet, daß er dabei zu aktuellen Problemen Stellung nehmen wird, nachdem er gestern kurz vor seinem Abflug der „nicht enden wollenden Tragödie Libanons und der jüngsten traurigen Ereignisse in Chile" gedacht hatte.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wie Börner sich dreht

Von Dankwart Guratzsch

Die hessische SPD steht am Beginn des Wahlkampfes mit einem Wahlslogan da, den sie selber ad absurdum führt. „Schafft klare Verhältnisse", schreibt sie auf ihre Plakate. Aber sie ist nicht bereit, einer Wiederauflage der hessischen Verhältnisse abzuschwören. Das Äußerste, was Holger Börner garantieren kann, ist die Absage an „Koalitionen" mit den Grünen und der CDU.

Die Partei wünscht sich, daß dies als eine klare Aussage verstanden wird. Aber Koalitionen hat ihr bisher nur – und zwar bis in die jüngste Zeit hinein – die CDU angeboten. Wäre dieses Angebot in der vorzeitig beendeten Legislaturperiode angenommen worden, hätte Hessen eine handlungsfähige Regierung und einen ordentlichen Haushalt erhalten. Neuwahlen, die den Steuerzahler zweistellige Millionenbeträge kosten – Summen also, die für Investitionen und Arbeitsplätze dringend gebraucht werden – wären unnötig gewesen.

Die Grünen hingegen waren zu keinem Zeitpunkt zu einer Koalition mit der SPD bereit – sie haben das auch für die Zukunft bekräftigt. Dagegen halten sie sich für eine punktuelle Zusammenarbeit in Sachfragen nach wie vor bereit. Börners Äußerung vor den Delegierten in Wiesbaden bedeutet demnach bei Lichte besehen, daß auch er eine solche Zusammenarbeit nicht ausschließen mag. Das würde heißen, daß die versprochenen „klaren Verhältnisse" jene „hessischen Verhältnisse" sein können, zu deren Überwindung die Wahlen überhaupt veranstaltet werden – Verhältnisse zudem, die die politische Entwicklung des Landes Hessen in einer Zeit schwerster Krisen behindert und einer parteitaktischen Schaukelpolitik ausgeliefert haben.

Die SPD hofft, dem zu steuern, indem sie einen Zwei-Parteien-Landtag anstrebt, in dem sie selbst stärkste Partei ist. Das wäre nur möglich, wenn sie die Grünen unter die Fünf-Prozent-Hürde drücken und ihnen, wie auch der CDU, Wähler abluchsen könnte. Um dies zu erreichen, opfert die Partei Stück für Stück ihr altes Profil und gibt sich einen grünen Anstrich. Jüngstes Beispiel: Vor schwerwiegenden politischen Entscheidungen soll künftig die Meinung von Mitgliederversammlungen und Wahlkreisdelegierten-Konferenzen eingeholt werden. Mit anderen Worten: Die grüne Basisdemokratie zieht ein.

DGB contra Lehrlinge

Von Günther Bading

Wenn es nur Miesmacherei wäre, was die DGB-Vorständlerin Ilse Brusis jetzt an Kritik gegen die heute beginnende Lehrstellen-Aktion der „Bild"-Zeitung vorzubringen hat, dann könnte man mit Kopfschütteln über soviel Unverstand zur Tagesordnung übergehen. Die aus der Lehrergewerkschaft GEW hervorgegangene Vorstandsdame wettert gegen ein vermeintliches „Rechtskartell" aus „Bild"-Zeitung, Bundesanstalt für Arbeit und den Arbeitgeberverbänden, die der Zeitung mit der höchsten Auflage in Deutschland bei der Lehrstellensuche helfen wollen. „Seltsame Blüten" der neuen Regierungspolitik seien das.

Die seltsamen Blüten allerdings produziert der DGB hier selber. Wo sind die Zeiten, als Arbeiterbewegung noch Solidarität, Selbsthilfe und Hilfe für den anderen hieß? Statt gegen vermeintlichen Reklamerummel zu Felde zu ziehen (der sich lohnte, wenn auch nur ein paar Dutzend junge Menschen dadurch zu einem Ausbildungsplatz kämen), muß sich die im DGB für die Jugend zuständige Gewerkschaftlerin fragen lassen, warum denn der DGB bei solchen Aktionen abseits steht.

Beinahe täglich laufen die Meldungen ein, wie gut die einzelnen Gewerkschaften bei den Betriebsratswahlen abgeschlossen hätten. Man ist also vor Ort präsent, dort, wo man am sichersten jede neue oder freie Lehrstelle feststellen kann. Und was tun diese Gewerkschaften vor Ort? Warum kämpfen sie nicht – die ja sonst keine Berührungsängste kennen, wenn es um Themen wie „Frieden" oder „Nicaragua" geht – Seite an Seite mit Christdemokraten, Sozialdemokraten, Arbeitgebern und auch der „Bild"-Zeitung um jeden Ausbildungsplatz? Wo bleibt denn hier die Solidarität?

Wenn es halt nur Miesmacherei wäre, was die Ilse Brusis da betreibt. Aber nein, diese Tiraden sind Ausdruck der Geisteshaltung jener neuen Generation von Funktionären, die nicht mehr gewohnt sind, die Ärmel aufzukrempeln und sich nötigenfalls selber zu helfen. Sie können in der Krise nur eins – laut nach den Funktionärskollegen des Staates rufen.

Zusatzmauer (West)

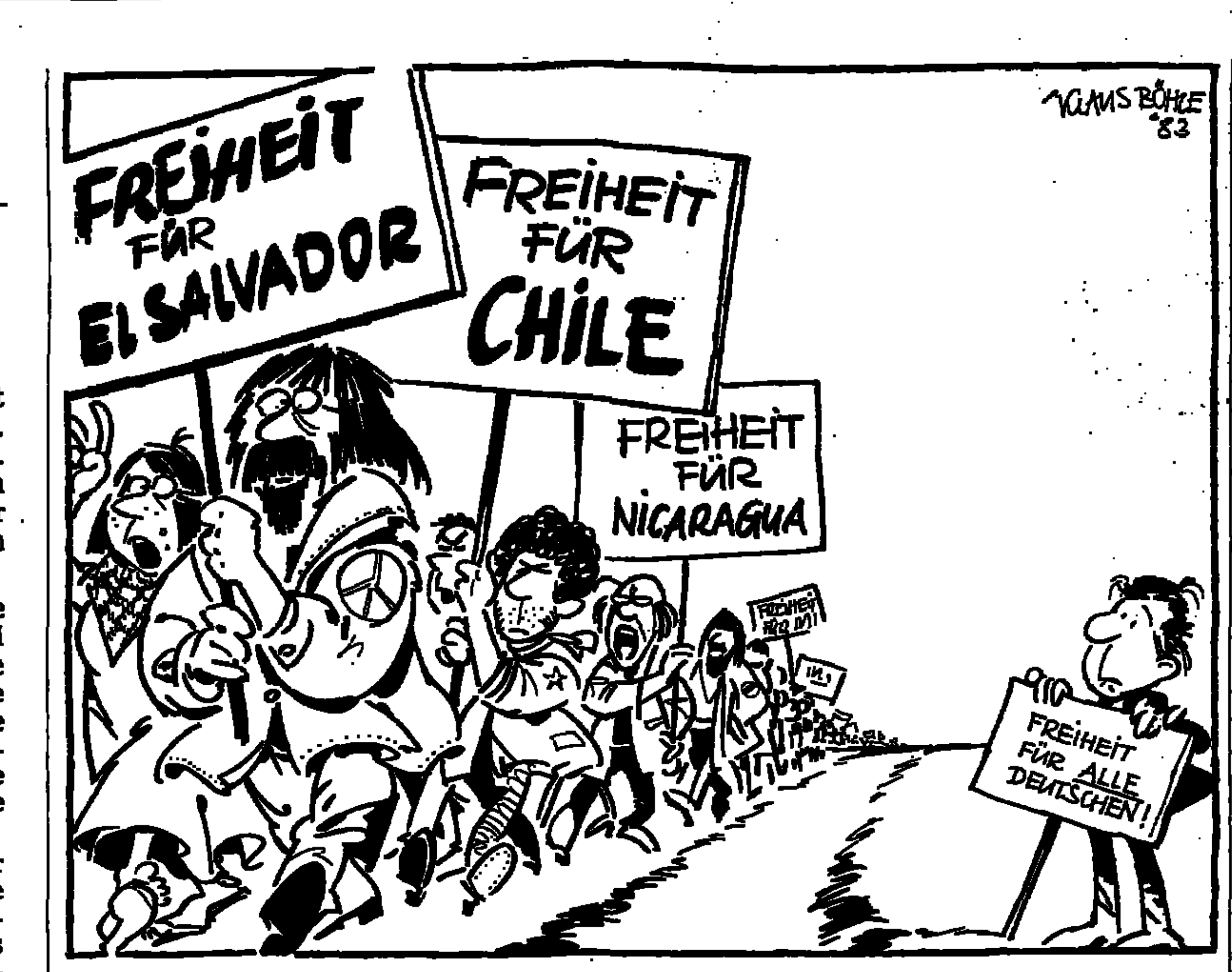
Von Bernd Hummel

Die „DDR" hat zum Bau der neuen innerdeutschen Autobahn zwischen Eisenach in Thüringen und Herleshausen im nordhessischen Werra-Meißner-Kreis ein achttausend Quadratmeter großes hessisches Geländestück im Mai dieses Jahres übernommen, befristet bis zum 1. Juli 1984. Seitdem sind „DDR"-Arbeiter auf hessischem Gebiet tätig.

Natürlich läßt die „DDR" ihre Arbeiter nicht ungesichert in den Westen. Die sozial-liberale Koalition hatte sich seinerzeit dazu verpflichtet, um diese Baustelle einen Zaun errichten zu lassen. Vierhundert Meter lang und 1,50 Meter hoch begrenzt er seit Mai dieses Gelände. Offiziell heißt es, man habe nur eine „normale Bauraumbegrenzung" errichtet. Faktisch ist die innerdeutsche Begrenzung so geschickt an einem Hang angelegt, daß sie praktisch unübersteigbar ist. Überdies kontrollieren die hessischen Stellen nicht, was für Zivilisten dort tätig sind und was sie in der Tasche haben.

Vor einiger Zeit nun wurde der Zaun beschädigt, als ein vom Wind umgeblasener Baum darauf fiel. Alsbald tickerte eine fernschriftliche Forderung aus Ost-Berlin nach Bonn, man möge ihn schleunigst reparieren. Von Bonn wurde sie an das Landesamt für Straßenbau in Wiesbaden weitergegeben. Und das fühlte sich – vertreten durch den Referenten für Baudurchführung „Nord", Baudirektor Fertig – zu rascher Ausführung veranlaßt. Fertig griff zum Telefon und ordnete am zuständigen Straßenbauamt in Eschwege vorbei die sofortige Reparatur an.

Mittlerweile bedarf es nicht einmal eines „DDR"-Fernschreibens. Bei Sprengungen eines alten Brückenfundaments durch „DDR"-Arbeiter wurde wenig später der Zaun erneut beschädigt. Prompt waren Arbeiter zur Stelle, die Einzäunung zu flicken. „Die Anweisung aus Wiesbaden war eindeutig", verrät ein Arbeiter. Und die Kosten – sind ja bescheiden, nur 450 DM – trägt der deutsche Staatsbürger (West). So darf er dazu beitragen, eine „Republikflucht" deutscher Staatsbürger (Ost) zu verhindern.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Doch Freude an der Arbeit

Von Peter R. Hofstätter

Ist das nun ein Fortschritt? Gefragt, ob man den meisten Menschen vertrauen könne, war im Sommer 1953 fast jedermann – 82 Prozent der Männer und 83 Prozent der Frauen – der Ansicht, daß dem nicht so sei. Seither ist die Skepsis auf 53 Prozent zurückgegangen. Entsprechend hat der Prozentsatz der Befragten von 68 auf 80 zugenommen, die angeben, „in einer schwierigen Lage ... gibt es für sie einen Menschen, mit dem sie alles besprechen können".

Das ist gut so, denn im gleichen Zeitraum von etwas mehr als einem Vierteljahrhundert scheint es, daß wir empfindlicher geworden sind für Langeweile und Einsamkeit. Das Erlebnis, „wenn einem an Sonntagen oder Feiertagen die Zeit so lang wird", kannten 1953 erst 18 Prozent der Befragten, 1979 waren es bereits 26 Prozent, und unglücklich darüber zu sein, „wenn sie häufig allein sein müßten ohne ihre Familie und ohne ihre Freunde", geben nun schon 57 Prozent der Frauen und 60 Prozent der Männer zu, während es vor 26 Jahren nur 49 Prozent waren. Wir verstehen es allerdings so einzurichten, daß wir – das heißt etwa zwei Drittel einer repräsentativen Stichprobe, sowohl 1953 als auch 1979 – nur „wenig allein" sein mußten.

Aussagen dieser Art verdanken wir dem Umstand, daß das Demoskopische Institut in Allensbach zweimal im Abstand von 26 Jahren die Möglichkeit einer Repräsentativ-Erhebung mit 3000 bzw. 2000 Interviews hatte, bei denen 1953 und 1979 jeweils der gleiche Fragebogen verwendet wurde. Um die Deutung dieses Materials bemühte sich in Bonn mit der Unterstützung der Thyssen-Stiftung ein wissenschaftliches Symposium, das seinen Niederschlag in dem nun von Elisabeth Noelle-Neumann und Edgar Piel herausgegebenen Band gefunden hat: „Eine Generation später", München, Verlag Sauer, 1983.

Bei dieser Gelegenheit entwickelte die Institutsleiterin ihre These, daß die in diesen 26 Jahren erfolgte Annäherung der Geschlechter bezüglich ihrer Interessen, Empfindungen und Verhaltensweisen keineswegs bloß auf die gesteigerte Aktivität und Selbständigkeit der Frauen, sondern sehr wesentlich auch auf eine sich immer deutlicher abzeichnende „Kraftlosigkeit" und „Passivität" der Männer zurückzuführen sei. So habe sich beispielsweise der Prozentsatz von jungen Männern, die häufig Spaziergänge machen, von 45 auf 24 Prozent verringert, bei den jungen Frauen sei er dagegen von 57 auf 60 Prozent angestiegen. Im ganzen gaben allerdings nach wie vor 53 bzw. 57 Prozent an, gerne Spaziergänge zu machen. Im Mittel hat sich somit kaum etwas geändert.

Vergleiche dieser Art sind interessant, auch wenn von vornherein erwartete Unterschiede nicht in Erscheinung treten; gerade darin mag bisweilen sogar die eigentliche Überraschung liegen: „Daß man eine Familie braucht, um wirklich glücklich zu sein", glaubten z. B. 1979 fast ebenso viele Befragte (73 Prozent) wie 1953 (78 Prozent). Über den Chef, der sich im Betrieb manchmal mit den Arbeitnehmern unterhält, statt diesen bloß Anweisungen zu geben, berichteten schon 1953 drei von vier Befragten, 1979 waren es nur um zwei Prozent mehr.

Recht wenig verändert hat sich auch die Einstellung zum Beruf, obwohl die Allensbacher eine „absinkende Freude an der Berufsarbeit" diagnostizieren. Den jetzigen Beruf wiederwählen würden Berufstätige heute sogar eher als damals, und meist oder vollkommen „eintönig" finden ihren Beruf 1979 nur mehr 13 Prozent gegenüber 17 Prozent im Jahr 1953. Bei den 18- bis 24jährigen ist der Anteil dieser Unzufriedenen sogar von 22 auf 16 Prozent zurückgegangen.



Mehr Menschen als früher würden „den jetzigen Beruf wiederwählen": Arbeitnehmer 1983 FOTO: KATHARINE YOUNG

Die interessantesten Fragen haben in der Bonner Diskussion die Wirtschaftswissenschaftler Wolfram Engels und Christian Watrin im Zusammenhang damit aufgeworfen, daß sich zwischen 1953 und 1979 unter Berücksichtigung der gestiegenen Lebenshaltungskosten die realen Bruttoverdienste ungefähr verdreifacht haben. Sind wir im gleichen Maß auch zufriedener oder sogar glücklicher geworden? Es könnte ja auch sein, „daß zunehmender Wohlstand ... die Gefahr abnehmender Sinnerfahrung mit sich" bringt. Das wäre der Weg in die Freudlosigkeit.

Für eine solche Entwicklung, die zur Verzweiflung am Sinn des Lebens führen müßte, spricht in den demoskopischen Daten kaum etwas. Was uns Sorgen bereitet, sind hier wie so oft in erster Linie die durch vielfältige Publizität zur Scheinrepräsentativität aufgeblähten Schwierigkeiten einzelner Personen: Da bewährt sich die Demoskopie als Korrektiv.

Was das Gros der Bevölkerung vor der Katastrophe bewahrt, ist – und hier muß ich Frau Noelle-Neumann nun doch widersprechen – das von dem amerikanischen Soziologen David Riesman beschriebene Phänomen der „einsamen Masse". Man muß nur das Wort „einsam" – das amerikanische „lonely" – semantisch korrekt in das deutsche Adjektiv „ängstlich" übersetzen. Die Allensbacher Studien lassen, wie das auf dem Symposium Helmut Klages gezeigt hat, deutliche „Zuwächse an zwischenmenschlicher Bindung und mitmenschlicher Öffnung" sowie an Engagement in der Nachbarschaft und in Vereinen erkennen.

Darin kommt eine Strategie der Sicherung zum Ausdruck: „Die Menschen mit intensiver Vereinstätigkeit oder auch mit intensiver Nachbarschaftseinbindung finden ihre Arbeit ... im Durchschnitt der Fälle deutlich interessanter und weniger eintönig als die übrigen." Diese Menschen haben wohl auch im ganzen nicht nur eine positivere Einstellung zu ihren Mitmenschen, sondern zum Leben überhaupt. Kooperation statt Konflikt könnte somit eine der Leitlinien sein, die sich aus dem Vergleich zwischen 1953 und 1979 ergibt. Sie ist es, die von den Propheten der egoistischen Selbstverwirklichung so gründlich verkannt wurde.

IM GESPRÄCH Juli Kwitsinskij

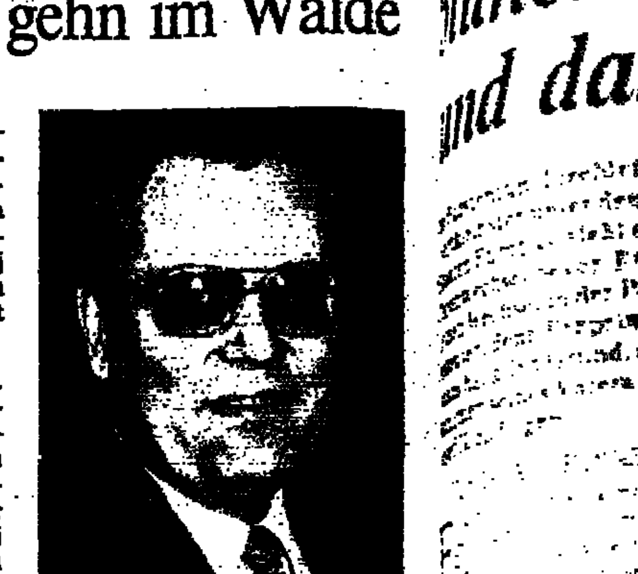
Zwei Männer gehn im Walde

Von Ladislaus Hory

Bieten die grünen Wälder eine bessere Atmosphäre für Verhandlungen über Raketen als die grünen Tische? Zumindest kann man sich in Ihnen verlaufen. Was die Unterhändler Nitze (USA) und Kwitsinskij (UdSSR) aushandelten, hat beiden Regierungen mißfallen, aber es sorgt immer noch für Aufregung.

Juli Kwitsinskij ist kein Russe. Sein Vater war ein polnischer Ingenieur, der nach Sibirien abkommandiert wurde. Möglicherweise hat man ihm eine Arbeitsmöglichkeit dort offeriert, nachdem Stalin und Hitler Polen aufgeteilt hatten. Kwitsinskij (46) ist der jüngste der sowjetischen Verhandlungsdelegation. Er hat seine Jugend unter schwersten Verhältnissen in Sibirien verbracht. Aber bereits in der Schule wurde Julis Sprachtalent entdeckt. Deshalb wurde er nach Moskau an das Staatsinstitut für internationale Beziehungen geschickt, wo er im Jahre 1959 graduiert hat. Sein Spezialgebiet wurden deutsche Angelegenheiten. Sechs Jahre hat er in der Ostberliner Sowjetbotschaft verbracht. Er ist Doktor der Rechtswissenschaften und er schrieb seine Dissertation über West-Berlin.

Kwitsinskij baute seine Karriere im Moskauer Außenministerium auf, wo ihn Gromyko entdeckt hat. In den siebziger Jahren war er der stellvertretende Leiter der deutsch-österreichischen Sektion des Europäischen Ressorts. Er wirkte Anfang der siebziger Jahre mit der Sowjetdelegation in der Ausarbeitung des Berlin-Abkommens zusammen und war später an den Verhandlungen über die Reduktion der Streitkräfte in Mitteleuropa (MBFR-Verhandlungen) beteiligt, *die bis dato ohne Erfolg* blieben. Bis Mitte der siebziger Jahre, als er zu den strategischen Verhandlungen nach Genf delegiert wurde, war er stellvertretender Missionschef in Bonn.



Sibirischer Pole für Sowjetrußland: Kwitsinskij FOTO: SVEN SIMON

Das „Sprachgenie" Kwitsinskij spricht außer Russisch und Deutsch noch Englisch, Französisch, Polnisch und Schwedisch. Seine Frau ist Lehrerin für französische Sprache. Sie haben zwei Töchter im Teenager-Alter.

Im Wald spazierten Kwitsinskij und Nitze allein. Sonst wird Kwitsinskij von Wiktor Pawlowitsch Karpow beschattet. Botschafter Karpow arbeitet mit dem sowjetischen Propaganda- und Spionagezentrum für Nordamerika, genannt „Institut für USA und Kanada", zusammen, dessen Direktor Andropows intimer Freund Arbatow ist. Sein Spezialgebiet ist Rüstungskontrolle. Er war auch an den SALT-Verhandlungen beteiligt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN



Bild

Zur Berliner Mauer heißt es in dem Massenblatt:

Das Bauwerk gegen Deutschland, die Mauer in Berlin, steht heute 22 Jahre. Seitdem wurden 60 000 Bürger der „DDR" wegen sogenannter Fluchtdelikte zu Haftstrafen verurteilt. Allein diese Zahl demonstriert den Zweck der Mauer: Sie ist eine Gefängnismauer. Sie soll den Menschen zeigen, daß sie „Insassen" sind. Was immer Menschenhand in der Geschichte aufbaute: Alles ist vergänglich: den Turm zu Babel gibt es nicht mehr, das Reich der Inkas ist vergangen. Die Mauer wird auch eines Tages verschwinden. Nur: Wer das Unrecht der Mauer schweigend hinnimmt, trägt dazu bei, daß sie stabil bleibt.

Mannheimer MORGEN

Zum Streit um die fälschungssicheren Ausweise heißt es in dem Blatt:

Es ist noch kein Einwand gegen die neue Ausweispflicht geltend gemacht worden, der sich nicht durch gesetzliche Maßnahmen entkräften ließe. Wäre es anders, hätten gewiß nicht alle Innenminister der Länder auf die rasche Verwirklichung gedrängt. Auch Herbert Schnoor, der zuständige Ressortchef von Nordrhein-Westfalen, gehört zu dieser Runde. *Mittlerweile* ist ihm eingefallen, er sei von Anbeginn dagegen gewesen. In ihm ist das Dilemma der SPD personifiziert.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Zu den Grünen urteilt das Blatt:

Einmal mehr hat sich der tiefe Graben weit aufgetan, der sich quer *durch die Reihen der Grünen* in diesem Land zieht. Er macht deutlich, daß ihre Aushängeschilder Kretschmann, Hasenclever und Heimann nicht die ganze Partei repräsentieren, sondern allenfalls die Hälfte. Während sie die Blut-Aktion des hessischen Grünen Schwalba-Hoth noch einmal beim Namen nennen und als *niederträchtige Gewaltaktion qualifizieren*, spricht die andere Seite der Grünen hierzulande durch das Landesvorstandsmitglied Kaeser eine ganz andere Sprache.

NRC HANDELSBLAD

In der niederländischen Zeitung wird der Kongreß des Weltkirchenrats, speziell die Äußerung zur Kernwaffenfrage, kritisch kommentiert:

Wer die Erklärung des Weltkirchenrats mit früheren Gepflogenheiten vergleicht, Waffen kirchlich abzusegnen, kann natürlich von einem großen Fortschritt sprechen. Aber einen Beitrag zur Diskussion über die Rolle der Atomwaffen bei der Wahrung des Friedens und zur Lösung des größten Problems, wie der Friede auf dem niedrigst möglichen Waffenniveau bewahrt werden kann, hat der Rat nicht geliefert. Im Gegenteil, nach einer Passage, in der Genfer Verhandlungen scheinbar unterstützt werden, ließ die Erklärung einen Satz folgen, in dem die Modernisierung von Atomwaffen auf westlicher Seite strikt verurteilt wird. Damit stellt sich der Weltkirchenrat hinter Moskau.

TELEGRAAF

Das Blatt in Den Haag empfiehlt eine Trennung der Christen:

Naivität ist eine unzureichende Erklärung für das Stimmverhalten der Mehrheit der Abgeordneten, als eine Reihe antiwestliche und prokommunistische Resolutionen zur Sprache kamen ... Es wird Zeit, daß sich innerhalb der kirchlichen Organisationen eine Scheidung der Geister vollzieht und daß aufrechte Christen deutlich machen, daß sie nicht mehr vertreten werden wollen durch geistliche Führung, die die biblische Botschaft mißbraucht als Deckmantel für eine gegen die freie Welt gerichtete politische Agitation.

Wie die Türkei den Golfkriegern den Rücken freihält

In aller Stille ein kooperativer Schlag gegen die Kurden / Von Evangelos Antonaros

Mit ständig wachsender Sorge verfolgt die Türkei die Ausweitung der Kampfhandlungen im irakisch-iranischen Dauerkrieg. Weil die jüngsten Schlachten an der Nordfront stattfinden, und zwar unweit vom türkisch-iranisch-irakischen Länderdreieck, können viele Türken die berechtigte Befürchtung nicht loswerden, daß der nun seit drei Jahren anhaltende Konflikt auf ihr Hoheitsgebiet übergreifen oder vitale Interessen der Türkei tangieren könnte.

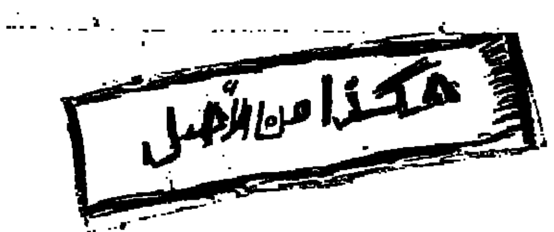
Wie brisant die Lage für Ankara geworden ist, haben drei Ereignisse gezeigt: Der türkische Außenminister Ilter Türkmen reiste völlig unerwartet und ohne Angabe von Gründen nach Ostanatolien und besichtigte von der Stadt Diyarbakir aus mit dem Hubschrauber die osttürkischen Grenzgebiete. Nur ein paar Tage zuvor hatte sich der irakische Vizepremier Tariq Aziz zu Gesprächen in Ankara aufgehalten und war sogar zu einer längeren Unterredung von Staatschef Kenan Evren empfangen worden. Schließlich reiste Anfang dieser Woche ein hoher Beamter des iranischen Außenministeriums nach Ankara, um Türkmen ein persönliches Schreiben seines Teheraner Amtskollegen zu überbringen. Einzelheiten sind zu diesen Vorgängen nicht bekanntgeworden.

Nach außen demonstriert die Türkei freilich Neutralität. Schließlich sind sowohl Iran als auch Irak die beiden wichtigsten Handelspartner der Türken. Aber in Ankara wurden die Warnungen des iranischen Parlamentspräsidenten Rafsanjani mit Ärger zur Kenntnis genommen, wonach die Ölpipeline, die die nordirakischen Quellen von Kirkuk mit dem türkischen Mittelmeerhafen Yumurtalik verbindet, „in der Zukunft weniger sicher werden könnte". Ankaras Antwort kam postwendend: „Die Türkei würde keine Aktionen dulden, die ihre nationalen Interessen beeinträchtigen könnten." Im Klartext: Ein Bombardement der sowohl für Irak wie auch für die Türkei lebenswichtigen Pipeline durch die iranische Luftwaffe würde das türkische Militärregime als einen feindseligen Akt betrachten.

Unlängst unterzeichneten Ankara und Bagdad ein Abkommen zur Aufstockung der Jahreskapazität dieser Pipeline, die 640 Kilometer lang durch türkisches Territorium verläuft, von derzeit 35 auf 49 Millionen Tonnen Öl. Unter der bisherigen Regelung haben die Türken nicht nur fünf Millionen Tonnen irakisches Öl zu Vorzugspreisen bezogen, sie haben auch Jahr für Jahr etwa 250 Millionen Dollar für Nutzungsrechte kassiert. Für Irak wiederum ist diese Pipeline die einzige Möglichkeit, sein Erdöl loszuwerden und an Devisen zu kommen, seitdem die Syrer eine andere Pipeline gesperrt haben und bei den Anlagen im Persischen Golf kein Öl angezapft werden kann.

Zu den türkischen Sorgen trägt das Verhalten der Kurden in dem unsicheren Grenzbereich bei. Ende Mai hatte Ankara – angeblich im Einvernehmen mit Bagdad – zwei in den Städten Bohu und Kayseri stationierte Elite-Brigaden der türkischen Streitkräfte ins irakische Territorium geschickt, um „Banditen und separatistische Elemente" zu disziplinieren. Während der sechstägigen Aktion wurden etwa 7000 kurdische Familien, die auf das Kommando der Kurdenführer Barzani (prowestlich) und Talabani (prosowjetisch) hören und angeblich die Ausrufung eines unabhängigen Kurdenstaates in einem schmalen Landstreifen vollziehen wollten, nach Angaben von türkischer Seite „tief ins irakische Territorium" verdrängt. Damals sprach Außenminister Türkmen von einer „sehr begrenzten Aktion ohne politische Bedeutung", obwohl er schon am dritten Tag der Aktion nach Bagdad geeilt war. Offensichtlich wollte die Türkei durch den Einmarsch das destabilisierende Aufbegehren der Kurden im Keim ersticken. Zerschlagen wurden auch kleinere Gruppen von armenischen Fanatikern, die über die syrische Grenze in die Türkei eingedrungen waren.

Bagdad hat bisher keinen Ton von sich gegeben. Doch das Regime von Saddam Hussein muß eher glücklich darüber gewesen sein, daß die Türkei als Ordnungsmacht in einem Gebiet eingesprungen ist, wo die Iraker wegen des Krieges mit Iran keine Truppen unterhalten können. Dafür protestierte das Khomeini-Regime um so heftiger. Es lastete den Türken an, den Irakern in einer brenzligen Situation – auch Bagdad hält von einem unabhängigen Kurdistan nichts – Schützenhilfe geleistet zu haben; es stornierte auch einige Aufträge an die Türken. Aber für Ankara hat die Befriedung des Gebiets in der Nähe seiner Ostgrenze absoluten Vorrang.



Am „jungen Rhein“ blühen Monarchie und das Geschäft

Im Fürstentum Liechtenstein, viertkleinster unter den Staaten Europas, steht ein Thronwechsel bevor. Er wird keinen Wechsel in der Politik bedeuten, denn Erbprinz Hans Adam hat allen Grund, den Maximen seines Vaters Franz Josef II. zu folgen.

Von H. A. GRIESSER

Es wird ein besonderes Fest sein im Ländchen Liechenstein. Dieser 16. August wird sich für die 26 000 Bewohner in den elf Gemeinden des Fürstentums von vorangegangenen Nationalfeiertagen unterscheiden. Denn an seinem 77. Geburtstag wird dem einzigen noch verbliebenen Monarchen deutscher Zunge, Franz Josef II., zum letzten Mal als regierendem Herrscher gehuldigt werden.

Am Dienstag nämlich wird er öffentlich bekräftigen, was schon angekündigt war und im Frühjahr vollzogen werden soll: die Übergabe der Staatsgeschäfte an seinen ältesten Sohn, Erbprinz Johann Adam, genannt Hans Adam. Noch wird der Vater Staatsoberhaupt bleiben, aber schon jetzt erhält der Sohn alle Vollmachten eines regierenden Fürsten, als Stellvertreter des Vaters.

Der Erbprinz zählt seine 38 Lenze, und der noch immer rüstige Monarch meint wohl nicht ohne Grund, daß es Zeit sei, ihn schon jetzt ganz ins Geschäft zu ziehen. Zum Verwalten nun das Regieren. Denn Hans Adam, der Wirtschafts- und Finanzfachmann, war bislang mit der Verwaltung des riesigen liechtensteinischen Vermögens betraut.

Der alte Monarch feiert an diesem 16. August zugleich sein 45jähriges Regierungsjubiläum. Und kaum ein Regierender in Europa, ob monarchisch oder republikanisch, wird diesem Mann der augenscheinlichen Güte und Biederkeit, hinter dessen gelassener Würde sich ein Bündel an Energie verbirgt, an Popularität gleichkommen. So sind sich die Liechtensteiner sicher, daß sie – nebst der eigenen Tüchtigkeit – vor allem ihm zu verdanken haben, wenn sie in den letzten drei Jahrzehnten von einem ärmlichen Bauernvölkchen zu einem jenseits der Grenzen oft beneideten Gemeinwesen geworden sind, dessen Lebensstandard heute zu den höchsten der Welt zählt.

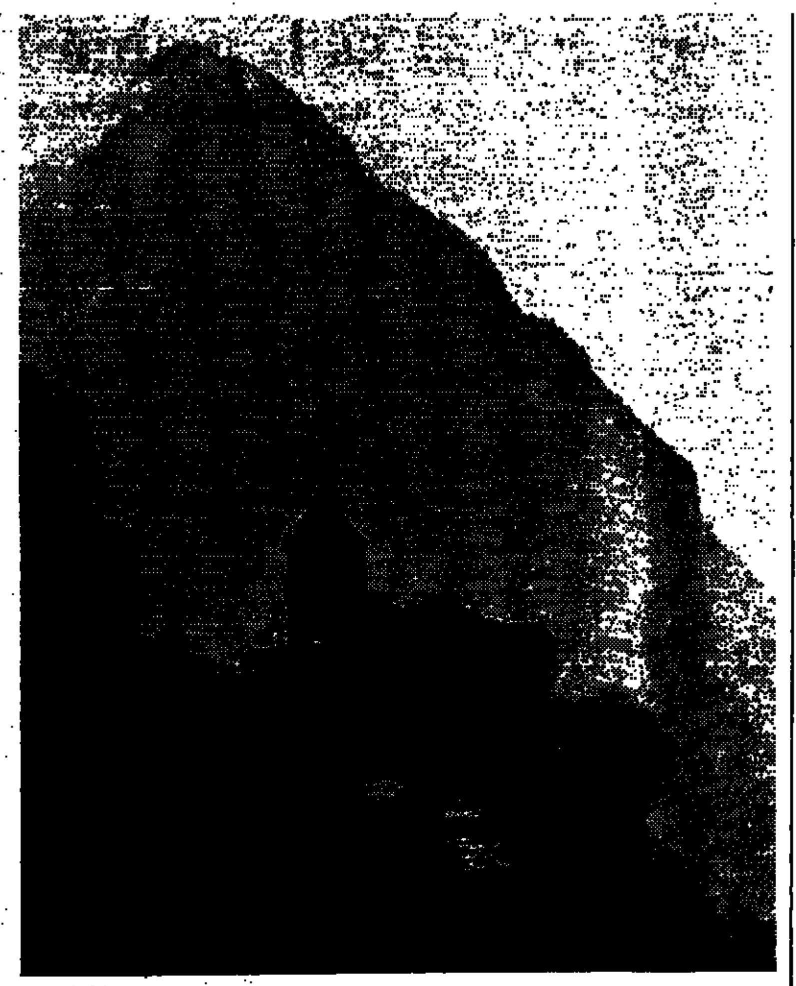
Die Liechtensteiner erinnern sich in diesem Jahr auch des Abschlusses des Zollvertrags mit der Schweiz vor genau 60 Jahren, dem sie, zusammen mit den laufend erneuerten Währungsverträgen, die Attraktivität des kleinen Landes für ausländische Unternehmer und Geldanleger zuschreiben dürfen. „Gibt es ein Land, über dem mehr Segen lag in den letzten Jahrzehnten?“ fragt uns ein stolzer Liechtensteiner. Und natürlich ist die Frage rein rhetorisch.

Freilich: Mit ihrem Fremdenverkehr sind die Liechtensteiner noch nicht zufrieden. Sie wissen, daß sie über weit mehr „Naturkapital“ verfügen, als bisher international bemerkt wurde, daß ihr Land noch zu sehr als Durchgangskorridor zwischen den größeren Nachbarn, den Fremdenverkehrsländern Schweiz und Österreich, angesehen wird. Dabei wäre auf den 160 Quadratkilometern alles da: die Berge mit herrlichen Ausflugszielen wie den „Drei Schwestern“ und mit hohen Gipfeln wie der „Grauspitze“, Berg-Täler wie das Samunatal oder das Malbuntal und ein faszinierendes kleines Hügelland, das sich aus dem weiten Tal erhebt – „oben am jungen Rhein“, wo die liechtensteinische Nationalhymne das Ländchen ansiedelt.

Vor allem aber weiß die internationale Finanz- und Geschäftswelt, was sie an Liechtenstein hat, und der Fürst wie seine Untertanen wissen noch besser, was sie an der internationalen Finanzwelt haben. Über 30 000 Firmen vertrauen darauf, daß ihre Geschäfte hier in verläßlichster und steuerfreundlichster Weise abgespult werden. Wobei freilich die zahlreichen „Briefkastenfirmen“ nicht zu übersehen sind. „Wir haben die Bestimmungen verschärft“, versichert der Fürst und legt großen Wert darauf, daß in seinem Land „ehrliche Geschäfte“ getätigt werden.

Daß das Kapital so reichlich in das Ländchen strömt, den viertkleinsten Staat Europas (nach dem Vatikan, nach Monaco und San Marino), verdankt Liechtenstein wohl der Solidität des Frankens, vor allem aber dem Vertrauen auf die wirtschaftliche und politische Stabilität des mit der finanzkräftigen Schweiz verbundenen Fürstentums.

Die wendigen Fürsten von Liechtenstein hatten denn auch gewußt, warum sie sich seinerzeit flugs der urdemokratischen Schweiz zuwandten, nachdem der stolze Thron an der Donau eingestürzt war. Mit Österreich-Ungarn nämlich hatten sie bis dahin eine Zoll- und Währungsunion.



Wahrzeichen am Berg: das Schloß über Vaduz FOTO: WALTER WACHTER

1918 also hieß es kehrt um, und 1923 wurde erstmals ein regelrechter Zollvertrag mit den Eidgenossen geschlossen.

Die Liechtensteiner haben es eben immer ganz anders gemacht als die anderen, und das hat sie gerettet. Schon 90 Jahre nach der Erhebung des ersten Liechtensteiners in den Fürstenstand (1608) waren sie versessen darauf, reichsunmittelbar, also gewissermaßen selbständig zu werden. Und weil hierfür ihre böhmischen und ihre im heutigen Niederösterreich gelegenen Besitztümer nicht ausreichten (sie waren ursprünglich aus dem Bayrischen dorthin eingereist), kauften sie Ende des 17. Jahrhunderts die oberrheinische Herrschaft Schellenberg für blanke 115 000 Gulden, und zwar von einem Geschlecht, das es so hielt wie die meisten anderen: von den kriegerischen, trinkfesten und verschwenderischen Grafen von Hohenems. 1720 legten die Liechtensteiner dann noch einmal rund 100 000 Gulden auf den Tisch und heimsten noch die benachbarte Grafschaft Vaduz ein – mit der trutzigen Burg.

Mitte des 19. Jahrhunderts unternahmen sie dann wieder etwas Eigenartiges, das manch anderem zunächst würdelos erscheinen mochte: Sie schafften die Armee ab und blieben fortan ganz still – und vor allem neutral. So hielten sie sich geschickt aus den beiden Weltkriegen heraus. Nicht auffallen war fortan ihre Devise, und auch heute noch entsteht wegen ihrer angeborenen Tiefstapelei so wenig Klatsch um sie wie um kaum ein anderes Herrschergeschlecht. Keine Eskapaden, kein Prunk, keine Wohlstandsprotzerei. Wer weiß denn schon, daß die Liechtensteiner, noch vor den Esterhazys und den Khevenhüllers, den größten Landbesitzern in der Republik Österreich, reich sind?

Zahlreiche heimische Betriebe sind seit dem Zweiten Weltkrieg aus dem Boden geschossen. Auf 20 Einwohner fällt heute ein Gewerbebetrieb. Meist sind es kleine bis mittelgroße Unternehmen – die höchste Belegschaft einer Firma umfaßt 1450 Mitarbeiter –, die sich vorwiegend spezialisierten Industriewaren widmen: Da gibt es Präzisionsmaschinen für die feinmechanische Industrie etwa, Erzeugnisse der Elektronenmikroskopie, pharmazeutische Präparate, Textilien. Die Landwirtschaft, noch 1945 dominierend, hat an der Gesamtwirtschaft nur noch einen Anteil von vier Prozent. Industrie und Handel rangieren mit 54,5 Prozent weit an der Spitze, der überaus respektable Rest gehört dem Dienstleistungsgewerbe. Der Export entwickelte sich stürmisch – von 82 Millionen Franken im Jahre 1960 auf 900 Millionen im vergangenen Jahr. Die drei liechtensteinischen Banken steigerten ihre Bilanzsumme in demselben Zeitraum aufs über 17fache.

Der unauffällige Lebenswandel blieb in einer Hinsicht höchst fürstlich. Für die Familie Liechtenstein nämlich kommen – im Unterschied etwa zu den high-life-bedachten Grimaldis in Monaco – nur standesgemäße Ehen in Betracht. Wie schon sein Vater, der mit Giorgina (Gina) von Wilczek 1943 eine Frau aus altem böhmischen Adel heiratete, erwählte sich auch Hans Adam mit Marie Aglae Gräfin Kinsky von Wchinitz und Tettau eine Frau aus berühmtem böhmischen Geschlecht. Drei Prinzen und eine Prinzessin entstammen dieser Ehe.

Der Fürst in Liechtenstein ist nicht nur Staatsoberhaupt. Er führt vielmehr selbst die Regierungsgeschäfte gemeinsam mit dem Regierungschef und vier Regierungsräten. Er ist sein eigener Außenminister – und ohne ihn geht nichts. Auch das Parlament, das sich aus 15 Abgeordneten zusammensetzt, kriegt gegen den Fürsten kein Gesetz durch. Doch einen echten Kampf hat es noch nie gegeben; beide Parteien – die linkere, derzeit regierende „Vaterländische Union“ und die fast ebenso starke, als konservativer geltende „Fortschrittliche Bürgerpartei“ – wetteifern in ihrer Treue zu „Seiner Durchlaucht“, dem „Fürschten“. Schließlich kann ohne die Sanktion durch den Monarchen kein Gesetz in Kraft treten. Der Fürst kann den Landtag (das Parlament) einberufen, schließen, vertagen und auflösen, und ihm steht auch noch ein Notverordnungsrecht zu.

Ein Punkt im Programm des neuen Regenten steht schon fest: Er wird den Weg des Vaters weitergehen.



Generationswechsel: Erbprinz Hans Adam folgt Franz Josef II. FOTOS: DPA

„Wir haben eine verlorene Generation geschaffen“

New Yorks Jugend sucht Arbeit. Vor allem sind es Schwarze, die unter einem Strukturwandel der Wirtschaft in dieser Riesenstadt leiden. Und immer wieder sind es Jugendliche, die in vaterlosen Familien aufwuchsen.

Von GITTA BAUER

Die Parterrewohnung an Harlems 146. Straße ist düster, aber aufgeräumt. Über die Wände huschen Küchenschaben. Es ist drückend heiß. Klimaanlagen gibt es im Schwarzen-Viertel nur in den neuen Eigentumswohnungen. Das Bier aber ist eiskalt. Die drei jungen Männer, die um den Tisch sitzen, haben dreierlei gemeinsam. Sie sind unter 25, sie sind schwarz, und sie sind arbeitslos.

Damit sind sie Teil einer Statistik, die besagt, daß in New York zwar die Arbeitslosigkeit im zweiten Quartal 1983 unter den nationalen Durchschnitt auf 8,9 Prozent gesunken ist. Für Schwarze jedoch beträgt der Prozentsatz 14,4 Prozent, für die Jahrgänge zwischen 16 und 20 Jahren sogar 60 Prozent.

Patrice (21), Abschluß an einer technischen Highschool in Brooklyn als Klimaanlagen-Mechaniker, sieben Monate Armee („Es paßte mir nicht mehr, ich habe aber ‚ehrenvolle‘ Entlassung“ – wichtig für die Jobsuche), Gelegenheitsarbeit in einem Supermarkt. Er lebt in der Wohnung, die seine Eltern beim Umzug nach Connecticut hinterlassen haben.

Curt (24), Oberschule, drei Jahre State College in Petersburg, Virginia, sucht seit zwei Monaten Arbeit in New York, nachdem der Psychologie-Student in Washington seinen Job als Betreuer geistig behinderter Kinder verloren hatte. Er lebt bei einer verheirateten Cousine. „Entweder fehlt mir ein Jahr College“, sagt Curt im singenden Dialekt der Südstaaten, „dann bin ich unterqualifiziert. Oder ich bewerbe mich um jederlei Schmutzarbeit, dann bin ich überqualifiziert.“

Harold (19), mit kessem Goldknopf im linken Ohr, hat seit dem Highschool-Abschluß mit 16 Jahren stetig als Karrenschieber im Textildistrikt an New Yorks siebter Avenue gearbeitet. „Als Lieferant“, sagt er. „Schwere Arbeit, aber gut bezahlt.“ Die Firma ging pleite, „wegen der billigeren Auslandskonkurrenz“. Harold ist der einzige der drei, der Arbeitslosenunterstützung bezieht, weil er die Voraussetzung von sechs Monaten Arbeit an einem Platz erfüllt. Er erhält alle zwei Wochen umgerechnet 650 Mark.

„Unsere jungen Leute schaffen es nicht, in den Arbeitsmarkt hineinzukommen“, sagt Samuel Ehrenhalt, der die New Yorker Filiale des Bundesamts für Arbeits-Statistik leitet. Für Teenager insgesamt lag die Arbeitslosigkeit in New York im zweiten Quartal bei 33 Prozent. Die Folge: entmutigte Jugendliche, in manchen Fällen die Hinwendung zum Verbrechen oder zur lukrativeren „Untergrundwirtschaft“. So nennt sich der vor allem in schwarzen Vierteln florierende Handel mit Drogen, gestohlenen Waren oder teuren Modellen nachgeahmten Billigtaschen, Schuhen, Pullis, Oberhemden. Patrices älterer Bruder Richard ist ein solcher „Geschäftsmann“ in der Bronx.

Die Gründe, die Ehrenhalt für die nur noch von Chicago prozentual überbotene hohe Arbeitslosigkeit nennt, rühren an die veränderte Struktur der Wirtschaft. Zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und 1981 hat die Stadt 55 Prozent ihrer Arbeitsplätze in der schrumpfenden Industrieproduktion verloren. Der Arbeitsmarkt hat sich statt dessen verlagert zu Dienstleistungen und zu White-Dollar-Jobs an elektronischen Geräten. „Computer hätt' ich studieren sollen“, seufzt Curt. Für die neuen Erfordernisse bringen die wenigsten Jugendlichen die entsprechende Qualifikation mit, sagt Ehrenhalt. „Das mindeste ist heute abgeschlossene Highschool (12 Jahre), besser ist Collegebildung.“

Die öffentlichen Schulen, in die die meisten Kinder gehen, sind in den Großstädten erbärmlich. Das bestätigt eine Beraterin in einem privaten Ausbildungsprogramm in Manhattan. „Wer die Schule nach zehn Jahren verläßt, schreibt und rechnet wie ein Fünftkläßler“, sagt Ruth Garry von der Organisation „Door“. Aber auch an Arbeitserfahrung fehlt es. Ehrenhalts Vorgänger im Amt, Herbert Bienstock, heute College-Professor, hat festgestellt, daß 47 Prozent der arbeitslosen Teenager noch nie einen Job hatten.

Bei der schwarzen Bevölkerung kommt noch die besondere Pathologie des Gettos hinzu. Mittlerweile werden dort 47 Prozent der Haushalte von einer Frau allein geführt. Patrice, Curt und Harold seufzen: „Ja, Frauen! Die haben es leichter. Sie bekommen ein Baby, und schon sind sie auf Wohlfahrt.“ Eine junge Frau mit einem Kind bekommt in New York alle zwei Wochen 225 Dollar plus Essensmarken, in etwa soviel wie Harold. Sie bekommt das Geld wegen ihrer Mutterschaft, wobei – und hier kommt das Zerstörerische des amerikanischen Wohlfahrtssystems zum Zug – kein Ernährer vorhanden sein darf.

Die Tatsache, daß gleichwohl ein Mann zu dem Haushalt gehört, ist an der Jahr für Jahr sich vermehrenden Kinderzahl abzulesen. Er ist jedoch nicht so in der Familie präsent, daß er väterliches Vorbild sein kann. Der Teufelskreis – unvollständige Familie, schlechte Erziehung, Arbeitslosigkeit – setzt sich fort. Die drei jungen Männer um den Tisch haben Typisches beizutragen. Patrices Vater ist auf dem Papier noch mit einer Frau verheiratet, mit der er zwei inzwischen erwachsene Kinder hatte. Dann kam eine zweite Ehe, ohne Trauschein, die nach sechs Kindern, zu denen Patrice gehört, beendet wurde. Jetzt lebt der Vater mit einer wesentlich jüngeren Frau zusammen, mit der er zwei kleine Mädchen hat. „Ich werde nicht die Fehler von Tina (ihre Vorgängerin mit den sechs Kindern) wiederholen“, sagt die schöne Frau, die inzwischen ihren Magister in Krankenhausverwaltung in Yale gemacht hat.

Harolds Mutter starb, als er vier Jahre alt war. „Mein Vater hat sich nie um mich gekümmert, ich wuchs bei einer Tante auf.“ Auch die Ehe der Eltern von Curt ist zerbrochen. Der Vater lebt in Chicago und ist wieder verheiratet, aber es besteht wenigstens noch ein Kontakt.

Bei einer Arbeitslosenrate im Land von 10,6 Prozent im ersten Halbjahr, bei Schwarzen sogar von 20,6 Prozent, wird die „Scheidung des kleinen Mannes“ wohl weiterhin zum Lebensbild der Schwarzen-Viertel gehören.

Was hält die Zukunft für die jungen Menschen der Stadt New York bereit? Professor Bienstock ist pessimistisch. „Wir durchgehen eine Beschäftigungs-Katastrophe für die Jugendlichen. Wir haben eine verlorene Generation geschaffen.“ Die nackten Zahlen lassen in der Tat schaudern. Was soll aus 410 000 16- bis 19jährigen werden, die keinen Job haben und keine Aussicht darauf? Von einer halben Million junger Mädchen und Männer in diesem Alter lungern vier von fünf ohne Beschäftigung herum.

(SAD)



Aktionsfeld Straße: Junge Arbeitslose in Harlem FOTO: ROLF KUNITSCH

SSD verhaftet und registriert Ausreisewillige

GREGOR KONDECK, **Bonn/Jena**

Der Staatssicherheitsdienst (SSD) der „DDR" hat in den letzten zwei Wochen mit einer landesweiten Verhaftungswelle versucht, die sich immer stärker artikulierende Bewegung derer, die aus der „DDR" ausreisen wollen, unter Druck zu setzen und in den Griff zu bekommen.

Nach Informationen aus der „DDR" wurden in Dresden, Erfurt, Görlitz, Jena und Magdeburg 20 Personen verhaftet, die sich an der Planung und Durchführung einer Demonstration am 30. Juli in der thüringischen Universitätsstadt Jena auf dem Zentralen Platz beteiligt haben sollen (s. WELT vom 4. August).

Die Teilnehmer, die sich seit acht Wochen jeden Samstag für eine Viertelstunde versammeln, demonstrieren gegen die Schikanen und Repressalien, denen Personen in der „DDR" *und Ost-Berlin ausgesetzt sind, so*bald sie einen Antrag auf Ausreise aus der „DDR" gestellt haben.

Unter den Verhafteten aus Jena befinden sich ein 19jähriger junger Mann, ein 20jähriger Schlosser und ein junger Mann, der das Vorgehen des Staatssicherheitsdienstes gegen die Demonstranten am 30. Juli fotografiert hatte. Der Fotograf und der Schlosser sollen in einem Schnellverfahren bereits verurteilt worden sein.

Wie von unterrichteter Seite zu erfahren war, werden von der Bezirksstelle des Staatssicherheitsdienstes in Gera und der dort angeschlossenen Untersuchungshaftanstalt die Vernehmungen von einem Stab ausgebildeter Diplompsychologen unter der Führung eines ca. 50jährigen SSD-Majors geleitet.

Ein Offizier des Staatssicherheitsdienstes in Leipzig offenbarte in einem Gespräch, daß die Bezirksstelle des SSD in Gera in der „Bearbeitung von Ausreiseanträgen" eine zentrale Stellung einnimmt und gleichzeitig eine Koordinationsfunktion für die anderen Bezirke innehat. In Gera seien die Daten und Persönlichkeitsbilder von 7200 Ausreiseantragstellern registriert.

Wörner will dritten Staatssekretär

STEFAN HEYDECK, **Bonn**

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) will die seit den Wahlen am 6. März freigebliebene Stelle des zweiten parlamentarischen Staatssekretärs streichen. Über die Besetzung dieses Postens, auf dem zuletzt der nicht wieder in den Bundestag zurückgekehrte ehemalige FDP-Abgeordnete Kurt Jung saß, hat*ten in der Vergangenheit die Freien* Demokraten entschieden.

Wörner plant, statt dessen neu einen dritten beamteten Staatssekretär auf die Bonner Hardthöhe zu holen. Er soll *für den Rüstungsbereich zuständig* sein. Gegenwärtig ist noch offen, wer dieses Amt erhalten wird. Fest steht allerdings, daß der künftige Staatssekretär Managementerfahrung in den Bereichen Technik, Rüstung oder Industrie haben soll.

Die angestrebte Stellenumwandlung ist jedoch vorerst am Haushaltsausschuß des Parlaments gescheitert. Das Gremium war am 25. Juli von der Bundesregierung schriftlich um die erforderliche Zustimmung gebeten worden. Die hätte aber wegen der Sommerpause nur im sogenannten Umlaufverfahren erfolgen können. Das aber wurde vom Haushaltsausschuß abgelehnt. Er will sich jetzt auf einer ordentlichen Sitzung im Herbst mit diesem Thema befassen.

Grüne stellen sich vor Schwalba-Hoth

STEFAN HEYDECK, **Bonn**

Die Grünen distanzieren sich nicht von ihrem hessischen Landtagsabgeordneten Frank Schwalba-Hoth, der den amerikanischen General Paul Williams mit Blut bespritzt hatte. Damit stehen die beiden Sprecher ihrer Bundestagsfraktion, Otto Schily und Petra Kelly, die derartige Aktionen in der letzten Woche öffentlich abgelehnt hatten, im Widerspruch zu der Partei.

Auf einer nichtöffentlichen Sitzung hatte am Wochenende in Bremen der Bundeshauptausschuß als höchstes Beschlußgremium zwischen den Parteitagen einer Erklärung des Bundesvorstandes zu der Attacke zugestimmt. Nach ihr hat für die Grünen der Angriff „absolut nichts mit ‚Gewalt' oder ‚Verbrechen' zu tun" und der hessische Landtagsabgeordnete „jede Unterstützung" zu erhalten.

Unklar war gestern immer noch, ob der Bundestagsabgeordnete Klaus Hecker sein Mandat niederlegt. Er war dazu wegen sexueller Belästigungen von Mitarbeiterinnen mit 16 gegen vier Stimmen von der Fraktion aufgefordert worden. Hecker soll jedoch seine Entscheidung selbst treffen können. Auch dieser Resolution stimmte der Hauptausschuß gestern zu.

Weiter einigten die Grünen sich über einen sogenannten Öko-Fonds. In ihn soll jeder Abgeordnete monatlich rund 4000 DM zahlen. Dagegen konnte *die Zahlung von weiteren gut 150 000* DM aus der Fraktionskasse unter Hinweis auf den Bundesrechnungshof (WELT v. 19. 7.) verhindert werden. Diese Mittel sollen jetzt gezielt eingesetzt werden.

Der neue FU-Präsident setzt auf Integration

An der Berliner Uni deutet sich Entspannungsphase an

AXEL SCHÜTZSACK, **Berlin**

Wenn der neugewählte Präsident der Berliner FU, Professor Dieter Heckelmann, am 25. November sein Amt übernimmt, wird an der Spitze der Alma mater ein neuer Führungsstil praktiziert werden. Der gelernte 45jährige Jurist sieht sich in seinem neuen Amt nicht als Exponent politischer Gruppierungen, sondern als „Integrationspräsident", der die Universität aus ihrem mehr als einem Jahrzehnt dauernden Konfrontationskurs herausführen und die politischen Reibungsverluste der letzten Zeit zugunsten von Lehre und Forschung nutzen möchte.

Schon im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen ließ der parteilose, liberal-konservative Heckelmann keinen Zweifel daran, daß er im Falle seiner Wahl sich nicht an das von seinen Vorgängern praktizierte Konfrontationsstrickmuster halten werde. Das von ihm geschnürte Personalpaket für die Besetz- und der Vizepräsidentenposten ließ erkennen, daß Heckelmann bereit war, alle poli-

DIE ANALYSE

tischen Gruppierungen der Universität, die auf dem Boden der Demokratie der Bundesrepublik stehen, in die Mitarbeit einzubinden.

In seiner ersten Stellungnahme nach seiner Wahl zum neuen Universitätspräsidenten machte Heckelmann deshalb auch deutlich, daß er auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit allen hochschulpolitischen Gruppierungen an der FU hoffe. Mit seiner Ankündigung zur konstruktiven Zusammenarbeit als „Integrationspräsident" der FU hatte Heckelmann bereits im Vorfeld der Wahlen den weiterhin auf Konfrontationskurs steuernden politischen Gruppierungen weitgehend den Wind aus den Segeln genommen. Von einem Aufstand auf dem Campus gegen den liberal-konservativen Heckelmann war weit und breit nichts zu spüren. Versuche, Heckelmann zum „reaktionären Präsidenten" abzustempeln, der sich „einen Scheißdreck um die universitäre Selbstverwaltung kümmert", scheiterten kläglich.

Gleichwohl bläst dem neuen Präsidenten der Wind ins Gesicht. Die Zeit der Staatskassen ist vorbei. Auch die Freie Universität hat Finanzsorgen. Stellenplankürzungen an der Mammutuniversität mit ihren 50 000 Stu*denten und 13 000 Bediensteten sind* unvermeidlich. Hinzu kommt das in Berlin besonders bedrückende Problem der vielen Langzeitstudenten. Heckelmann weiß jedoch, daß er als neuer Präsident sich schon aus psychologischen Gründen nicht ohne weiteres dem Diktat der leeren Kassen beugen kann.

Doch nachdem mit seiner Wahl eine Ära an der FU beendet worden ist, die zu den folgeschwersten Erschütterungen der deutschen Universitäten nach dem Zweiten Weltkrieg geführt haben, gewinnen die Kräfte an Gewicht, die sich für einen Neubeginn einsetzen. Wie groß der Trümmerhaufen ist, der sich in der Zeit der Reformeuphorie auftürmte, hat der Sozialdemokrat Richard Löwenthal vor kurzem in dem Satz zusammengefaßt: Mit der Politisierung der Universität „von unten", die fast so schlimm sei wie die Politisierung „von oben" während der Zeit Hitlers hätten die deutschen Universitäten dauernden Schaden erlitten.

Der für die Berliner Hochschulpolitik zuständige Wissenschaftssenator Wilhelm Kewenig hält deshalb die Zeit für eine inhaltliche Reform des Studiums für gekommen. Er glaubt auch, daß sie durchsetzbar ist. Angesichts knapper Haushaltskassen und *eines Millionenheeres* von Studenten in diesem Jahrzehnt habe die Stunde für eine inhaltliche Reform geschlagen. Kewenig weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Universitätsreformen stets in Notzeiten durchgeführt worden seien. Da von bundesweiten Studienreformkommissionen nichts zu erwarten sei, müßten die einzelnen Universitäten die notwendigen Reformen selbst in Angriff nehmen und sich um ein unverwechselbares Profil bemühen.

Dem Berliner Wissenschaftssenator schwebt ein System der „Sortierung" der Studenten nach Maßgabe ihres Könnens und ihrer Begabung vor. Zunächst einmal sei erforderlich, daß die nicht Studierfähigen durch Eingangsprüfungen von vornherein von der Universität ferngehalten würden. Ferner tritt Kewenig für ein stark verschultes vier- bis fünfsemestriges Eingangsstudium mit Zwischenprüfung ein, etwa dem Fachhochschulabschluß vergleichbar. Nur denjenigen Studenten, die sich zu wissenschaftlicher Arbeit qualifiziert hätten, solle der Weg zu einem weiterführenden Studium offenstehen.

Kewenig möchte erreichen, daß die Berliner Universitäten *nicht nur für* Wehrdienstverweigerer attraktiv sind, sondern auch für qualifizierte Studenten und Professoren. Da inzwischen eine neue Generation von Studenten in den Hörsälen sitze, die nicht grundsätzlich alles in Frage stelle, sondern versuche, „mit den Dingen fertigzuwerden", sieht Kewenig durchaus Chancen für eine Realisierung seiner Reformvorstellungen.

Fastende in „DDR" appellieren an Honecker

rtr/dpa, **Berlin**

Nach sechstägigem „Fasten für den Frieden" in der Ostberliner Erlöserkirche haben 17 Bewohner der „DDR" in einem Brief an den „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker appelliert, einer Stationierung neuer atomarer Waffen des War*schauer Paktes in der „DDR" nicht* zuzustimmen. In dem am Wochenende bei einem Gottesdienst verlesenen Appell der Gruppe „Fasten für das Leben" heißt es, eine Bereitschaftserklärung der „DDR", nicht mitzudrohen, könne Hoffnung für Millionen und die Menschen sein, die in mehreren Städten der Welt bis zu einem erfolgreichen Abschluß der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf fasteten und dabei auch ihren Tod in Kauf nähmen.

„Sozialer Friede wichtiger als Gleichgewicht"

AP, **Hamburg**

Der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG), Günter Döding, sieht keine Möglichkeit zur Zusammenarbeit mit Gruppen, die sich zwar vom NATO-Doppelbeschluß, nicht aber von den SS-20-Raketen bedroht fühlen und die *sich nicht unmißverständlich von* Gewaltaktionen distanzieren könnten. Döding antwortete damit gestern auf die Frage nach der Haltung seiner Gewerkschaft zu Aktionen der Friedensbewegung. Dabei betonte er auch, daß der soziale Friede einen „gleich hohen, wenn nicht höheren Rang als das militärische Gleichgewicht" habe. Die Gewerkschaft sei nicht bereit, „militärische Aufrüstung mit sozialer Abrüstung zu bezahlen".

Börner hält sich grüne Tür offen

Der hessische SPD-Landesparteitag verabschiedet Wahlprogramm für den 25. September

D. GURATZSCH, **Wiesbaden**

Die hessische SPD hat am Wochenende fast ohne Diskussionen ihr Wahlprogramm für die vorgezogene Landtagswahl am 25. September verabschiedet. Der Landesparteitag in Wiesbaden, sichtlich um Geschlossenheit und Optimismus bemüht, dürfte einer der kürzesten in der Geschichte der hessischen SPD gewesen sein. Ministerpräsident Holger Börner, Landesvorsitzender und Spitzenkandidat der Partei, gab die Parole aus: „Ich setze auf Sieg. Wir wissen, wir können unser Ziel erreichen, in einem Zwei-Parteien-Landtag die stärkste Fraktion zu sein."

Es war ein aufgesetzter Optimismus; denn bisher hat noch keine einzige Meinungsumfrage in Hessen, nicht einmal die von der SPD selbst in Auftrag gegebenen, Hoffnungen dieser Art bestätigt. Noch schlimmer: Gerade am Vorabend des Parteitages hatte die hessische CDU mit einer neuen, von ihr bestellten Umfrage des Frankfurter Instituts „Contest" der SPD schwärzeste Prognosen gestellt. Danach ist die SPD auf 38,6 Prozent zurückgefallen, während die CDU bei 47,1 Prozent liegt. Nach derselben Umfrage sind die Grünen auf 9,9 Prozent geklettert und steht die FDP mit 4,4 Prozent dicht vor dem Wiedereinzug ins Parlament.

Für die Wahl vom 25. September würde das bedeuten: Nur wenn der FDP der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde gelingt, kann eine Wiederauflage der „hessischen Verhältnisse" abgewendet werden. Kommt es nicht dazu, steht die SPD erneut vor der Entscheidungsfrage, ob sie einer Zusammenarbeit mit den Grünen, wie in der vergangenen Legislaturperiode, oder einer Großen Koalition mit der CDU den Vorzug gibt. Von der Beantwortung dieser Frage würde es abhängen, wie die von der SPD versprochenen „klaren Verhältnisse" für Hessen wirklich aussehen und was von dem in Wiesbaden verabschiedeten Wahlprogramm tatsächlich verwirklicht werden kann.

Holger Börner hatte seine Antwort in einer eigens einberufenen Sitzung am Vorabend des Parteitages mit dem Landesvorstand abgestimmt. Sie lautete: „Ich will keine Koalition. Weder mit den Grünen noch mit der CDU." Und: „Ich verbürge mich dafür, daß die Partei auf einem Sonderparteitag gefragt wird, wenn wider alle Erwartung eine unklare Situation eintreten sollte." Mit anderen Worten: Für den wahrscheinlichsten aller Fälle, nämlich eine Wiederauflage der „hessischen Verhältnisse", hält sich die hessische SPD formell alle Möglichkeiten offen.

In Wirklichkeit bedeutet das bereits eine verklausulierte Absage an die CDU, während sich die Partei gegenüber den Grünen freie Hand vorbehält. Das ergibt sich aus dem Tenor des gesamten Wahlprogramms und sämtlicher Reden auf dem Parteitag. Danach ist es das erklärte Ziel der SPD, in Hessen ein „Gegengewicht" gegen den „totalen CDU-Staat" zu schaffen. An die CDU richtete Börner in diesem Zusammenhang die rhetorische Aufforderung, „klar zu sagen, ob sie bereit ist, die Probleme der Arbeitslosigkeit, des Lehrstellenmangels und des Umweltschutzes anzupacken und sich vom sozialreaktionären Kurs der Bonner Regierung zu distanzieren".

Wie dieses „Gegengewicht" beschaffen sein soll, blieb ungesagt. Das Bundesland Hessen, seine Probleme und Entwicklungssorgen, berührte Börner nur in Nebensätzen, zum Beispiel in seinem Appell an die Parteigenossen, in einer „neuen großen Anstrengung dafür zu sorgen, daß nicht auch noch unser Hessenland schwarz wird", oder in seiner Feststellung: „Wir wenden uns gegen weitere Aufrüstung und irrsinnige nukleare Planspiele – keine abstrakte Sache, sondern für viele hessische Gemeinden ein akutes Diskussionsthema."

Auch der Gastredner aus Bonn, der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Horst Ehmke, sparte in seinem einstündigen Referat „Der Offenbarungseid der Rechtskoalition" alle hessischen Entscheidungsfragen aus. Die 233 Delegierten hörten von ihm „Bonn-Mots" wie: „Erst ist Herr Kohl Präsident Reagan in die Brusttasche gekrochen, um aus ihr heraus dem Wähler staatsmännisch zuzuwinken. Nun *scheint er Schwierigkeiten zu haben,* aus der Tasche wieder rauszukommen." Ehmke wies die hessischen Genossen auch darauf hin, „daß wir der ökologischen Bewegung – bei allen Übertreibungen und Einseitigkeiten – vieles schulden." Ohne sie wären die Sozialdemokraten in den Fragen des Verhältnisses von Ökonomie und Ökologie „nicht so weit wie wir es sind".

Seite 2: Wie Börner sich dreht

Polizei stoppt Ballon-Protest gegen Tiefflieger

dpa, **Hahn**

Ohne Zwischenfälle verlief ein Flugtag auf dem US-Stützpunkt Hahn bei Simmern (Rhein-Hunsrück-Kreis), der nach Schätzung der Polizei am Wochenende von rund *10 000 Menschen* besucht wurde. Rund 1000 deutsche und amerikanische Polizeibeamte und Sicherheitskräfte riegelten das Flugplatzgelände hermetisch ab und kontrollierten teil*weise ankommende* Gäste. *Mehrere* Hundertschaften der deutschen Polizei standen auf Abruf bereit. Erst vor einer Woche war auf das Offizierskasino des Stützpunktes von Unbekannten ein Bombenanschlag verübt worden, bei dem ein Sachschaden von 200 000 Mark entstanden war.

Während des Flugtages verbot die US-Luftwaffe über Lautsprecher und mit Plakaten jede störende Aktion. Störenfriede, so hieß es, würden sofort vom Flugplatzgelände „entfernt". Allerdings wolle man das bloße Verteilen von Propaganda- und Werbematerial gestatten. Vereinzelt protestierten gestern Mitglieder der „Friedensinitiative Rhein-Hunsrück-Mosel" gegen den Flugtag.

Der Hunsrücker SPD-Landtagsabgeordnete Joachim Mertes stellte *sich demonstrativ in die Reihen der* Friedensinitiative. Der Abgeordnete, der selbst Oberfeldwebel der Reserve und Mitglied des Innenausschusses ist, bezeichnete den Flugtag als eine unnütze Geldverschwendung und als wirkungsloses Mittel, Menschen für das Militär zu motivieren.

Eine „Luftballonaktion", mit der Grüne und Bürgerinitiativen gegen tieffliegende Militärflugzeuge protestieren wollten, ist am Samstag in Achim (Kreis Verden) nach einem Aufblas-Verbot der Polizei beendet worden. Rund 30 der 150 blauen Ballons waren trotz des Verbotes der Aktion bereits aufgeblasen worden, als die Polizei einschritt.

Bürgerrechtler: Moskau diktiert Priester-Auswahl

Vadim Schtscheglow beklagt Unterwanderung der Kirche

dg. **Frankfurt**

Die Lage der Gläubigen in der Sowjetunion hat sich unter dem neuen Kreml-Chef Jurij Andropow nicht gebessert, sondern weiter verschlechtert. Wie der erst vor wenigen Wochen aus der UdSSR ausgereiste Bürgerrechtler Vadim Schtscheglow jetzt vor der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte in Frankfurt berichtete, haben die *Staatsorgane* eine neue Taktik angenommen. Sie versuchen neuerdings nicht mehr, die Kirche von außen zu zerbrechen, sondern von unten zu unterwandern.

Laut Schtscheglow diktiert der Staat sowohl die Auswahl der Priester als auch die der Kirchenältesten, so daß „ungläubige Menschen" in die *Kirchenleitungen gelangen. Gleich*zeitig ist Moskau bemüht, die Gläubigen von der Kirche zu trennen. So würden zu Ostern manche Kirchen förmlich von Polizei abgeriegelt. *Christliches Leben außerhalb der Kirche aber sei verboten.* Wer seine Kinder christlich erziehe, setze sich der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung aus, erklärte der Bürgerrechtler.

Trotzdem hält nach Meinung des Dissidenten der Zustrom, besonders der Intelligenz-Schichten, in den großen Städten zur orthodoxen Kirche an. *Neuchristen der mittleren und unteren Schichten* dagegen wendeten sich eher den Baptisten und Pfingstlern zu. Den größten Zulauf habe die Kirche im Baltikum, in der *Ukraine* und im *russischen Fernen Osten*.

Atheistische Schulungskurse in Behörden und Betrieben erreichten oft genau das Gegenteil dessen, was der Staat damit bezwecke. Menschen, die sich bis dahin „indifferent" zur *Religion verhalten hätten,* verlangten dann plötzlich Bibeln und ließen sich sogar taufen. Für manche Jugendliche sei die Hinwendung zur Kirche auch Ausdruck oppositioneller Haltung gegen den Staat.

Schtscheglow, Mitglied des 1977 gegründeten „Christlichen Komitees zur Verteidigung der Rechte der Gläubigen in der UdSSR", sprach *von einem „geistigen Hunger"* nach religiöser Literatur in der Sowjetunion. Nach wie vor sei es praktisch unmöglich, auf offiziellen Wegen an Gebetbücher und Bibeln in russischer Sprache zu kommen. Sie dürften auf Grund neuer Zollbestimmungen von Touristen auch nicht mehr eingeführt werden, so daß diese frühere Quelle versiegt sei. Schtscheglow empfahl, für die Übermittlung von Bibeln künftig Organisationen wie die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte einzuschalten.

Der Bürgerrechtler selbst will nach seiner Ausreise eine Abteilung des Christlichen Komitees im Ausland gründen. Schtscheglow: „Nur durch eine Veröffentlichung der Dokumente und durch Information einer breiten Öffentlichkeit im Westen kann den Gläubigen geholfen werden, denen Verhaftung droht."

Auf der Frankfurter Pressekonferenz ging der Dissident auch auf das Schicksal des russischen Bürgerrechtlers Andrej Sacharow ein. In letzter Zeit, so Schtscheglow, häuften sich Berichte in sowjetischen Blättern, nach denen Sacharow, der noch immer in Gorki interniert ist, psychisch krank sein soll. Viele Freunde Sacharows fürchteten deshalb, daß „ein neues furchtbares Verbrechen" vorbereitet und Sacharow wie schon andere Bürgerrechtler in eine psychiatrische Klinik zwangseingewiesen werden solle.

Die Deutschen scheuen die Chasse gardée der Franzosen

Von MARTA WEIDENHILLER

Sie tragen blankgeputzte Aktenköfferchen und eilen zu Geschäftsterminen in Yaoundé und Douala – Franzosen. Sie nehmen in Kamerun führende Positionen ein als Manager oder Ingenieure, sie sind Lehrer oder Entwicklungshelfer – Franzosen. Die offizielle Landessprache ist – auch wenn Englisch als gleichberechtigt gilt – Französisch. Der Lebensstil derer, die oben sind oder nach oben drängen, orientiert sich – an den Franzosen. „Arrivage avion" steht auf den Speisekarten, und das heißt, der kulinarische Genuß hängt ab vom eiligen Import – aus Frankreich. Jungvolk trägt T-Shirts mit dem Kamerun-Präsidenten Paul Biya und François Mitterand – dem Franzosen. Sein jüngster Besuch ließ die regierungsnahe „Cameroon Tribune" in einer Sonderbeilage das hohe Lied über „la grande et eternelle nation" singen – über Frankreich.

Sind 23 Jahre nach der Unabhängigkeit die Franzosen noch immer die heimlichen Herren des Landes? Kameruns Elite gibt sich selbstbewußt, scheint frei von kolonialen Komplexen zu sein. So will und kann sie auch *nicht zugeben, daß Frankreich* Modell steht, das Maß der Dinge bestimmt. Sie wehrt sich vor allem gegen den resignierenden Vorwurf Dritter, Kamerun sei ohnehin die „chasse gardée" der Franzosen. Zahlen belegen dennoch die einseitige Orientierung und Abhängigkeit: Frankreich ist der wichtigste Partner – sei es bei Importen oder Exporten. Die Bilanz ist defizitär. Die Bundesrepublik Deutschland steht als Lieferant an zweiter Stelle, als Abnehmer an sechster.

Um sich aus der französischen Umklammerung zu lösen, wirbt Yaoundé verstärkt um die Deutschen. Neben wirtschaftlichem Interesse schwingt viel Sympathie mit, die zuweilen ein wenig verklärt an das deutsche koloniale „Zwischenspiel" anknüpft. „Wir warten auf die Deutschen" hören wir immer wieder – diesmal als Investoren, als Entwicklungshelfer, als Partner. Etwas präziser, provozierender wird der Präsident der Handelskammer: „Die Deutschen sollen investieren, und zwar in langfristige Projekte. Sie sollen etwas riskieren, wie die Franzosen, die Engländer".

Die so Herausgeforderten aber scheuen gerade das Risiko, es mit den Franzosen aufzunehmen. Der Markt sei zu klein, die Sprache zu schwierig, die französischen Gesetze zu kompliziert, wird argumentiert. Mehr noch: Es fehlt den Deutschen an Afrika-Erfahrung und umfassenden Informationen über die Möglichkeiten. Dem muß nicht so sein. Denn seit zwei Jahren steht Jörg Brockhoff als Industrieberater und Interessenvermittler in der Wirtschaftsmetropole Douala mit Rat und Tat bereit. Er will in Kamerun bleiben, „bis mindestens ein Dutzend Firmen hier sind".

Glück ist nicht immer auf der Seite der Deutschen, die das „Unternehmen Kamerun" wagen. Socame, eine von Deutschen erbaute Düngemittelfabrik, ist ein Beispiel. Die Fabrik wurde zwar fertiggestellt, sie produziert aber nicht. Die Anlagen verrotten. Viele Versionen kursieren über

KAMERUN

den Mißerfolg dieses Projekts, über das jetzt die Gerichte entscheiden. Beim Fußball scheint die Zusammenarbeit leichter und erfolgreicher zu sein. Das läßt sich aus den Ausführungen von Karl-Heinz Weigang schließen, der die Fußball-Nationalmannschaft trainiert.

Goodwill den Deutschen gegenüber zeigen die Kameruner auch selbst: Sie entscheiden sich für das deutsche Pal-Farbfernsehen, nicht für das französische Secam. „Es ist besser", versichern die Beamten schmeichelnd. Zweifelsohne aber sprachen die Politiker das letzte Wort. Junge Leute suchen den Zugang zu Deutschland über die Sprache: 32 000 Schüler wählten Deutsch statt Spanisch als dritte Fremdsprache.

Vor 99 Jahren waren es die Deutschen, die auszogen, Kamerun zu entdecken und es *sich zu unterwerfen.* 1884 ging in Wouri ein deutsches Kriegsschiff vor Anker, von Bord kam der Forscher Gustav Nachtigall, der die Reichsflagge hißte. Schon Jahre vorher hatten Hamburger Kaufleute, die Firmen Woermann und Jantzen & Thormählen, ein Handelshaus in Douala errichtet. Forscher, Soldaten und Beamte dehnten trotz des Widerstandes der Stämme ihren Einfluß bis zum Tschadsee im Norden aus. Plantagen wurden angelegt, Brücken gebaut, das Land systematisch erforscht, die Infrastruktur zügig ausgebaut.

In einem Geschichtsbuch Kameruner Schüler übertrifft Lob die Kritik an den Deutschen. „Die Deutschen waren gut in allem , was sie taten, und sie zeigten, was sie konnten", heißt es da. „Sie errichteten ein weitverzweigtes Straßennetz, und sie bauten Eisenbahnlinien. Die ersten Kameruner, die lesen und schreiben konnten, *hatten* deutsche Schulen besucht. Die Deutschen waren auch gute Architekten. Viele der schönsten Häuser in Buea wurden von ihnen vor mehr als 70 Jahren gebaut".

In der Tat blieb in Buea, wegen seines angenehmen Klimas zur kolonialen Hauptstadt erwählt, die deutsche Vergangenheit wohl konserviert. Prunkvoll und stattlich wirkt noch immer der Gouverneurspalast des *Jesco von Puttkammer, in dem* heute zeitweilig der Präsident residiert. Und niemand kann die große Uhr an einem anderen Gebäude der heutigen Gendarmerie übersehen: Seit deutschen Zeiten tickt sie noch immer tadellos. Nur die Gräber sind hier wie anderswo ungepflegt und vom tropischen Grün überwuchert; in der Hauptstadt wurde gar ein Teil eines kleinen Friedhofes eingeebnet, weil der Neubau des Finanzministeriums Platz brauchte.

In Kribi, der Hafenstadt mit Kneipen und einer – von den Deutschen erbauten – Kirche, mit Schiffen voll von Holz und Kakao, treffen wir Ludwig Ngande, genannt „Papa Louis". Über 80 ist er mit weißem Haar und Bart, und das Deutsch geht ihm fließend von der Zunge. Er sei, sagt er, der letzte Überlebende in Kribi, der noch Deutsch spreche. Er erinnert sich: „Pater Wachter und Pater Vogel waren meine Deutschlehrer. Sie waren sehr streng. Beim Bau der Kirche habe ich mitgeholfen, Steine zu tragen." Aus dem Deutschschüler wurde der französische Kolonialbeamte, der im unabhängigen Kamerun zum *Bürgermeister von Kribi avancierte.* Vor einigen Jahren lud ihn der damalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Schütz, nach Deutschland ein.

USA fordern Kontrollsitzung für SALT-1

AFP, ***Washington***

Die amerikanische Regierung hat einem Bericht der „Washington Post" zufolge die Sowjetunion zur Einberufung einer Sondersitzung der gemischten Kontrollkommission aufgefordert, welche die Einhaltung des SALT-1-Abkommens durch die beiden Supermächte überwacht. Der Antrag soll in Moskau bereits im Juli durch US-Außenminister George Shultz vorgelegt worden sein.

Anlaß für die Forderung seien von der Sowjetunion vorgenommene Tests der Interkontinentalrakete PL 5, deren Bau durch das Abkommen untersagt ist. Von offizieller Seite hieß es dazu, die Sowjets hätten die Signale kodiert, die von der Waffe ausgestrahlt werden. Dies bedeute eine weitere Verletzung des SALT-Vertrags, schreibt die „Washington Post".

Erst im Juli war von den Amerikanern der Bau einer Radaranlage in Sibirien entdeckt worden, der auf die Installierung eines neuen Raketenabwehrsystems schließen läßt. Der 1972 geschlossene SALT-1-Vertrag läßt jedoch nur ein Raketenabwehrsystem für jede Seite zu, das die UdSSR bereits *in der Nähe Moskaus aufge*baut hat.

Abgeschobene in Türkei festgenommen

AP, **Istanbul**

In der Türkei sind am Wochenende 39 türkische Staatsbürger festgenommen worden, die am Freitag ungeachtet heftiger Proteste verschiedener Menschenrechtsorganisationen mit einer Maschine der Lufthansa aus der Bundesrepublik in ihr Heimatland abgeschoben wurden. Aus Kreisen der türkischen Polizei verlautete, viele der Abgeschobenen hätten die deutschen Arbeitsgesetze verletzt und ohne entsprechende Genehmigung gearbeitet. Andere würden in der Türkei wegen leichter Straftaten oder im Zusammenhang mit extremistischer Betätigung gesucht. Sowohl die deutschen als auch die türkischen Behörden haben sich bislang geweigert, die Identität der Abgeschobenen *preiszugeben*. Die türkischen Behörden hatten Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann bei seinem Besuch in Ankara Mitte Juli förmlich um die Auslieferung von 150 Türken ersucht.

Wieder Beziehungen zu Israel

AP, **Monrovia**

Nach Zaire hat auch Liberia angekündigt, mit Israel wieder normale diplomatische Beziehungen aufnehmen zu wollen. In einer in Monrovia veröffentlichten Erklärung der liberianischen Regierung hieß es, die Entscheidung sei getroffen worden, weil eine weitere Entfremdung und Isolierung Israels den Aussichten für eine friedliche Lösung im Nahen Osten entgegenlaufe. Liberia hatte 1973 aus Solidarität mit Ägypten während des Nahostkrieges seine Beziehungen zu Israel abgebrochen.

Nordkoreanisches Schiff versenkt

AFP, Seoul

Die südkoreanische Marine hat ein bewaffnetes nordkoreanisches Spionageschiff versenkt. Dabei kamen mindestens drei Nordkoreaner ums Leben. Wie in Seoul bekannt wurde, ereignete sich der Zwischenfall am Freitag vor der Küste der Insel Ullungdo im Japanischen Meer. Das Spionageschiff sei als japanisches Fischereiboot getarnt gewesen.

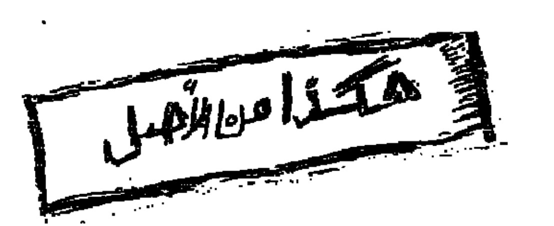
Chile: Blutige Unruhen halten an

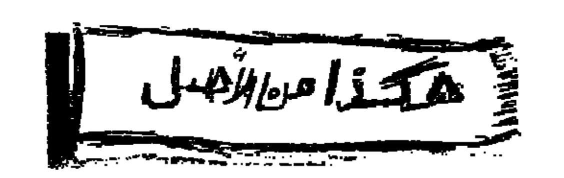
AP/AFP/dpa, **Santiago de Chile**

In Chile ist es auch am Wochenende zu zahlreichen Demonstrationen gegen das Militärregime von General Augusto Pinochet gekommen. Mehrere Beisetzungsfeierlichkeiten für die Todesopfer der Zusammenstöße an den vorangegangenen Tagen entwickelten sich gestern zu Protestkundgebungen. Bei den Unruhen, die am „Vierten Nationalen Protestag" am Donnerstag begannen, sind bislang 24 Menschen getötet worden. Der chilenische Menschenrechtsausschuß (CCDH) hat am Wochenende wegen der schweren *Krise in Chile* die Vereinten Nationen eingeschaltet. Eine scharfe Verurteilung der chilenischen Junta verlangte auch der italienische Staatspräsident Sandro Pertini in einer Botschaft an *UNO-Generalsekretär* Perez de Cuellar.

Die chilenische Regierung hat inzwischen „Gruppen professioneller Gewaltprovokateure" für die Unruhen verantwortlich gemacht. *In einem* neuen eindringlichen Appell haben die chilenischen Bischöfe Regierung und Bevölkerung zum Dialog aufgerufen. Beobachter befürchten noch blutigere Unruhen für den 31. August, auf den die Opposition den fünften Protesttag festgelegt hat.

DIE WELT (uspe 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.





Die Entführung eines Israelis läßt sich die PLO 30 000 Dollar kosten

Teilrückzug in Libanon soll auch bezahltem Terror gegen die Truppen entgegenwirken

ROLF TOPHOVEN, **Tel Aviv**

Bei ihrem Terrorkrieg gegen die israelischen Truppen in Libanon winkt die PLO mit dicken Scheinen. Wie die WELT aus informierten Kreisen der israelischen Armee erfuhr, gibt es eine abgestufte Preisliste für Terror-Anschläge. Der israelische Soldat, besonders der Offizier, weiß jetzt auch, was er der PLO wert ist: 30 000 Dollar. Diese Summe wird nämlich aus der Kasse der PLO denjenigen bezahlt, die israelische Soldaten in Libanon entführen.

Zuletzt waren die „Greifkommandos" der Terroristen vor neun Monaten erfolgreich, als acht israelische Soldaten in einen Hinterhalt gerieten. Sechs von ihnen sitzen bei der Arafat-Organisation Atah, zwei beim PFLP-Generalkommando von Achmed Dschibril in Gefangenschaft.

Doch es geht auch billiger. 600 Dollar werden derzeit demjenigen hingeblättert, der Minen legt oder Autobomben zündet. Für das risikoreiche Geschäft der Entführung israelischer Soldaten hat die PLO Entführungsgruppen in Stärke von je 12 Mann für einen Israeli gebildet. Erst kürzlich ging in der Nähe von Beirut ein Mitglied einer solchen Gruppe der israelischen Abwehr ins Netz.

600 Dollar pro Mine

Für derlei Aufträge kommt derzeit in Libanon jeder in Betracht, der Geld braucht. Das 600-Dollar-Geschäft ist relativ schnell und risikoarm gemacht. Zum Beispiel: Bereits heute sind etwa 1000 bis 1200 PLO-Kämpfer nach ihrer Vertreibung aus Beirut im letzten Jahr in die libanesische Hauptstadt zurückgekehrt. Sie leben unter den Palästinensern und ersuchen Einfluß zu gewinnen. \uch nach Tripoli, der Hafenstadt im 'orden, kommen sie zum Teil per chiff über Zypern. Hier sammelt egenwärtig PLO-Chef Arafat die m noch verbliebenen loyalen Aninger. Die Kommandos sickern von er aus dann als „Privatleute" nach eirut.

Als Zivilisten nehmen sie weiter en Weg nach Süden. Zahal (die raelische Armee) kann sie nur hwer aufhalten. Die Region von eirut und des Schufgebirges bieten manches Schlupfloch. In Südlibnon kämpft der PLO-Mann der Reon von früher, er kennt eventuell och nicht entdeckte Waffendepots, euert einen Täter für ein Bombettentat an, bezahlt bar und kehrt ich Beirut zurück. Jeder kann einen lchen Anschlag ausführen. Zwar t die PLO die Initiative, doch erlien nach Erkenntnissen der israelihen Streitkräfte momentan mehr banesen als Palästinenser den üpgen pekuniären Angeboten der LO.

Doch mit dem bezahlten Terror d der „elektronischen" Kriegsführng durch die Autobomben gegen n israelischen Truppen in Libanon ll es bald zu Ende sein. Denn auch vor diesem Hintergrund bereitet Israel in Libanon den Teilrückzug seiner Truppen bis zum Awali-Fluß nördlich von Sidon vor.

Die strategisch taktischen Überlegungen dabei gehen von mehreren Komponenten aus: Die neue Verteidigungslinie folgt den Flußläufen des Awali, des Besri und des Baruk bis hinauf zu den Bergspitzen des Jebel Baruk. Die Bekaa-Ebene und der Ostlibanon, wo Israels Artillerie 23 Kilometer vor Damaskus steht, bleiben vom Teilrückgang unberührt. Im ganzen erstrecken sich neun Positionen am Awali-Fluß in einer Länge von etwa 100 Kilometern. Bei Israels Positionen am Awali-Fluß in einer Länge von etwa 100 Kilometern. Bei Israels Positionen am Awali, Besri- und Baruk-Fluß handelt es sich um ein mehrgliedriges, gestaffeltes Verteidigungssystem. Beobachtungsposten und Bunker werden in die Felsen hineingebaut. Diese Anlagen werden mit einem mobilen Patrouillen- und Kontrollsystem verbunden. Spezialeinheiten der Infanterie werden entlang des Flußbettes des Awali die Gegend durchkämmen. Ein hochmodernes Kommunikations- und elektronisches Überwachungssystem koordiniert die Verteidigung und soll Infiltrationen in das dann von Israel besetzte Gebiet verhindern.

Zwar wird es keine elektrischen Zäune als Grenzmarkierung geben, doch die natürliche geographische Beschaffenheit um und südlich des Awali-Flusses soll zu einem möglichst wirksamen Schutz führen. Hauptquartiere und Camps für Logistik ergänzen das neue Verteidigungssystem der israelischen Armee in Libanon. In den Depots lagert bereits jetzt die Winterausrüstung für die Truppen, besonders für jene aus dem Jebel Beruk. Dieser Berg, von dem die Israelis auch weiterhin die bald geräumte Region an der Straße von Beirut nach Damaskus beobachten können, gilt als das „elektronische Fenster" der ganzen Awali-Linie – es ist die wichtigste Position.

Kriegsziel erreicht?

Bei wirksamem Funktionieren der neuen Linie wäre das ursprüngliche Ziel des Libanon-Krieges vom letzten Jahr erreicht: eine sichere 45 Kilometer tiefe Zone nördlich der israelischen Grenze frei von PLO-Artillerie und Katjuscha-Angriffen auf Galiläa zu schaffen. Riesige Bulldozer werden gegenwärtig beim Bau von Befestigungsanlagen am Awali eingesetzt. 45 Kilometer neue Straßen werden gebaut, 50 Kilometer der vorhandenen ausgebessert und verbreitert.

Der gesamte Verkehr von Nord- nach Südlibanon läuft dann über nur drei Brücken entlang der Awali-Linie: Die wichtigste Passage liegt an der Küstenstraße von Beirut nach Süden (dort passieren täglich 6000 Fahrzeuge in beiden Richtungen).

Durch die Awali-Linie verringert sich die Zahl israelischer Truppen in Libanon um etwa ein Drittel. Von den derzeit noch besetzten 3400 Quadratkilometern verbleiben nach dem Teilrückzug noch 2800 unter israelischer Kontrolle. Die Linie, an der israelische Truppen mit anderen feindlichen Gruppen sich unmittelbar gegenüberstehen, verkürzt sich von 118 auf 113 Kilometer Länge. Von 85 Kilometern an der Küstenstraße bleiben nach dem Teilrückzug noch 62 Kilometer im Bereich israelischer Truppen.

„Da wir das zwischen Christen und Drusen umkämpfte Gebiet in den Schuf-Bergen fast ganz räumen", erklärte Oberstleutnant Jona Gazit vom Nordkommando der israelischen Armee gegenüber der WELT, „steht uns keine starke feindliche Armee mehr gegenüber. Wir glauben nicht, daß die Syrer sofort in dieses Vakuum stoßen. Der einzige Gegner wäre demnach die PLO, wenn sie aus dem Norden Libanons zurückkommt". Doch dies gilt als unwahrscheinlich, die Region im Schuf betreffend, denn die Drusen in diesem Gebiet haben schon bei früheren Konflikten das Einsickern von PLO-Kämpfern niemals zugelassen.

Tote und Verwundete

Skeptisch beurteilen israelische Experten die Frage, ob die neue libanesische Armee den Schuf befrieden kann. Ihre zweite und achte Brigade, die dazu in der Lage wären, stehen unter dem Einfluß der Christen und werden von daher schon von den Drusen abgelehnt, die den Schuf kontrollieren.

Allein 263 Angriffe und Terroranschläge gegen israelische Truppen in Libanon ereigneten sich in den ersten sieben Monaten dieses Jahres. Dabei gab es Tote und Verwundete. Die neue Verteidigungslinie am Awali soll diesen Terror drastisch reduzieren. Israels Militärfachleute sind vom Erfolg der neuen strategischen und taktischen Maßnahmen überzeugt. Sie verweisen auch auf die langjährigen Erfahrungen ihrer Armee im Westjordanland und im Gazastreifen. Oberleutnant Gazit: „Es wird eine gewisse Zeit dauern."

Vorteilhaft für die israelischen Truppen ist auch, daß mehr Soldaten aus den regulären Verbänden mit großer Kampferfahrung in der Region um Beirut nun die Awali-Linie besetzen werden. Dies entlastet wiederum die Männer der Reserveeinheiten, die zu Hause in Israel in ihren Berufen dringend gebraucht werden. Noch etwas könnte wichtig sein: Der für Libanon verantwortliche Kommandeur der Israelis ist Generalmajor Amir Drori; er sammelte vor Jahren als Oberst persönliche Erfahrungen, als es im Gazastreifen galt, den Terror der PLO zu brechen.

In sechs Wochen wird die neue Verteidigungslinie fertiggestellt sein. Israels Armee in Libanon ist damit auch auf dem Weg, eigene Verluste zu vermeiden.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Auf brüchigem Fundament

„Es droht ein Kampf der Generationen"; WELT vom 4. August

Sehr geehrte Damen und Herren,
es ist der WELT und Herrn Lohmar zu danken, daß hier – wieder einmal – mit allem Ernst und Nachdruck dargestellt wird, auf welch brüchigem Fundament der sogenannte „Generationenvertrag" beruht. Herr Professor Lohmar weist auch mit Recht auf ein Wesensmerkmal der parlamentarischen Parteidemokratie hin, nämlich „die Kurzfristigkeit ihrer Erfolgshorizonte".

Leider zeigt aber auch dieser Beitrag keinen gangbaren Ausweg aus der Krise. Deshalb muß daran erinnert werden, daß die deutsche Sozialversicherung seit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts auf dem sogenannten „Versicherungsprinzip" beruhte. Jeder Arbeiter und Angestellte bezahlte im Laufe seines Berufslebens Versicherungsbeiträge und sammelte so ein Kapital mit Zinsen an, das – zusammen mit gleich hohen Zahlungen der Arbeitgeber – ausreichte, um dem Versicherten nach Eintritt in den Ruhestand eine auskömmliche Altersrente zu gewähren – ein durchaus gesundes Prinzip, wie es noch heute in der privaten Versicherungswirtschaft gilt.

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und ebenso nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gingen die auf diese Weise angesammelten Vermögen der Rentenversicherung unter. Deshalb trat an die Stelle des „Versicherungsprinzips" nunmehr (zunächst) der sogenannte „Generationenvertrag" – ein wohltönendes Wort! Natürlich war es richtig und unabwendbar, daß nach der Währungsreform zunächst die fälligen Altersrenten direkt aus den Mitgliedsbeiträgen der Arbeiter und Angestellten bezahlt wurden; so sorgte die jüngere Generation für die ältere. Mit diesem Zustand gab sich nun leider jedermann zufrieden, eingelullt durch das beruhigende Wort „Generationenvertrag".

Tatsächlich hätte man aber schon 1948 damit beginnen müssen, Schritt für Schritt zum soliden Versicherungsprinzip zurückzukehren, indem nur ein Teil der Beiträge für die Zahlung von Altersrenten verwendet wurde, während ein zunächst kleinerer, aber über Jahrzehnte wachsender anderer Teil der Versicherungsbeiträge zum Aufbau eines neuen Vermögens hätte abgezweigt werden müssen. Bei konsequenter, langfristiger Planung und Durchführung hätte so schon heute – nach 35 Jahren – ein ausreichendes Vermögen der Rentenanstalten angesammelt werden können: Rückkehr zum „Versicherungsprinzip".

Die Foderung zur langfristigen Sanierung der Sozialversicherung kann also nur lauten:

Abkehr von der Brutto-Renten-Dynamisierung.

Stufenweise Rückkehr zum Versicherungsprinzip.

Mit freundlichen Grüßen
E.W. Lindow,
Köln 41

Die mit Blut spritzen . . .

Ein Schwalba macht noch keinen Sommer, aber Heimtücke. Hinterlistig mit seiner in der Proletenkleidung, in der kein Proletarier sich jemals bei einem Empfang zeigen würde, versteckten Flasche, besudelt er Gäste. So sieht die deutsche Gastfreundschaft der Grünen aus, die ihre Diäten aus unseren Steuergeldern beziehen. „Verzweiflung" – mit den Händen in den Hosentaschen?

Sie, deren einige sich anmaßen, Gott so nahe zu stehen, daß sie allein die Bergpredigt „richtig" auslegen können, sie kennen nicht einmal wirklich die Gleichnisse Jesu. Sonst kennten sie nämlich Christi Gleichnis von der königlichen Hochzeit (Matth. 22 Vers 11 und 12: Da ging der König hinein, die Gäste zu besehen, und sah allda einen Menschen, der hatte kein hochzeitlich Kleid an; und er sprach zu ihm: Freund, wie bist du hereingekommen und hast doch kein hochzeitlich Kleid an. Er aber verstummte . . .) nicht, sondern praktizierte „Gewaltlosigkeit" mit einer Flasche sattfettem Eigenbluts.

Das sollte das Blut der Vietnamesen sein, die gewiß nicht so wohlgenährt einherstolzierten, Hände in den Hosentaschen. Und niemand, niemand nimmt mehr Anstoß daran, daß nicht Amerika Vietnam in die Knie gezwungen hat, sondern der blutigste Kommunismus, der noch heute daselbst so wütet, daß deutsche Schiffe gewaltlos und unblutig einige wenige aus den Fluten des Meeres retten, wo tausende und abertausende Vietnamesen umkommen, die versuchen, sich vor den Gewaltherrschern zu retten. Eine Schwalbe machte noch keinen Vietnamesen dort lebendig, sie machte trotz allen Friedensgeschreis noch keinen Friedenssommer dort.

Als die russischen Delegationen mit Generälen einschließlich Herrn Breschnew in Bonn erschienen, wo vergoß Herr Schwalba da sein Blut?

J. Suchsland,
Wesel

*

Sehr geehrte Herren,
die Grünen versuchten bisher, über den Weg mit Blümchen und angeblichen Friedensparolen dem deutschen Volk ihre Harmlosigkeit vorzugaukeln. Doch nun geht es weiter: Jetzt dürfen deren Abgeordnete schon unsere Staatsgäste überfallen und mit Blut bespritzen!

Mich packen Angst und Entsetzen, wenn ich mir vorstelle, wohin das führen kann. Ist das der Geist unserer Demokratie? Erkennen wir nicht, wie allmählich durch dieses geheuchelte und verlogene Friedens-„Begehren" unsere freiheitliche Lebensordnung untergraben wird? Bisher haben die Grünen ihre Ziele nur mit Gewalt erzwingen wollen, sei es durch gewalttätige Demonstrationen in feiger Vermummung oder aber durch fast kriegerische Hausbesetzungen, wie es z.B. der Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete Ebermann uns vorgeführt hat.

Dieser Stil darf doch nicht zur Regel werden! Der Anschlag von Wiesbaden muß geahndet werden oder man müßte sich dann abermals den Vorwurf einer Wiederbelebung des Nazismus gefallen lassen. Ich erwarte, daß in unserem Staat dem Recht Genüge getan wird. Sonst haben wir nicht nur einen Hitler der Nazis zu bewältigen, sondern einen Schwalba–Hotn der Grünen.

Elvira Eichmann,
Hamburg 70

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Unhaltbar

„Hoppe: Geißler wird Risiko für Konsolidierung"; WELT vom 1. August

Sehr geehrte Damen und Herren,
der FDP-Kollege Hoppe hat in einem Interview mit Ihrer Zeitung den Familienminister Geißler als „Konsolidierungsrisiko" bezeichnet. Dieser Vorwurf sprengt die Grenzen der Fairneß und ist sachlich unhaltbar, denn die Beschlüsse des Familienlastenausgleichs haben im Kabinett auch die Zustimmung der FDP gefunden.

Die familienpolitischen Ziele der Union sind zugegebenerweise sehr ehrgeizig. Dabei wird es auch bleiben. Familienpolitische Förderungen sind wichtige Zukunftsinvestitionen. Dieser Grundsatz ist aus der Sicht der Union in dieser Koalition unaufgebbar.

Wenn die FDP richtigerweise zu weitergehenden Konsolidierungsmaßnahmen ihren Beitrag leisten will, könnte sie ja Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff mit noch größerem Nachdruck bewegen, Vorschläge zu Subventionskürzungen vorzulegen.

Mit freundlichen Grüßen
Hermann Kroll-Schlüter, MdB,
CDU,
Bonn / Warstein

Irreführung

„Irregeführte Verbraucher"; WELT vom 19. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,
„Irregeführte Verbraucher" durch Verbraucherverbände – diese alles verdrehende Behauptung wird mit drei Beispielen illustriert, deren eines – sittenwidrige Kredite – die Verbraucher–Zentrale Hamburg zu einer Richtungstellung veranlassen muß.

Die – übrigens von allen elf Verbraucherzentralen getragene – Aufklärungsaktion über sittenwidrige Konsumenten-Kredite beruht einzig und allein auf einer in mehreren VerbraucherZentralen durchgeführten Auswertung der höchstrichterlichen Rechtsprechung der letzten fünf Jahre. Die Angriffe Ihres Autors Harald Posny insbesondere gegen die Verwertung des „Schwerpunktzinssatzes" der Deutschen Bundesbank und die darauf fußenden Vergleichsmethoden sind insofern nicht aktuell, als sie, damals von den Bankenvertretern vorgetragen, längst vom Bundesgerichtshof zurückgewiesen worden sind. Herr Posny sollte diese Berechnungsmethoden daher nicht „unredlich" nennen.

Die Folgen des Kreditwuchers haben sich die Verbraucher-Zentralen im übrigen auch nicht ausgedacht: Bei Ausnutzung von Notlagen oder Unerfahrenheit der Verbraucher sind derartige Kreditverträge von Rechts wegen nichtig, so daß der Kunde allein das Geld zurückzahlen muß, was er von der Bank erhalten hat. Dieses haben sich Teilzahlungsbanken inzwischen dutzendfach von den Richtern sagen lassen müssen. Diese Realität verkennt der Autor, wenn er eine „rührende Forderung" der Verbraucher-Zentralen ausmacht.

Allein zustimmen kann ich Herrn Posny hinsichtlich der „Gesamtwürdigung aller objektiven und subjektiven Geschäftsumstände", die für die Beurteilung jeden Einzelfalles vorgenommen werden muß. Die Auswertung der inzwischen tausendfach bei den Verbraucher–Zentralen eingehenden Kreditverträge bestätigt indessen, daß es sich um etwa 700 000 „Einzelfälle" handelt.

Mag jeder für sich – hier die Verbraucher-Zentralen, dort Herr Posny – prüfen, in welche der von Herrn Posny aufgezogenen Schubladen „Information oder Verdummung" seine Äußerungen fallen . . .

Mit freundlichen Grüßen
Nikolaus Jürgens,
Verbraucher–Zentrale Hamburg e.V.,
Hamburg

Hier irrt Blüm

„An Arbeitszeitverkürzung führt kein Weg vorbei"; WELT vom 3. August

Hier irrt der geschätzte Minister Blüm. Es gibt keine feststehende Größe „zur Verfügung stehende Arbeit", allenfalls die Größe „zur Verfügung stehende Arbeit zu einem bestimmten Preis".

Arbeit gibt es in Hülle und Fülle (z.B. Schwarzarbeit), aber nicht zu den tarifvertraglich und damit gesetzlich vorgeschriebenen Wahnsinnspreisen. Nicht die Bundesregierung, sondern die Tarifparteien können Abhilfe schaffen. Arbeitskostensenkung schafft Arbeitsplätze. Worauf warten wir also?

Mit freundlichem Gruß
Dr. W. Knuth,
Neuwied

Wort des Tages

„Über konkrete Streitpunkte im Parlament mögen wir Politiker immer wieder mit der einen oder anderen Gummiformel hinwegkommen. Aber eines dürfen wir alle miteinander nicht werden, nämlich Laienprediger für Leerformeln."

Richard von Weizsäcker, dt. Politiker (geb. 1920)

Spaniens Bischöfe kritisieren Gesetz zur Schulreform

ROLF GÖRTZ, **Madrid**

Zurückhaltend in der Form, aber assiv in der Sache sind die Vorwürfe, die der spanische Episkopat der zialistischen Regierung vorwirft. e Kritik gilt einem Gesetz zur hulreform, das jetzt dem Parlaent vorgelegt wurde.

In einem Kommuniqué der Biofskonferenz heißt es: „Das Recht r Privatschulen mit öffentlicher iterstützung, ihren eigenen Lehrn und ihren eigenen Charakter in igiöser, moralischer und erzieheriner Hinsicht zu bestimmen, wird in m neuen Erziehungsgesetz nicht sreichend geschützt. In ganz Westropa existiert kein System, das m neuen spanischen Gesetz auch r ähnelt."

Die Kritik findet in dem Land, das h zu 90 Prozent zum katholischen auben bekennt, weiter Unterstützng, vor allem über die Elternvernde. Der Episkopat stellt fest, daß s neue Gesetz geeignet sei, Schulen ßerhalb des staatlichen Monopols Zukunft nur noch den wirtschafth bessergestellten Schichten des ndes vorzubehalten. Der Gesetzesrschlag stellt die Existenz „von usenden von privaten Schulen" in age. Vor allem sei es dem Gesetzger „nicht gelungen, die Selbständigit privater Schulen mit dem Prin der Beteiligung der Eltern, Lehrer d Schüler an der Auswahl des hrkörpers und des Lehrplanes in nklang zu bringen".

Die privaten – meist der Kirche hestehenden Schulen – genießen it jeher einen weitaus besseren Ruf ; die staatlichen Schulen Spaniens. e mit Abstand beste Universität s Landes „Navarra" gehört ebenls einer kirchlichen Organisation. e sozialistische Regierung, die die eologie ihrer Partei weder in der rtschafts- noch in der Außenpoli: und eigentlich auch nicht in der nenpolitik voll anwenden kann, rft sich deshalb um so heftiger auf e Kulturpolitik. Die Schulreform, it deren Hilfe der konservative Einiß der Kirche zurückgedrängt wern soll, ist ein Beispiel dafür. (SAD)

Beirut dient Dschumblatt und Syrern als Faustpfand

Flughafen geschlossen / Rücktritt Gemayels gefordert

PETER M. RANKE, **Beirut**

Der internationale Flughafen von Beirut blieb auch gestern – den fünften Tag – geschlossen. Der libanesische Transportminister Pierre Khoury wies zwar darauf hin, daß Verhandlungen im Gange seien, um eine Wiederaufnahme des Flugverkehrs zu erreichen. Aber der mit Syrien verbündete Drusenchef Walid Dschumblatt drohte, den Beschuß mit Raketen und Granaten fortzusetzen, wenn Maschinen starteten oder landeten. Zehntausende von Libanesen und Ausländern, die Beirut verlassen oder erreichen wollen, sitzen fest.

Dschumblatt forderte als Preis für die Wiedereröffnung des Flugplatzes in einem Interview mit der prolibyschen Zeitung „As Safir", daß der libanesische Staatspräsident Amin Gemayel zurücktreten müsse und daß die Christen-Milizen der „Lebanese Forces" aus den christlichen Dörfern im Schuf-Gebirge abziehen müßten. Die Dörfer wären dann ohne Schutz den Drusen ausgeliefert. Am Wochenende haben die Kämpfe zwischen den gegnerischen Milizen an Intensität zugenommen.

In einem Interview mit der US-Fernsehgesellschaft CBS warnte Dschumblatt auch die der internationalen Friedenstruppe in Libanon angehörenden US-Marines. Er rate ihnen, sich vom Flughafen Beirut fernzuhalten. Dies sei besser für die Soldaten und besser für ihn. Die Marines waren vor kurzem bei Artillerieduellen zwischen Drusen-Milizen und libanesischen Armee-Einheiten regelrecht ins Kreuzfeuer feindlicher Geschütze geraten. Dschumblatt sagte, daß dies „wieder geschehen kann". Die Marines haben vor dem Hauptgebäude des Beiruter Flughafens und neben der Startbahn zwei Camps errichtet.

Von der Stadt Aley aus und von benachbarten Dörfern im Schuf-Gebirge beherrschen die etwa 2000 bis 3000 Mann der Drusen-Miliz der Dschumblatt-Partei „Parti Social Progessiste" praktisch ganz Beirut. Sie werden von den Syrern mit Munition versorgt. *Die israelischen Truppen*, die auf dem Papier den Schuf kontrollieren, halten sich heraus und lehnen eine Entwaffnung der Drusen und christlichen Maroniten ab, da sie dabei zu hohe Verluste hätten.

Dschumblatt könnte die Abschnürung Beiruts noch durch eine Sperrung des Hafens verstärken. Der geschlossene Flughafen bedeutet für Libanon einen Verlust von rund fünf Millionen Dollar täglich, da Beirut eine Drehscheibe für Nahost-Flüge ist und jetzt außerdem kein Obst, Gemüse oder andere Fracht über den Flugplatz exportiert werden kann.

Libanesische Reeder versuchen, einen Passagier- und Frachtverkehr über Zypern nach dem Hafen Jounieh wie im letzten Krieg in Gang zu bringen. Für Taxi-Fahrten nach Damaskus werden in Beirut jetzt rund 1000 Mark pro Wagen verlangt, aber nicht jeder darf die zahlreichen Kontrollen der syrischen Truppen passieren.

Weder die libanesische Armee noch die alliierte Friedenstruppe, die nun in Beirut wie in einer Falle sitzt, sind bisher willens oder fähig, die Drusen-Miliz im Schuf zu entwaffnen, da dann sicherlich syrische Truppen eingreifen werden. Gemayel und die Regierung Wazzan versuchen daher zu verhandeln. Aber bisher sind Dschumblatt und die Regierung in Damaskus auf keinerlei Angebot eingegangen, sondern versuchen politische Höchstforderungen durchzusetzen. Beirut dient ihnen – wie im vorigen Sommer der PLO – als Faustpfand.

Syriens Staatschef Assad hat in einem Interview mit der „Washington Post" die Einhaltung der UNO-Resolutionen 508 und 509 als einzige Bedingung für einen syrischen Truppenabzug aus Libanon genannt. Darin wird Israel zu einem bedingungslosen Rückzug aus Libanon aufgefordert. (SAD)

Personalien



Hans Arnold
FOTO: ZOLTAN NAGY

GEBURTSTAG

Hans Arnold, Botschafter und Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik bei der UNO in Genf, wurde gestern 60 Jahre alt. Der Botschafter ist der Sohn des Münchner Kunstmalers und „Simplicissimus"-Karikaturisten **Karl Arnold**. Dr. phil. Hans Arnold gehörte zu der Pionier-Crew des deutschen Auswärtigen Dienstes, die 1949 die Diplomatenschule, die damals in Speyer ihre Tätigkeit aufnahm, besuchte. SPD-Mitglied Arnold wurde von dem früheren Außenminister **Willy Brandt** 1966 zum Leiter seines Ministerbüros berufen. Seine zwei Jahre später vorgesehene Ernennung zum Botschafter in Jugoslawien, nachdem Bonn und Belgrad die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen hatten, stieß auf den Widerstand des damaligen Koalitionspartners FDP. Arnold ging als Botschafter nach Den Haag, wurde 1972 Leiter der Kulturabteilung im Auswärtigen Amt und 1977 Botschafter in Rom, wo er einen besonders guten Kontakt zu Staatschef **Sandro Pertini** herstellte, dessen großen erfolgreichen Staatsbesuch er in der Bundesrepublik vorbereitete. 1981 übernahm er das Amt des Chef-Inspektors im AA, dem auch die Überwachung der Auslandsbotschaften auferlegt ist. Hans Arnold wurde 1982 nach Genf versetzt.

VERANSTALTUNG

Der Oberbürgermeister von Paris, **Jacques Chirac**, der deutsche Botschafter in Frankreich, **Axel Herbst**, der Präsident des französischen Senats, **Alain Poher**, und der französische Minister und Beauftragte für europäische Angelegenheiten, **André Chandernagor**, sind die Schirmherren eines Deutsch-Französischen Kongresses, der vom 29. September bis 2. Oktober in Paris stattfindet und der im Zeichen der 20jährigen deutsch-französischen Zusammenarbeit steht. Veranstalter ist die Vereinigung der Deutsch-Französischen Gesellschaften in Deutschland und Frankreich. Hauptthema wird die Einsetzung von vier ständigen Expertenkommissionen sein, die in Zukunft auf die Erfüllung der Inhalte des Deutsch-Französischen Vertrages, der 1963 von **Konrad Adenauer** und **Charles de Gaulle** unterzeichnet wurde, ein stärkeres Augenmerk haben sollen. Dies gilt für die militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit, aber auch ganz speziell für Erziehungs- und Jugendfragen, für das gegenseitige Erlernen der Sprache und für Medienfragen. Der Kongreß findet übrigens zum ersten Mal in Paris statt.

*

Eine Solidaritätsadresse haben die Wiener Philharmoniker an die Stadt Bonn gerichtet. Sie erklärten, daß sie „auf jeden Fall" mit ihrem Dirigenten **Lorin Maazel** beim Bonner Beethovenfest spielen wollen, auch wenn nach dem Brand in der Bonner Beethovenhalle das Konzert in einem Zelt gegeben wird. Sie wollen „ihre Bonner Freunde in der Bundeshauptstadt nicht enttäuschen", sagten die Philharmoniker. Stadtdirektor Dr. **Fritz Brüse** in Bonn bemüht sich zur Zeit weiter darum, die Halle so schnell wie möglich wieder instand zu setzen. Zur Zeit verhandelt Bonn mit der Firma Siemens, ob eine Beleuchtungssteuerungsanlage, die bereits an einen syrischen Kunden verkauft wurde, nicht doch der Stadt überlassen werden kann. Keinen Schritt weiter gekommen sind bisher die Polizei und das Bundeskriminalamt, die den Brandstifter noch nicht fassen konnten.

BUNDESREGIERUNG

Für ein „zusätzliches Angebot an knackigen Äpfeln an Autobahn-Raststätten und Erfrischungsautomaten" setzte sich Landwirtschaftsminister **Ignaz Kiechle** in einem Brief an seinen Bonner Ressortkollegen Bundesverkehrsminister **Werner Dollinger** ein. Der Bauer und Minister Kiechle: „Den Reisenden auf Schiene und Straße sollte mehr Obst als Wegzehrung zur Verfügung stehen." Eine „entsprechende Empfehlung" auch an die deutsche Bundesbahn, wenn die Apfelernte beginnt, sollte doch nicht schwerfallen, so Kiechle, der offensichtlich Kekse und heiße Würstchen auf der Bahn satt hat.

*

Dr. **Friedrich Hassbach**, Verbandsdirektor und Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Wirtschaftsvereinigung Bauindustrie e. V. Nordrhein-Westfalen und Mitglied des Bundesvorstandes der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU, plädierte in einer kleinen politischen Runde in Bonn ernsthaft dafür, das Bonner Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten umzuwandeln in ein Umweltschutzministerium, das heute viel dringender sei. Dr. Hassbach: „Heute gibt es bei uns nur noch rund 900 000 Bauern. Vergleicht man das mit unserer eigenen Branche mit zwei Millionen Beschäftigten und 60 000 Unternehmen, könnten wir auch ein eigenes Ministerium fordern. Wir haben zwar ein Wohnungsbauministerium, aber in dem Sinne kein eigenes Bauministerium." Bad Godesbergs Prominentenwirtin **Ria Alzen** stimmte ihm zu. Eigentlich sollte man auch ein „Wirteministerium" fordern, erklärte sie scherzhaft, denn ihre Branche habe noch mehr Beschäftigte als die vorher angesprochenen.



Dr. Friedrich Hassbach
FOTO DIE WELT

EHRUNG

Die Deutsche Gesellschaft für Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde, Kopf- und Halschirurgie hat Oberarzt Dr. **Wolfgang Stoll** in Münster an der dortigen HNO-Klinik mit dem Anton von Tröltsch-Preis ausgezeichnet. Der Preis würdigt Stolls neuentwickelte diagnostische Hilfsmittel zur Feststellung von Gleichgewichtsstörungen.

„Die Grünen verspielen die Gunst ihrer Wähler"

Professor Scheuch erwartet Abwanderung zur SPD

DW. Bonn

Die Aussicht, daß die Grünen bei den nächsten Wahlen wieder in den Bundestag einziehen werden, hält Professor Erwin K. Scheuch für äußerst gering. Wenn die SPD die Grünen mit ihren Umarmungsversuchen nicht ungewollt aufwerten würde, sähe es für die junge Partei „schon bei den bevorstehenden Landtagswahlen schwarz aus", sagte der Leiter des Instituts für angewandte Sozialforschung der Universität Köln in einem Interview mit der „Bild am Sonntag".

Das Wählerpotential der Grünen werde wieder zur SPD zurückkehren, zumal die SPD „in ihrer neuen Bonner Oppositionsrolle auch extremere Gruppen leichter verkraften kann als in ihrer Regierungszeit", sagte der Sozialforscher. Für ihn ist es eine „logische, geradezu unvermeidliche Selbstverständlichkeit", daß die Grünen die Gunst ihrer aus den unterschiedlichsten Bereichen kommenden Wähler verspielen. Diese Entwicklung laufe in drei Phasen ab:

- Da die sich als alternativ verstehende Partei keine politischen Problemlösungen und sachliche Argumente vorweisen könne, ersetzten sie die Sache durch Symbolhandlungen. Als Beispiele führt Professor Scheuch Blockaden von Zufahrtsstraßen zu NATO-Einrichtungen und spektakuläre Aktionen in den Städten statt echter Friedenspolitik an.

- Die Aufmerksamkeit, die durch solche Aktionen erweckt würde, halte aber nicht lang vor. Daher müßten die Grünen die Radikalität ihrer Handlungen ständig erhöhen. So sei der Blut-Anschlag des grünen Parlamentariers Schwalba-Hoth auf einen US-General nur die logische Fortsetzung früherer Aktionen, wie z. B. der Farbbeutel im Deutschen Bundestag. Weitere, noch mehr Aufsehen erregende Aktionen hält Scheuch in der Folge dieser Eskalation für wahrscheinlich. Davon fühlten sich aber die bürgerlichen Wähler, der Grünen „verhöhnt und abgestoßen".

- Abgeordnete der Grünen, die gelegentlich Ansätze zu sachlicher Politik im Bundestag zeigten, gerieten nun immer stärker mit den radikalisierten Teilen der grünen Basis in Widerspruch, für die „jede noch so schwache Annäherung an die etablierten Parteien verdächtig ist". Solche Abgeordneten, wie „Petra Kelly und Otto Schily provozieren deshalb ihrerseits wieder neue Aktionen ihrer radikalen Freunde", folgert Scheuch.

Die USA wollen russischen Diplomatensohn schützen

● Fortsetzung von Seite 1

drej Bereschkow nicht aus dem Land geschmuggelt wird, hat das FBI außerordentliche Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Die drei genannten Adressen werden Tag und Nacht überwacht. Autos, die die Wohnkomplexe verlassen, werden mit Taschenlampen abgesucht. Alle Flughäfen in den USA sind alarmiert worden. Fluggesellschaften mit internationalen Routen werden angewiesen, den Jugendlichen nicht an Bord und außer Landes zu lassen.

Das Ganze erinnert an einen spektakulären Vorfall vor drei Jahren, als FBI-Beamte auf dem Kennedy-Flughafen in New York drei Tage lang eine Aeroflot-Maschine am Abflug hinderten, weil sie erst eine angeblich asylsuchende russische Ballettänzerin sprechen wollten, die bereits unter den Fluggästen an Bord der Maschine war. Das Gespräch kam schließlich zustande, die Ballerina entschied sich zur Rückkehr in die UdSSR, und das Flugzeug durfte starten.

Der neue Fall hat für den Vater des Jungen, Valentin Bereschkow, möglicherweise weitgehende negative Folgen. Bereschkow (67) sollte Ende dieses Monats nach Moskau zurückkehren. Er bekleidet eine besonders exponierte Funktion in seiner Botschaft: Als Mitglied des Moskauer „Institut für Kanada- und US-Studien" hält er in Washington die Verbindung zu einem weiten Kreis des amerikanischen politischen und gesellschaftlichen Milieus. Freunde von ihm vermuten, daß seine Karriere jetzt jäh zu Ende gehen könnte.

Die US-Behörden müssen schon deshalb mit dem jungen Bereschkow sprechen, weil die Echtheit der beiden Briefe von den Sowjets in Zweifel gezogen wird. Während die „New York Times" den Brief veröffentlichte, gab das Weiße Haus den Text nicht frei. Es hieß lediglich, Andrej habe Ronald Reagan als guten Präsidenten bezeichnet, wünsche ihm die Wiederwahl und bitte ihn um Hilfe.

Im Brief an die „Times" hatte es unter anderem geheißen: „Ich hasse mein Land und seine Bestimmungen, und ich liebe ihr Land. Ich will hierbleiben ... Ich fürchte, wenn meine Eltern dies herausfinden, werden sie mich nach Sibirien schicken ... Wir Kinder werden hier alle wie Gefangene gehalten. Wir dürfen nichts Gutes über Ihr Land in der Schule sagen und nichts Schlechtes über unseres. Ich weiß, Sie sind eine freie Presse, ... und ich hoffe, Sie können mir auch helfen."

Sowjetische Diplomaten behaupten, schon die „Klischees" in dem Brief – so der Satz „nach Sibirien schicken" – wiesen den Brief als Fälschung aus. Es liege lediglich ein Streit zwischen Vater und Sohn vor.

Raketenstudie aus Washington stützt Moskau

■ Fortsetzung von Seite 1

nach Fernost zu verlagern, daß westlich des Urals noch 162 SS-20-Werfer als Pendant gegen die britischen und französischen Systeme blieben.

In Bonner Regierungskreisen ist inzwischen mehrfach darauf verwiesen worden, daß Moskaus Versuch, die britischen und französischen Systeme bei den INF-Verhandlungen anzurechnen, auf eine Diskriminierung der Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland hinauslaufe.

Ohne diesen Aspekt in allen Einzelheiten zu erläutern, haben am Wochenende führende Vertreter der Bonner Koalition mit dem Bundeskanzler an der Spitze die westliche Einigkeit in der Frage des NATO-Doppelbeschlusses in einer Weise bekräftigt, wie sie in diesem Gleichklang und nach den zwischen Bonn und Washington aufgekommenen Irritationen lange nicht zu registrieren war. Helmut Kohl, Vizekanzler Genscher und der Vorsitzende der Unions-Fraktion, Alfred Dregger, ließen in Interviews keinen Zweifel daran: Falls die Genfer INF-Verhandlungen in der am 6. September beginnenden nächsten Runde ohne Ergebnis bleiben, wird mit der Stationierung der US-Mittelstreckenwaffen in Westeuropa nach dem NATO-Beschluß vom Dezember 1979 begonnen. Kohl, Genscher und Dregger machten gleichfalls deutlich, daß alle in den letzten Wochen an die Formel vom „Waldspaziergang" geknüpften Spekulationen darüber, daß Bonn nicht mehr am „Waffenmix" festhalten wolle und damit die Stationierung der ballistischen Rakete Pershing 2 aufgegeben habe, hinfällig seien.

In einem Interview der Wiener Zeitung „Die Presse" erklärte der Kanzler: „Im Fall, daß die Sowjetunion nicht bereit ist, bei den Genfer Gesprächen ihre Überrüstung im Bereich der landgestützten Mittelstrekkenraketen abzubauen, werden innerhalb der NATO und auch in der Bundesrepublik Deutschland Pershing 2 und Cruise Missiles stationiert werden." Dies werde zu dem in der NATO abgesprochenen Zeitpunkt geschehen, fügte Kohl hinzu.

Ähnlich eindeutig äußerte sich Bundesaußenminister Genscher im Südwestfunk. Bundesregierung und Koalition seien entschlossen, „bei Ausbleiben eines konkreten Verhandlungsergebnisses Mitte November 1983 in dem vorgesehenen Umfang, in der vorgesehenen Art, zum vorgesehenen Zeitpunkt die Nachrüstung durchzuführen". Dregger erklärte im „Spiegel", gegen die SS 20 sei „auch der Waffenmix nötig". Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Ehmke plädierte im Süddeutschen Rundfunk hingegen wieder für die Formel vom „Waldspaziergang", die die ballistischen Raketen auf NATO-Seite eliminieren würde.

Gedenken an Opfer der Mauer

Strauß: Unmenschliches Symbol der Kommunisten / Fluchtballon vor dem Reichstag

F. DIEDERICHS, Berlin

Zur Überwindung der Mauer und der Teilung Deutschlands haben am Wochenende anläßlich des 22. Jahrestages des Mauerbaus in Berlin führende Politiker und Organisationen aufgerufen. An vielen Stellen wurde im freien Teil der Stadt mit Kranzniederlegungen der Opfer der Mauer gedacht.

Berlins Regierender Bürgermeister Richard von Weizsäcker (CDU) bezeichnete den Bau der Mauer am 13. August 1961 als ein „Ergebnis kühl kalkulierter Machtpolitik", mit dem sich der Berliner Senat auch in Zukunft nicht abfinden werde. Den Machthabern in der „DDR" sei es damals nicht gelungen, die Zusammengehörigkeit der Deutschen zu beenden und die Zustimmung der Bevölkerung zu gewinnen. Daraus hätten sie die Konsequenz des Mauerbaus gezogen und so „weltweite Verurteilung in Kauf" genommen. Weizsäcker bezeichnete es als eine Verpflichtung für die Politiker, „die Mauer Schritt für Schritt durchlässiger" zu machen. Dabei seien in der Vergangenheit Fortschritte erzielt worden, die vor allem den Menschen im Westen zugute kämen. Weizsäcker: „Verstärkt müssen wir uns dafür einsetzen, daß in Zukunft auch für die Deutschen in der DDR Fortschritte erreicht werden."

Bereits am Freitag hatte der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß die Berliner Mauer als „ein unmenschliches Symbol des kommunistischen Regimes" bezeichnet. Sie bezeuge, daß die „DDR" „nur durch ständige Verletzung selbstverständlicher Menschen- und Bürgerrechte unserer Landsleute überleben kann".

„Die Mauer muß eines Tages niedergerissen werden", sagte der Berliner CDU-Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus, Eberhard Diepgen, auf einer Kundgebung vor ehemaligen politischen Häftlingen, die der Opfer der Mauer gedachten. Bei der Kranzniederlegung am Mahnmal der Opfer des Stalinismus forderte Diepgen die Bonner Politiker auf, alle Chancen auszuschöpfen, um zu mehr Gemeinsamkeiten im innerdeutschen Verhältnis zu kommen. Kontakte sollten „ohne Berührungsängste" aufgenommen und gepflegt werden.

Zwei ehemalige Bewohner der „DDR" legten aus Protest gegen die Mauer am Sektorenübergang „Checkpoint Charlie" im Berliner Stadtbezirk Kreuzberg einen Kranz auf die zum östlichen Teil des Kontrollpunktes gehörende Fahrbahn. Das Blumengebinde mit der Schleife „Den Opfern der Mauer" wurde wenig später von „DDR" Grenzposten unter lautstarkem Protest zahlreicher West-Berliner entfernt.

Die „DDR" hatte den Bau der Berliner Mauer in einem Leitartikel des SED-Organs „Neues Deutschland" am Wochenende als „große Tat zur Erhaltung des Friedens" bezeichnet. Nach Ansicht der Kommentatoren des Parteiblattes habe man mit dem Mauerbau „einen Überfall, der von langer Hand vorbereitet war, vereitelt". Der Westen habe geplant, das „sozialistische Deutschland zu zerstören und es der imperialistischen BRD einzuverleiben".

Das „Neue Deutschland" kommentiert weiter, „imperialistische Kräfte" hätten mit der Stationierung neuer amerikanischer Nuklearraketen in der Bundesrepublik Deutschland und anderen westeuropäischen Ländern „wieder den Kurs der Konfrontation eingeschlagen". In Bonn dürfe niemand die Augen davor verschließen, daß die Stationierung die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten „ernsthaft belasten" könnte. Die „DDR" stehe auf der Seite derer, die sagen: „Lieber Nachverhandeln als Nachrüsten".

Vor dem Berliner Reichstag präsentierte anläßlich des Jahrestages des Mauerbaus die Familie des 40jährigen Peter Strelzyk den Heißluftballon, mit dem ihnen und einer befreundeten Familie 1979 die Flucht aus Thüringen in die Freiheit gelungen war. Vor mehreren hundert Berlinern drohte der aufgeblasene Ballon bei starkem Wind in den Osten abzudriften, diese nicht geplante „Rückkehr" konnte jedoch verhindert werden. Strelzyk und seine Familie wollten mit der Aktion auf das Schicksal von drei Personen in der „DDR" aufmerksam machen, die in Thüringen wegen ehemaliger Verbindungen zu den geflüchteten Familien zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt sind.

In Mexiko erwartete Reagan Kritik

Präsident de la Madrid bekräftigt Ablehnung der US-Manöver in Mittelamerika

DW. La Paz/El Paso

Auch von der Begegnung zwischen US-Präsident Ronald Reagan und seinem mexikanischen Amtskollegen Miguel de la Madrid wird keine grundsätzliche Änderung in der kritischen Haltung Mexikos zur Mittelamerika-Politik Washingtons erwartet. Die beiden Präsidenten erörterten gestern in La Paz im Nordwesten Mexikos mehrere Stunden lang die politische und militärische Situation in der Krisenregion. Vor der Unterredung hatten beide Seiten noch einmal ihre gegensätzlichen Positionen deutlich gemacht.

Reagan bestritt in einer Fernsehansprache im texanischen El Paso, daß seine Politik der Wirtschaftssanktionen, Kreditkürzungen und Aufrüstung der Gegner des sandinistischen Regimes in Nicaragua „die Sandinisten ins sowjetische Lager getrieben" habe. Die USA hätten sich vielmehr gegenüber den Sandinisten anständig verhalten, obwohl diese sich schon vor langer Zeit für Kuba und die Sowjetunion entschieden hätten.

Die USA wollten verhindern, sagte Reagan, daß „skrupellose kommunistische Diktaturen wie in Kuba" in Mittelamerika an die Macht kämen. „Wir sind auf seiten eines friedlichen, demokratischen Wandels in Mittelamerika. Davon zeugt unser tägliches Tun." Die USA unterstützten weder rechte noch linke Diktaturen. Sie arbeiteten eng mit echten Demokratien wie Honduras und Costa Rica zusammen und unterstützen bereitwillig El Salvador, damit es bald auch eine Demokratie werde.

Zu den seit rund einer Woche laufenden amerikanisch-honduranischen Manövern erklärte Reagan, die USA wollten „ihren Nachbarn beim Aufbau eines Schutzschildes gegen die kommunistische Intervention" helfen.

Miguel de la Madrid hatte zuvor in einem amerikanischen Fernsehinterview die Manöver der US-Streitkräfte in Mittelamerika kritisiert. Er sagte, Mexiko und die USA wollten beide Frieden in der Region und wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Er glaube aber nicht, daß das durch die Entsendung der US-Flotte erreicht werden könne. Ranghohe mexikanische Diplomaten vertraten entgegen der amerikanischen Position die Ansicht, daß Nicaragua nicht der Waffenlieferant der salvadorianischen Guerrilla sei und daß es seine eigene Form der Demokratie vorbereite.

In Honduras sind nach Mitteilung der US-Botschaft inzwischen rund 800 von insgesamt 5000 US-Soldaten zu den gemeinsamen Manövern eingetroffen, die etwa ein halbes Jahr dauern sollen. Auf dem nordhonduranischen Flughafen San Pedro Sula landen unablässig amerikanische Transportflugzeuge mit schwerer Ausrüstung und Mannschaften.

Der US-Flugzeugträger „Ranger" und sieben Begleitschiffe haben nach 19tägigen Seemanövern die Gewässer Mittelamerikas wieder verlassen. In dieser Woche wird der Flugzeugträger „Coral Sea" aus dem Atlantik vor der Karibikküste Mittelamerikas erwartet. Das US-Schlachtschiff „New Jersey", mit fünf Begleitschiffen, soll Ende August in der Region eintreffen.

Die salvadorianische Armee hat angesichts der drohenden Gefahr eines Vorstoßes der Guerrilla auf San Salvador eine Offensive gegen Stellungen der Untergrundkämpfer eingeleitet. Die Luftwaffe flog Bombenangriffe auf einen Vulkan am Stadtrand und den Vulkan Guazapa rund 30 Kilometer nördlich der Hauptstadt.

„Solidarität" droht mit Bummelstreik

AFP, Danzig

Der geheime Betriebsausschuß der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" in der Danziger Lenin-Werft hat der polnischen Regierung am Wochenende ein Ultimatum für die Wiederaufnahme von Verhandlungen gestellt. Die Gespräche müßten spätestens am 22. August unter Aufsicht der polnischen Kirche beginnen. Falls die Regierung den Dialog verweigere, werde die Gewerkschaft die Arbeiter zu einem landesweiten Bummelstreik vom 23. bis zum 31. August aufrufen, hieß es in einer der westlichen Presse zugespielten Erklärung. Darin wirft die Gewerkschaft dem Regime auch vor, die „historischen Abkommen" von Danzig gebrochen und teilweise die „finsteren Methoden der stalinistischen Ära" wiedereingeführt zu haben. Sie bekräftigt, daß „Solidarität" niemals ihre Forderungen vom August 1980 nach Gewerkschaftspluralismus, Meinungsfreiheit, Achtung der Menschenrechte und Arbeiter-Selbstverwaltung aufgeben werde.

Gestern morgen wurde ein größeres Polizeiaufgebot um die Danziger Lenin-Werft und die Brigitten-Kirche zusammengezogen, in der Arbeiterführer Lech Walesa an einer Gedenkmesse für die großen Streiks vom August 1980 teilnahm. Augenzeugen berichteten, daß mehrere tausend Menschen Walesa nach dem Gottesdienst zu seinem Wagen begleiteten und ihm dabei unter lauten Rufen und zum Siegeszeichen gespreizten Fingern ihre Sympathie bekundeten. Die Polizei löste die spontane Demonstration auf und nahm einige Polen sowie ein amerikanisches Fernseh-Team vorübergehend fest.

Kein Kompromiß bei der Weltkonferenz

dpa, Genf

Die zweite Weltkonferenz gegen Rassismus und Rassendiskriminierung in Genf ist nach zwei Wochen ohne Kompromiß über das gemeinsame Schlußdokument zu Ende gegangen. Die Schlußerklärung und ein Aktionsprogramm für die nächste sogenannte Anti-Rassismus-Dekade wurden durch Mehrheitsbeschluß der Afrikaner, Araber, Asiaten und des Ostblocks gegen die Stimmen der westlichen Minderheit oder deren Stimmenthaltung verabschiedet. Die westliche Kritik konzentriert sich auf zwei Passagen in der Schlußerklärung. Darin wird auf „die sich verstärkenden Beziehungen Israels mit dem rassistischen Regime Südafrikas" verwiesen und das „lebhafte Bedauern über die Praktiken der Rassendiskriminierung gegenüber den Palästinensern in den von Israel besetzten arabischen Gebieten" ausgesprochen. Der westdeutsche Delegationschef Wolfgang Behrendts verwies deshalb auch darauf, daß Rassendiskriminierung in der ganzen Welt fortdauere.

Bei „Bitte umblättern" ist die Mischung wichtig

Am allerliebsten Komiker

Es will nicht „exklusiv" sein wie die gleichnamige ZDF-Sendung, will auch nicht mit „Sieh an, sieh an" des NDR in Konkurrenz treten; „Bitte umblättern", das Unterhaltungsmagazin des Südwestfunks, hat eigene Vorstellungen, die das Publikum – rund ein Drittel der Fernsehzuschauer „blättert" im Schnitt freudig mit – offensichtlich zu goutieren scheint.

Albert Krogmann, seit zehn Jahren verantwortlicher Redakteur der leichtfüßigen Reihe, formuliert es so: „Uns interessieren aktuelle Beiträge über das in- und ausländische Entertainment. Personen, die im Trend stehen – seien es nun Sänger, Schauspieler, Boulevard-Autoren, seien es Mode-Designer –, wollen wir präsentieren."

Die hochgestochen-süffisante „VIP-Schaukel" der Margaret Dünser hat er nie kopieren wollen, da sich die Masse der Zuschauer relativ wenig mit solch superreichen Exemplaren identifizieren könne. Zudem findet Krogmann es wichtig, die deutsche Szene auszuleuchten.

Bitte umblättern – ARD, 21.45 Uhr

Society-Tratsch also ist seine Sache nicht, eher unterhaltsam dargebotene Information, die kritische Schlenker durchaus einschließt. (Wie etwa in einem Beitrag über das Bühnendebüt der Katja Ebstein; die Schlagerdame reagierte reichlich vergrätzt auf die Kommentierung ihrer Brettl-Versuche.) Ebensowenig jagt Krogmann Kuriositäten nach: „Versuche dieser Art habe ich systematisch gekippt."

Entscheidend für den Anklang seines 45minütigen Magazins hält er die Mischung; da mögen einzelne Filme in sich noch so gelungen sein, falsch zusammengestellt ergeben sie halt kein abgerundetes Potpourri.

Und wie steht es mit der gern kolportierten Legende, daß Prominenz kamerascheu sei? „Nach zehn Jahren Erfahrung in diesem Geschäft", antwortet Krogmann, „hat man so viele Kontakte, daß man fast jeden kriegt." Natürlich gibt es immer wieder schwierige „Kunden"; der Neumann – lässige Eindeutschung eines Herrn, der als Paul Newman nicht unbekannt sein dürfte – zeige beispielsweise keine Neigung, interviewt zu werden. Und die Streisand schiebt einen entsprechenden Termin schon seit Ewigkeiten vor sich her. Immerhin – im März 1984 hat sie dem SWF-Team ein Date in Aussicht gestellt.

Ganz abgesehen davon, daß man mit Marotten der Vertreter des Showbusineß immer rechnen muß. So hält Krogmann es für einen Glücksfall, Adriano Celentano – der in seiner Heimat Italien beinahe göttliche Verehrung genießt – zur rechten Zeit zu erwischen. Den Canzone-Helden peinigen nämlich etliche allzu menschliche Ängste: Er fürchtet nicht nur Fahrstühle, nein, auch Flugzeuge und Tunnel. Diese Phobien machen Verabredungen mit ihm außerordentlich problematisch. Überwindet er dennoch derlei Hindernisse, rückt Celentano gleich mit einem 13köpfigen Clan von Vertrauten an nebst Priester, denn man kann ja nie wissen, was der liebe Gott mit einem vorhat ...

Oder aber Jean Marais, in seiner Jugendblüte derart schön, daß sich Millionen Frauen in das Leinwandidol verknallten; in seinen Memoiren hatte der mittlerweile abgeklärte Jean kein Hehl aus seinen homosexuellen Neigungen gemacht. Doch als Krogmann ihn vor der Kamera dazu befragte, schnappte Cocteaus Zögling ein und brach das Interview abrupt ab.

Die Liebsten und Ergiebigsten seien ihm, gesteht Krogmann, die Komiker: Jerry Lewis, Mel Brooks, der mittlerweile verstorbene Marty Feldman und der quicklebendige Otto inszenierten sich selber, aus denen brauche man nichts „rauszuzutzeln".

Heute abend hat „Bitte umblättern" folgendes durcheinandergemischt: den Tiroler Giorgio Moroder, der einst Donna Summer aus München in die USA erfolgreich transportiert hatte und jetzt mit der Titelmelodie zum Film „Flash Dance" viele, viele Dollars kassiert; eine Plauderei mit James Bond/Roger Moore; die Strick-Sippe Missoni, Deutschlands engagierte Trivial-Autorin Sandra Paretti und amerikanischen Show-Gigantismus: das Grand-Hotel in Reno.

BRIGITTE HELFER

KRITIK

Die zweite Torte ist zuviel

Gunther Philipp ist unverwüstlich, sonst gäbe es ihn nach der öffentlichen Hinrichtung zu seinem 65. Geburtstag nicht mehr. **Der Klamottenprozeß** (ARD) sollte eine Geburtstagsehrung sein, aber die massierte Aufreihung aller seiner Klamotten glich eigentlich mehr einem Akt ungewollter Heimtücke!

Gewiß, sie haben es gut gemeint mit dem Jubilar, die Freunde und Kollegen, die in mühsamer Arbeit die Gags aus seinen alten Filmen herausgepickt haben, um den Humor des Wiener Schauspielers vorzuzeigen, aber sie haben nicht bedacht, daß eine Sahnetorte nur einmal zu ertragen ist, schon das zweite Mal trifft sie die harmlosen Zuschauer.

Soviel über die Präsentation der gesammelten Werke des Gunther Philipp. Er hat diese Schmähung zwar mitgemacht, aber dennoch nicht verdient. Gunther ist besser, als seine Geburtstagsgratulanten es erkennen ließen.

Freilich gesteht der Rezensent, daß er den Empfänger nach rund einer halben Stunde ausgeschaltet hat, dann nämlich, als Gunther Philipp zusammen mit Peter Alexander aus dem Archiv gekramt wurde. Das war zu viel. Jeder hat nun einmal eine begrenzte Belastbarkeit.

Alles Gute dem lieben, dem unverwüstlichen Gunther Philipp wünscht trotzdem mit Dank für viel Lachen und noch mehr Schmunzeln:

VALENTIN POLCUCH

STUDIO

Mehr als zwölftausend Amerikaner wollen ihre eigenen Fernsehsender betreiben. Sie bewerben sich um die 4000 Lizenzen für **Nachbarschaftssender**, die die amerikanische Regierung ausgeben will. Da es mehr Bewerber als Lizenzen gibt, sollen diese im Laufe der nächsten Monate nach und nach verlost werden. Die amerikanische Fernmeldebehörde gab am 4. März bekannt, daß sie bereit sei, insgesamt etwa 4000 Fernseh-Nachbarschaftssender mit einer Reichweite von 15 bis 25 Kilometern zu lizenzieren. Um einen solchen Sender auszustatten und in Betrieb zu setzen, ist ein Kapital von etwa 100 000 Dollar (etwa 270 000 Mark) notwendig. Bei den Bewerbern handelt es sich größtenteils um Kirchen, gemeinnützige Organisationen, kulturelle Vereinigungen und ähnliche Organisationen. Die Nachbarschaftssender sollen nicht durch Fernsehgebühren, sondern durch Werbung und private Zuschüsse finanziert werden.

*

In Anwendung der neuen Politik der „Machtteilung" sind jetzt erstmals **zwei farbige Ansagerinnen** im **südafrikanischen Fernsehen** aufgetreten. Der Sportlehrerin und Schauspielerin Vivian Solomons, einem Mischling, fällt künftig die Aufgabe zu, die Programme in Afrikaans anzusagen. Ihre Kollegin Julie Ally, eine Mohammedanerin indischer Herkunft, moderiert englischsprachige Sendungen. Von der sogenannten „Machtteilung" sind nur Mischlinge und Inder betroffen, Schwarze bleiben davon ausgeschlossen. Das Fernsehpublikum reagierte auf das Novum ausgesprochen launisch. Beim Sender hagelte es Anrufe von Zuschauern, die sich über das „Farbfernsehen" beschwerten.

*

Mit je 35 000 Mark hat die **Eduard-Rhein-Stiftung** die Medizin-Journalistin Marlene Linke für deren ZDF-Dokumentarfilm „Das Erlanger Wunschkind" und den TV-Chefredakteur Ulrich Kienzle (Radio Bremen) für dessen Reportage „Blutiger Sommer – Wiedersehen mit Beirut" ausgezeichnet. Die Stiftung verleiht damit den 1982 erstmals ausgeschriebenen Fernsehpreis für die beste aktuelle Berichterstattung und die beste populärwissenschaftliche Sendung im deutschen Fernsehen an zwei Journalisten, die schon früher durch ungewöhnliche Reportagen und Filmdokumentationen Aufsehen erregt haben.



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die Sender der ARD
10.00 heute
11.50 Tagebuch (ev.)
12.10 Der schwarze Riese strauchelt
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

ARD-Ferienprogramm für Kinder
15.25 Unsere kleine Farm
Mein Kälbchen Fagin
16.10 Tagesschau
16.15 10 Grad östlicher Länge (2)
Schnurstracks durch die Bundesrepublik
Vierteiliger Film von Franz X. Gernstl
17.20 Der Trotzkopf
3. Das Gespenst
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Vom Webstuhl zur Weltmacht
4. Ein Kaiser wird gemacht
21.15 Das Recht des Stärkeren
Armut in Amerika
In den USA gelten offiziell 30 Millionen Menschen als arm. Es sind dies solche, die die Armut „geerbt" haben, aber auch solche, die Opfer der harten Sozialpolitik wurden. Gero von Boehm berichtet in seiner Dokumentation über einzelne Schicksale und versucht, den vermeintlichen Widerspruch zwischen dem sogenannten „Land der unbegrenzten Möglichkeiten" und der Armut in Amerika zu erklären.
21.45 Bitte umblättern
Das SWF-Unterhaltungsmagazin
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Teufel im Leib
Franz. Spielfilm, 1947
Mit Micheline Presle, Gérard Philipe u. a.
Regie: Claude Autant-Lara
00.45 Tagesschau

ZDF

09.30 Papst Johannes Paul II. in Frankreich
Gottesdienstübertragung aus Lourdes
15.17 heute
ZDF-Ferienprogramm für Kinder
15.20 Seminola
Amerik. Spielfilm, 1953
Mit Rock Hudson, Anthony Quinn u. a.
Regie: Budd Boetticher
16.45 Ferienkalender
17.05 Der Wunschfilm (11)
Gewählt: Tom und Jerry
17.30 heute/Aus den Ländern
17.45 Liebe Nina, liebe Mutter ...
Deutschland – mit den Augen eines Polen
Film von Stanislaw Krzeminski
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.30 Wagen 106
Skorpione
19.00 heute
19.20 Die Blume
Bilder und Texte zu Mariä Himmelfahrt
19.30 Vorsicht – Musik!
Hits mit Witz vorgestellt von Frank Zander
20.15 Gesundheitsmagazin Praxis
Pilze ohne Risiko / Salz mit Wirkung / Körpergröße: 80 cm bis 2,49 m. Wachstumsprobleme: neue Chancen, neue Hoffnungen
Moderation: Gunther Vogel
21.00 heute-journal
21.20 Die Rückkehr der Träume
Film von Renke Korn
Mit George Meyer-Goll, Hilde Lermann u. a.
23.20 Barocke Zeiten
Sendereihe über Menschen und Schauplätze einer Epoche Frankreich, Holland, England
23.50 heute



Frank Zander mit Kollege in der Sendung „Vorsicht, Musik!" (ZDF, 19.30 Uhr)
FOTO: KINDERMANN

III.

WEST

15.00 Der Papst in Lourdes
18.00 Mein Onkel Theodor (5)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN

18.00 Emm wie Meikel
18.30 Mein Onkel Theodor
19.00 Mickey Rooney
19.15 Meteor im Eis

WEST/NORD/HESSEN

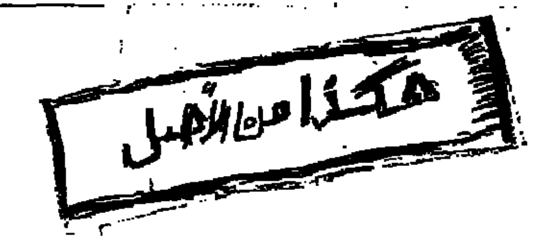
20.00 Tagesschau
20.15 Politik live
Aktuelle Streitfragen im Spiegel der Meinungen
Der heiße Herbst
Mit den Journalisten Peter Scholl-Latour („Stern"), Theo Sommer („Die Zeit"), Erich Böhme („Der Spiegel"), Franz Alt („Report"), Hans Heigert („Süddeutsche Zeitung").
21.45 Wege zu Beethoven (7)
11teilige Sendereihe
22.50 Das Bild der Woche
„Christus bei Martha und Maria Magdalena"
Von Francesco Bassano
23.00 Letzte Nachrichten
Nur für West
23.05 Die Rebellen vom Liang Shan Po
Nur für Nord und Hessen
23.05 Dallas
Scheidung nach Art des Hauses

SÜDWEST

15.00 Der Pauker
Dt. Spielfilm, 1958
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Die Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Bonanza
20.20 Ferienreise am Bildschirm:
Der Po
21.05 Double Feature und Zärtliches Spiel
Zwei Zeichentrickfilme
21.15 Menschen unter uns
EXODUS e. V.
22.00 Dallas für Nachzügler
Engpaß

BAYERN

18.00 Das Abenteuer ist das Wasser selbst
18.45 Rundschau
19.00 Lord Nelsons letzte Liebe
Engl. Spielfilm, 1941
Mit Laurence Olivier u. a.
20.45 Rundschau
21.00 Blickpunkt Sport
22.00 Durch Land und Zeit
22.05 Das Rätsel Sonne
22.50 Rundschau



Skandal um Werften

JB. – Die Lösung der schweren Werften-Krise in Bremen gerät mehr und mehr zum Trauerspiel. Wie stets, wenn Politiker ihre Finger mit im Spiel haben, dominieren statt handfester Entscheidungen Taktik und hohle Versprechungen. Bedenkt man, daß in Bremen Neuwahlen anstehen, ist sichergestellt, daß die Sanierung mit all ihren schmerzlichen Folgen vor dem Spätherbst ernsthaft niemand in Angriff nehmen will. Da dieser Eindruck natürlich nicht öffentlich entstehen darf, hat man zunächst beschlossen, die beiden Großwerften Bremer Vulkan und AG „Weser" zu fusionieren, die Kapazitäten insgesamt um 30 Prozent zu reduzieren und mit diesem Grobkonzept in Bonn rund 100 Millionen Mark Hilfsmittel anzufordern. Daß Wirtschaftsminister Lambsdorff auf diese vagen Vorschläge nicht reagieren würde, war klar.

So vegetieren denn beide Werften vor sich hin und sind die Vorstände mit halbem Herzen, aber vollem Eigeninteresse dabei, sich auf ein unternehmerisches Konzept zu einigen. Der Vulkan, der wenigstens noch ein paar Aufträge in den Büchern hat, möchte, daß der Bremer Betrieb der in absehbarer Zeit beschäftigungslosen AG „Weser" ganz stillgelegt wird. Die AG „Weser" plädiert dagegen für einen Erhalt in reduzierter Form.

Daß in Bremen für zwei Großwerften kein Platz ist, wissen alle. Um so skandalöser ist es, daß die Beteiligten pokern und versuchen, die Verantwortung von einem zum anderen zu schieben. Die Einsätze für dieses Spiel müssen letztlich die Werftarbeiter bezahlen.

Holzhammer

H. L. – Die französischen Bauern, seit jeher nicht zimperlich in der Verteidigung ihrer Interessen, erfahren durch die sozialistische Regierung Mitterrand bemerkenswerten Beistand. Und die kommunistisch orientierten Gewerkschaften unterstützen die Regierungshilfe massiv. Jüngstes Opfer der „Allianz" sind auch deutsche Lebensmittel. So hat die Regierung in Paris die großen Kaufhäuser darauf hingewiesen, die Werbung für ausländische Nahrungsmittel „nicht zu übertreiben". Die Gewerkschaften halten es da mehr mit dem Holzhammer, um die französischen Produkte ins rechte Licht zu rücken. So sollen sie schon mal mit einem Streik ihrer Mitglieder drohen, wenn ein Kaufhaus nicht die Werbeaktion für deutsche Lebensmittel unterlassen will. Und eine Lebensmittelkette sagte ihrem deutschen Lieferanten ab, weil sie um die Einrichtung fürchtete. „Wir wissen natürlich, was da läuft", meinte ein deutscher Exporteur, „aber ohne Beweise können wir nicht vorgehen. Gott sei Dank laufen unsere Produkte noch von selbst!" Dies erklärt auch, warum der Agrarexport in unser Nachbarland 1983 nur um sechs Prozent auf rund eine Milliarde Mark gesunken ist.

Die WELT sprach mit Bernhard Friedmann vom Rechnungsprüfungsausschuß

Parlament dringt auf Entscheidungen zu Subventionsabbau und Privatisierung

HEINZ HECK, Bonn

Nach der Sommerpause kommen in Bonn die Bundesunternehmen und die Subventionen auf den parlamentarischen Prüfstand. Mögliche Mehreinnahmen und Minderausgaben sollen die Konsolidierungsbemühungen des Finanzministers unterstützen, die CSU-Chef Franz Josef Strauß mit seinem Widerstand gegen verschiedene Kürzungspläne zu unterlaufen droht. Am 14. und 15. September diskutiert die Haushaltsgruppe aus CDU/CSU- und FDP-Fraktion in Berlin Möglichkeiten eines verstärkten Subventionsabbaus.

Der Rechnungsprüfungsausschuß (das ist ein Teil des Haushaltsausschusses) drängt die Bundesregierung zu Entscheidungen bei der Privatisierung von Bundesunternehmen. Sein Vorsitzender, Bernhard Friedmann (CDU), zielt auf den Verkauf von Bundesunternehmen auch wegen der Erlöse, mehr jedoch, um die heute herrschende (beinahe unbegrenzte) Nachschußpflicht zu stoppen und damit die öffentlichen Kassen zu entlasten.

In einem Gespräch mit der WELT erklärte Friedmann: „Nicht die Bundesunternehmen sind das Problem, sondern die vielen Töchter." Es gebe Hunderte solcher Töchter, also indirekter Bundesbeteiligungen, die dem privaten Mittelstand Konkurrenz machten. Bei Verlusten müsse der Bund einspringen, da er auch die indirekten Beteiligungen nicht „fallen" lasse. Neben der wachsenden Haushaltsbelastung sieht Friedmann hier vor allem ein ordnungspolitisches Problem; da mittelständischen Unternehmen in privater Hand eine solche Finanzquelle nicht zur Verfügung stünde.

Auf Initiative seines Ausschusses hat der Bundesrechnungshof in Frankfurt eine Reihe von Grundsatzfragen formuliert, mit deren Beantwortung die Bundesregierung klarstellen muß, wie sie künftig ihre Unternehmen zu führen gedenkt. Unmittelbar vor der Sommerpause hatte der Ausschuß die Bundesregierung aufgefordert, den Fragenkatalog bis zum 30. September zu beantworten. Die Federführung liegt beim Finanzminister.

Die zentrale Frage ist für Friedmann, daß sich der Bund nach Paragraph 65 der Haushaltsordnung an einem Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur dann beteiligen soll, wenn ein wichtiges Interesse des Bundes vorliege und sich der vom Bund angestrebte Zweck nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise erreichen lasse. Dabei sei vor allem zu klären, wie dieses Interesse bestimmt und wie geprüft werde, ob sich der angestrebte Zweck nicht auf andere Weise besser und wirtschaftlicher erzielen lasse. Weitere wichtige Fragen sind unter anderem:

Wie ist sichergestellt, daß die Unternehmen auch im Sinne dieses Bundesinteresses tätig sind?

Nach welchen Gesichtspunkten wird beim Erwerb von Beteiligungen im mittelbaren Bereich verfahren?

Hat der Bund bei privatrechtlichen Unternehmen einen angemessenen Einfluß, und wie wird dieser Einfluß bei unmittelbaren und bei mittelbaren Beteiligungen ausgeübt?

Wie ist sichergestellt, daß dem Bund stets die erforderlichen Informationen zur Verfügung stehen?

Wie werden in den Ministerien die Bundesbeteiligungen verwaltet, und ist damit eine ordnungsgemäße Betätigung des Bundes gewährleistet?

Nach welchen Grundsätzen bestimmt der Bund die Mitglieder von Überwachungsorganen, die auf seine Veranlassung gewählt oder entsandt werden?

Schließlich geht es um die heikle Frage, wie Interessenkollisionen zwischen den in Überwachungsorganen und den in der Beteiligungsverwaltung Tätigen „möglichst vermieden" werden. Friedmann registriert auch bei Ausschußmitgliedern der Opposition durchaus Bereitschaft zu verstärkter Privatisierung und erwartet, daß das Thema nicht nur für das Parlament, sondern auch die Regierung auf der Tagesordnung bleibt.

Bei den parlamentarischen Nachforderungen zum Subventionsabbau geht es für Friedmann auch um mehr soziale Ausgewogenheit bei den Kürzungen. Der Vermerk des Finanzministers an den Haushaltsausschuß zur Unterrichtung „über Entwicklung und Abbau von Subventionen" beziffert die Finanzhilfen des Bundes für 1984 (1983) auf 13,3 (13,7) Milliarden Mark, die Steuervergünstigungen dagegen mit zunehmender Tendenz auf 15,7 (14,9).

VERSCHULDUNGSKRISE

Erstes Entwarnungssignal nach jüngsten Verhandlungen

H.-A. SIEBERT, Washington

Ein Entwarnungssignal ist angebracht, nachdem sich Brasilien mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über neue wirtschaftspolitische Auflagen und Argentinien mit Vertretern der Geschäftsbanken über einen mittelfristigen Kredit von 1,5 Milliarden Dollar (rund 4,1 Milliarden Mark) geeinigt hat. Außerdem gaben die Privatbanken bei Gesprächen mit Venezuela in New York zu erkennen, daß sie zu Umschuldungen bereit sind, falls Caracas ein Gesundungsprogramm des IWF akzeptiert. Mit Mexiko gehören Brasilien, Argentinien und Venezuela zu den am höchsten verschuldeten lateinamerikanischen Ländern.

In Washington sickerte durch, daß das Exekutivdirektorium des Fonds das Verhandlungsergebnis mit Brasilien als ausreichend ansieht und vermutlich im Oktober unmittelbar nach der Jahresversammlung der Gouverneure sein Plazet geben wird. Bisher ist nur bekanntgeworden, daß das südamerikanische Land, dessen Auslandsschulden inzwischen auf 92 Milliarden Dollar veranschlagt werden, die übertriebenen Wachstumsraten für Brasiliens Bruttosozialprodukt und Exporte auf ein realistischeres Maß zurückgenommen hat. Die Teuerungsrate soll für 1983 auf 150 und für 1984 auf 60 bis 70 Prozent festgesetzt worden sein.

Brasiliens Zahlungsrückstände werden mit 1,5 Milliarden Dollar angegeben; wegen der unglaubwürdigen ökonomischen Voraussagen verweigerten viele Banken neue Gelder. Sie werden zugänglicher sein, wenn Brasilien über das eingefrorene Hilfspaket des IWF, das noch einen großen Teil der Bereitschaftskredite über 5,4 Milliarden Dollar enthält, verfügen kann und mit seinem Schuldendienst auf dem laufenden ist. Die Weltbank hat, um Brasilien zu helfen, ihre Kreditzusagen bereits erheblich gesteigert. Im Geschäftsjahr 1983, das am 30. Juni endete, schlugen sie mit 1,46 Milliarden Dollar zu Buch. Gegenüber dem Vorjahr wurden die Auszahlungen um 62 Prozent auf 764 Millionen Dollar erhöht.

Damit addieren sich die Kreditzusagen der Weltbank an Brasilien seit 1949 auf 8,34, die Auszahlungen auf rund vier Milliarden Dollar. Zurückgezahlt hat die Regierung in Brasilia bis zum 30. Mai 1983 nahezu 1,15 Milliarden Dollar. Die sieben neuen Darlehen sind wieder zur Finanzierung von Entwicklungsprojekten bestimmt. Der Schwerpunkt liegt im Straßen- und Bergbau sowie in der Landwirtschaft.

Wie es heißt, soll der neue Kredit der Privatbanken an Argentinien am Dienstag unterzeichnet werden. Als größtes Hindernis hatte sich das Repatriierungsverbot für Gewinne britischer Unternehmen erwiesen, das Buenos Aires vergangene Woche aufhob. Wahrscheinlich wird der IWF schon heute entscheiden, ob Argentinien die nächste Rate des 1,6-Milliarden-Dollar-Bereitschaftskredits – mehr als 300 Millionen Dollar – ziehen kann. Von den venezolanischen Schulden sind in den nächsten 18 Monaten 16 Milliarden Dollar fällig.

Kaufhaus-Renaissance

Von JOACHIM GEHLHOFF

Der Branchenerste Karstadt bessert seine Rendite im bisherigen Verlauf von 1983 stärker als den wiederbelebten Umsatz. Der Branchenzweite Kaufhof kündigt selbstbewußt an, daß man die Dividendenaufstockung auf 6,50 (5) Mark, die man als einziger in der Branche für 1982 bot und damit erstmals Karstadt überrundete, gewiß nicht als Eintagsfliege gemeint habe.

Der Branchendritte Hertie hat für 1982 nach fünf Verlustausweis-Jahren, mit einer schon durch Reserveauflösung gemilderten Verlustsumme von 300 Millionen Mark, erstmals wieder einen Gewinnabschluß präsentiert. Horten als Jüngster und Kleinster der Branche mußte für das vergangene Jahr zwar die Dividendensegel streichen, konnte aber seine Substanz stärken und meldet nach dem bisherigen Verlauf des 1983er Warenhausgeschäfts eine sehr deutliche Rückkehr in die Gewinnzone.

Was sich so mit dem nun nach der Hertie-Bilanz kompletten Reigen der Abschlüsse aus dem Quartett der in der deutschen Warenhausbranche führenden Konzerne ankündigt, riecht nach Renaissance des seit gut einem halben Jahrzehnt auf die Schattenseite der Einzelhandelsentwicklung geratenenen Warenhauses. Horten-Vorstandssprecher Bernd Hobbering formulierte es dieser Tage am deutlichsten: „Das Warenhaus wird in den 80er Jahren Marktanteile zurückgewinnen, weil es die ganze Breite der Mode und Technik zeigt und durch modernste Verkaufstechnik sowie Ausstattung dem Kunden Erlebnis und Anregungen, die ganze Faszination der Warenwelt bietet."

So schöne Worte werden nun durch fast schon ähnlich schöne Zahlen gestützt. Läßt man den Jubiläumsverkauf als „Vergleichsstörung" beiseite, den Hertie als dritter „Hundertjähriger" des Konzernquartetts im Frühjahr 1982 mit erfolgreichem Sonderumsatz hinter sich brachte, so hat das Konzernquartett im ersten Halbjahr 1983 seinen Umsatz um 2,6 Prozent über das entsprechende Vorjahresniveau gesteigert und damit – abzüglich Teuerungsrate – auch reichlich ein Prozent reales Plus erzielt. Dieser Wachstumstrend hat sich bis in die aktuellen August-Tage hinein fortgesetzt.

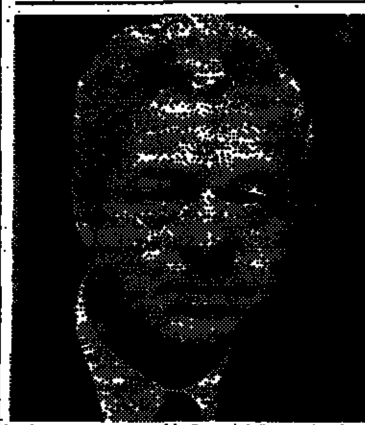
Was da zugunsten der Warenhäuser heraufdämmert, kann man wohl den Beginn einer Trendwende nennen. Denn kontinuierlich war bislang, seit dem Mitte der 70er Jahre erreichten Gipfel, der Umsatzanteil der Warenhäuser am Gesamteinzelhandel geschrumpft – von damals 10,3 auf 7,2 Prozent in 1982. Jüngere und preisaggressivere Vertriebsformen, wie „Verbrauchermärkte" mit dünnstem Personaleinsatz machten das Rennen um die Gunst der seit dem ersten Ölpreisschock von 1973/74 karger kalkulierenden Konsumenten.

Woher aber nun die Wende zugunsten der Warenhäuser? Wie immer hat der Erfolg viele Väter. Hier nur eine Auswahl wichtiger Erklärungsgründe: Erstens haben sich die großen Konzerne mit der bei Großunternehmen üblichen Schwerfälligkeit nun doch auf eine zeitgemäßere Sortimentspolitik im umsatzträchtigen Warenangebot umgestellt. Zweitens hat, von der Ansiedlungsförderung einiger Großstadt-Randgemeinden abgesehen, die Verkaufsflächenexpansion der Verbrauchermärkte „auf der grünen Wiese" erheblich nachgelassen. Drittens schließlich kann gerade auch das Warenhaus schneller als viele Mitbewerber im Preisangebot auf die schärfer denn je gewordene Handelskonkurrenz reagieren.

Was sich die Vorstände der Warenhauskonzerne zur Förderung dieses Renaissance-Kurses einfallen ließen, war freilich nicht in jedem Fall der Weisheit letzter Schluß. Auch dafür nur zwei von vielen Beispielen. Der mit Verve gestartete Vormarsch des Kaufhof-Konzerns in den Aufbau einer Schnellimbiß-Kette endet vermutlich bald in teurer Resignation. Hortens Versuch zum Aufbau von Antiquitäten-Abteilungen mündet nach Zusammenbruch der Silberhausse zumindest in einem „begrenzten Rückzug".

Solche Flops stehen natürlich unter dem versöhnlichen Stern, daß nur der Schlaf sündenfrei ist. In ihren wachen Stunden können die Warenhaus-Konzernvorstände hingegen nun ein auch gesamtwirtschaftlich erfreuliches Positivum vorweisen: Die Verbraucher, so formuliert es Hortens Hebbering, denken jetzt mehr an die zu 92 Prozent mit Arbeitsplätzen Versorgten als an die traurig hohe Quote der Arbeitslosen.

AUF EIN WORT



„Wir müssen davon ausgehen, daß die technische Entwicklung die Aufgabenteilung in unserer Wirtschaft zwischen Arbeit und Kapital zugunsten des Letzteren verschieben wird. Die breite Streuung von Produktivvermögen erhält unter diesem Gesichtspunkt eine wichtige sozialpolitische Dimension."

Dr. Dietrich Hoppenstedt, Präsident des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes.
FOTO: DIETER PIETSCH

Krankenstand weiter gesunken

dpa/VWD, Eschborn

Der Krankenstand bei den pflichtversicherten Arbeitnehmern in der deutschen Wirtschaft ist weiter zurückgegangen. Die Ortskrankenkassen haben am 1. Juli einen Krankenstand von 4,62 Prozent nach 4,88 Prozent ein Jahr zuvor registriert. Die Betriebskrankenkassen meldeten für den Monat Juni 1983 einen Durchschnitt von 4,74 Prozent (einschließlich freiwillig Versicherte) nach 5,02 Prozent im Juni 1982. Parallel lief die Entwicklung bei den Angestellten-Ersatzkassen: 3,30 Prozent am 1. Juli 1983 nach 3,49 Prozent ein Jahr zuvor. Weniger Krankmeldungen bedeuten weniger Kosten; so konnten viele Krankenkassen die Beiträge senken.

WESTLB

Durchbruch zu dauerhaftem Aufschwung bleibt noch aus

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die relativ günstige Produktionsentwicklung der deutschen Industrie im ersten Halbjahr 1983 bedeute noch nicht den Durchbruch zu einem dauerhaften Konjunkturaufschwung. Die Westdeutsche Landesbank (WestLB), Düsseldorf, begründet dieses Urteil in ihrem neuen Konjunkturbericht mit der Erwartung, daß sich bei den bisherigen Stützen der Konjunktur die Dynamik im zweiten Halbjahr abschwächen dürfte.

Bei den Konsumausgaben, meint die Bank, sei einerseits von der Einkommensentwicklung her nur ein moderater Zuwachs zu erwarten, während andererseits mit keinem weiteren Rückgang der Sparquote gerechnet werden könne. Auch vom Lagerzyklus könnten nur noch geringere Produktionsimpulse kommen, wenn die Lagerhaltung der höheren Nachfrage angepaßt ist.

Binnenwirtschaftlich vermißt die WestLB noch immer eine stabile Investitionskonjunktur. Die Investitionsprämie habe nur begrenzte Impulse gebracht. Neben der immer noch unbefriedigenden Kapazitätsauslastung seien vor allem die weiterhin zu hohen und zuletzt wieder gestiegenen Realzinsen ein Investitionshemmnis. Zwar sprächen die fundamentalen Faktoren unverändert dafür, „daß es über kurz oder lang zu einer erneuten Entspannung an der Zinsfront kommt". Zugleich aber bestehe die Gefahr, daß die US-Zinsen weiter steigen, der Dollar deshalb fest bleibt und die Inlandszinsen zumindest nicht rasch genug sinken, um eine vorzeitige Bremsung der Konjunktur zu verhindern. „Die Risiken für eine Fortsetzung des Aufschwungs in 1984 bleiben."

US-AKTIENMÄRKTE

Anhaltende Preisstabilität macht Investoren etwas Mut

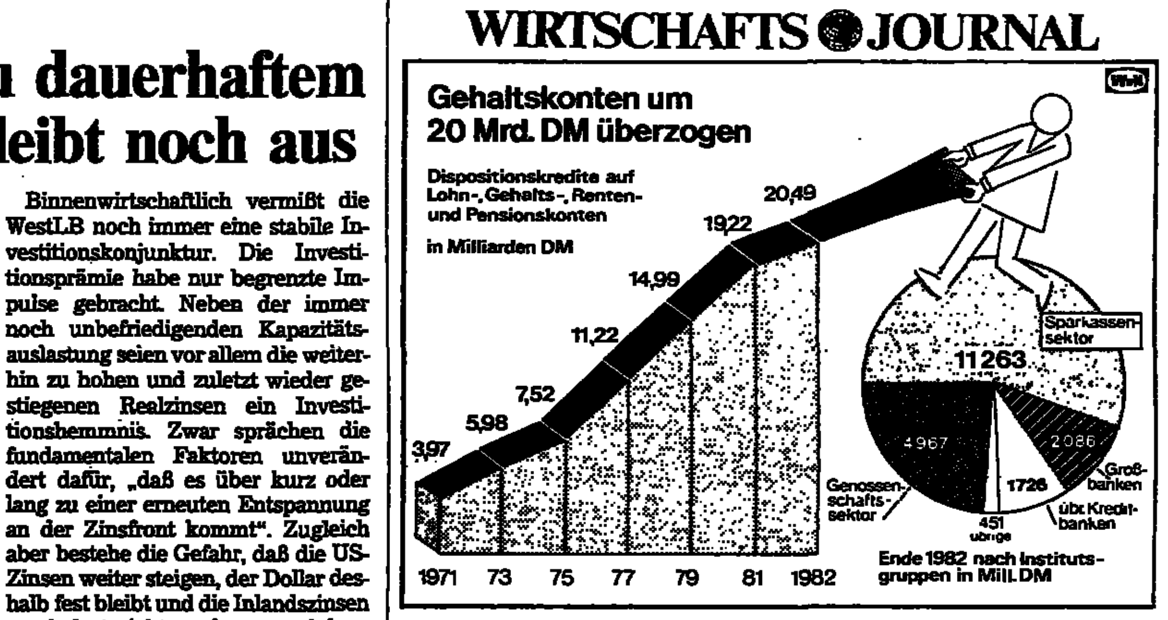
H.-A. SIEBERT, Washington

Günstige Nachrichten von der Konjunkturfront haben dazu beigetragen, daß der Kursrutsch an den US-Aktienmärkten gestoppt worden ist. Einmal stiegen die amerikanischen Herstellerpreise im Juli nur um 0,1 (0,5 im Juni, 1,4 seit Jahresfrist) Prozent, was unterstreicht, daß die Inflation trotz kräftiger Wirtschaftserholung nach wie vor unter Kontrolle ist. Zum anderen hat das Verhältnis von Lagerbeständen im Juni (minus 0,1) zu den Endverkäufen (plus 2,1 Prozent) ein Rekordtief erreicht. Das zwingt zur Produktionsausweitung.

Hinzu kommt, daß sich die Geldmenge M1 diesmal nur um 400 Millionen Dollar erhöhte. Weil kein Eingreifen der US-Notenbank befürchtet wird, gaben die Zinsen auf breiter Front leicht nach (Tagesgeld 9,63, dreimonatige Treasury Bills 9,42 Prozent). Im Schlußgeschäft fiel der Dollar am New Yorker Platz auf 2,7015 Mark. An den Aktienbörsen dominierten Öl-, Finanz- und Technologiewerte. Der Dow-Jones-Industrie-Index gewann Freitag 8,44 Punkte, fiel aber im Wochenverlauf um 0,46 auf 1182,83 Punkte. Der breitere Nyse-Index blieb mit 0,44 und 0,25 im Plus und schloß mit 93,84 Punkten.

Die nun etwas müde Aktienhausse in den USA ist ein Jahr alt. Vom 13. August 1982 bis zum 16. Juni verbesserte sich der „Dow" um 471 auf 1248,30 Punkte, der bisherige Rekord. Zur Zeit liegt er um 405 Punkte über dem damaligen Tief. Wegen der anhaltenden Zinsungewißheit empfehlen Broker ihren Kunden, weiterhin vorsichtig zu taktieren. Als interessant werden bisher vernachlässigte Aktien wie Eastman Kodak und AT&T bezeichnet.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Der Dispositionskredit erfreut sich wachsender Beliebtheit. Vornehmlich in der Urlaubszeit und zu Weihnachten wird die „stille Kreditreserve" von Arbeitnehmern und Rentnern gern in Anspruch genommen. Ende 1982 hatten die Deutschen ihre Gehalts-, Lohn- und Rentenkonten um rund 20 Milliarden Mark überzogen. QUELLE: ILLUPRESS

Kritik an US-Zinspolitik

Bonn (rtr) – Die Bundesregierung, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die SPD haben sich am Wochenende besorgt über die Auswirkungen der amerikanischen Haushalts- und Zinspolitik auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland geäußert. Bundeskanzler Helmut Kohl sagte im Süddeutschen Rundfunk, dies sei „ohne Zweifel ein Stück Belastung, das wir gegenwärtig auch ertragen müssen". Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansheinz Hauser, forderte die Bundesregierung in einem Interview des Senders Freies Berlin auf, zusammen mit den anderen Teilnehmern des Weltwirtschaftsgipfels von Williamsburg in den USA vorstellig zu werden und auf die Einhaltung der dort beschlossenen Maßnahmen zu drängen. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Horst Ehmke, erklärte auf einem SPD-Parteitag in Wiesbaden, die USA scheine nicht übermäßig zu bewegen, daß sie mit den hohen Zinsen die Chancen einer Konjunkturerholung nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt abzuwürgen drohten und die Dritte Welt an den Rand einer Katastrophe brächten. Dagegen sagte Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff in der WELT am SONNTAG, es hänge „von unseren eigenen Reaktionen" ab, ob der hohe Dollarkurs den Aufschwung in der Bundesrepublik wieder abbremse.

KfW erhöht Zinsen

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Frankfurt, hat mit Wirkung vom 12. August die Zinssätze ihrer Eigenmittelprogramme für die Endkreditnehmer von 7,5 auf acht Prozent erhöht. Dabei wird der Auszahlungssatz von 96 auf 95 Prozent gesenkt. Die Laufzeit bleibt unverändert.

Plus bei Lebensversicherung

Bonn (rtr) – Die deutsche Lebensversicherung sieht sich „nach einer zweijährigen Flaute wieder voll im Aufwind". Der Verband berichtete am Wochenende aufgrund vorläufiger Ergebnisse für das erste Halbjahr 1983 von einer deutlichen Erholung beim Neuzugang und einem stärkeren Wachstum bei der Beitragseinnahme. Beim Bestand habe die Fälligkeit zahlreicher vermögenswirksamer Lebensversicherungen zu bescheidenerem Wachstum geführt. Nach Angaben des Verbandes erhöhten sich die Beitragseinnahmen der Lebensversicherungswirtschaft in der Bundesrepublik und West-Berlin in den ersten sechs Monaten gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 7,6 Prozent. Für das Gesamtjahr werde eine Beitragseinnahme von annähernd 37 Milliarden Mark nach 33,7 Milliarden Mark im vergangenen Jahr erwartet.

Weg der Kurse

	12. 8. 83	5. 8. 83
Boeing	40,50	41,50
Chrysler	25,25	25,50
Citicorp	39,75	38,375
Coca-Cola	49	50
Exxon	36,875	37,175
Ford Motors	56	56,50
IBM	117,875	119,75
PanAm	7,875	7,875
US Steel	25,75	24,875
Woolworth	36,50	36,125

US-Exportförderung

Washington (Sbt.) – Exportförderung auf amerikanisch, die sonst nicht an die große Glocke gehängt wird: Nach Angaben des Finanzministeriums in Washington haben die USA vom 1. Juli 1980 bis zum 30. Juni 1981 über die sogenannten Domestic International Sales Corporations (Disc) Ausfuhren im Wert zwischen sieben und elf Milliarden Dollar unterstützt. Die Kosten für den Steuerzahler betrugen 1,65 Milliarden Dollar – 17 Prozent mehr als im Vorjahr. Seit Jahren läuft die EG, die auch das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) angerufen hat, gegen das Disc-Programm Sturm.

Schillers Rat an Weise

Köln (Rei.) – Der frühere SPD-Wirtschafts- und Finanzminister Karl Schiller hat dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Gesamtlage den Rat gegeben, künftig wieder stärker auch auf die „nachfragepolitischen Notwendigkeiten" achtzugeben. Im WDR sagte Schiller, dessen Name den „Fünf Weisen" eng verbunden ist, der Rat möge seinen konjunkturpolitischen Auftrag nicht vergessen und sich auch wieder den kurzfristigen Aspekten der Wirtschaftspolitik zuwenden. Das heiße, er solle sich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit widmen – neben den von ihm erarbeiteten angebotspolitischen Perspektiven. Vor 20 Jahren, am 14. August 1963, war das Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates in Kraft getreten.

URAN

Lieferverträge sichern den Bedarf bis 1990

CHRISTIAN SCHÜTTE, Bonn

Bis 1990 soll der Gesamtbedarf an Natururan der Bundesrepublik im Rahmen bereits geschlossener Verträge durch Bezüge aus Australien (41 Prozent), dem südlichen Afrika (40 Prozent), Kanada (14 Prozent) sowie aus Niger und den USA gedeckt werden. Nach Angaben des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Wirtschaft, Rudolf Sprung, bezog die Bundesrepublik 1982 den größten Teil des Brennstoffes für die deutschen Leistungsreaktoren mit einem Anteil von 43 Prozent aus Südafrika. Australien lieferte 28 Prozent und Kanada 17 Prozent.

Die Anreicherung des Urans erfolgte dabei hauptsächlich in den USA (41 Prozent), in der UdSSR (40 Prozent) und durch die 1973 gegründete Internationale Studiengesellschaft für Uranisotopentrennanlagen (Eurodif) in Frankreich (19 Prozent). Bei der Urananreicherung werden die Anteile der USA und der UdSSR in den nächsten Jahren spürbar zurückgehen, da laut Sprung das deutsch-britisch-holländische Gemeinschaftsunternehmen Urenco mit fortschreitendem Ausbau seiner Anlagen zunehmend Anreicherungsdienste leisten wird (1990 rund 40 Prozent).

Keine Angaben kann die Bundesregierung darüber machen aus welchen Reaktoren und in welcher Menge Plutonium gemäß dem Plutonium-Bereitstellungsvertrag für den französischen Brutreaktor Super-Phénix von den deutschen Vertragspartnern geliehen wird. Der Grund hierfür sei, so der Staatssekretär, daß die Regierung erst zum Zeitpunkt der Exportgenehmigung durch das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft von entsprechenden Exportabsichten informiert wird.

FRANKREICH / Werbewochen für deutsche Lebensmittel wurden annulliert

„Aktion der nationalen Solidarität"

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der deutsche Agrarexport nach Frankreich wird schwieriger. Nicht nur, weil die Franzosen ihren Lebensmittelverbrauch einschränken, nachdem ihnen die Regierung mit kräftigen Steuererhöhungen und einer scharfen Einkommenspolitik eine empfindliche Austerity-Kur verschrieben hat. Dies führte bereits zu einem realen Umsatzrückgang des französischen Lebensmittelhandels.

Dazu kommt die „Kauft französisch"-Aktion der Regierung. Sie zielt darauf ab, alle „unnötigen" Importe zu dämpfen, um so das Defizit der französischen Handelsbilanz zu vermindern. Nachdem zunächst ausländische Industrieerzeugnisse, mit den japanischen Videorecordern an der Spitze, Opfer dieser protektionistischen Tendenzen geworden waren, sind jetzt die Lebensmittel an der Reihe.

So wurden über Nacht die fünf deutschen Lebensmittelwochen annulliert, die noch bis Ende dieses Jahres in Frankreich veranstaltet werden sollten. Die Veranstalter begründen diesen von ihnen als freiwillig bezeichneten Beschluß als „Aktion der nationalen Solidarität". Jedoch vermutet man, daß dahinter die Gewerkschaften stehen, mit der kommunistischen CGT an der Spitze. Bekannt ist, daß die staatlichen Banken schon längere Zeit in den Aufsichtsräten der Kaufhauskonzerne auf eine Einschränkung der Importe hinwirken.

Auf „mittlerer Ebene" des Lebensmitteleinzelhandels ist es aber bisher noch nicht zu einer besonderen Zurückhaltung im Einkauf ausländischer Produkte gekommen, wird uns von zuständiger Seite versichert. „Solange die deutsche Butter auch nur einen Pfennig billiger ist, ziehen wir sie der französischen vor." Auch wird immer noch besondere deutsche Qualität honoriert.

Gleichwohl bleibt festzustellen, daß sich der deutsche Agrarexport nach Frankreich in den ersten fünf Monaten 1983 gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um sechs Prozent auf 1,05 Milliarden Mark vermindert hat, nachdem er 1982 um den gleichen Satz gestiegen war. Demgegenüber setzte sich der französische Exportanstieg in die Bundesrepublik (6,8 Prozent 1982) im Verlauf dieses Jahres fast unverändert fort.

Darin kommen auch die letzten Franc-Abwertungen bzw. DM-Aufwertungen zum Ausdruck. Schließlich schrumpfte der gesamte deutsche Agrarexport in dem Fünfmonatsabschnitt um 7 Prozent. Umgekehrt hat Frankreich auch aus anderen Ländern weniger Lebensmittel importiert. Und neben deutschen wurden österreichische, schweizerische und holländische Werbewochen abgesagt. Von den zwölf deutschen Lebensmittelwochen, die für Frankreich im Gesamtjahr geplant gewesen waren, sind bis Ende Juli sieben programmgemäß durchgeführt worden.

Chrysler zahlte Kredit-Restbetrag

rtr, New York

Der US-Automobilhersteller Chrysler hat den Restbetrag von 800 Mill. Dollar seiner von der US-Regierung verbürgten Kredite zurückgezahlt. Das Unternehmen legte am Freitag der U.S. Trust Co. einen Scheck über 813,5 Mill. Dollar (einschließlich Zinsen) vor. Chrysler-Chef Lee Iacocca sagte: „Heute gewinnt die Chrysler Corp. ihre Unabhängigkeit zurück ..."

Die US-Regierung hatte Chrysler 1980 durch Bereitstellung von Bürgschaften über 1,5 Mrd. Dollar vor dem Zusammenbruch bewahrt. Chrysler hatte zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit Kredite von 1,2 Mrd. Dollar im Rahmen dieser Bürgschaften aufgenommen. Davon hatte das Unternehmen im Juni 400 Mill. Dollar zurückgezahlt. Durch die jetzt vollständige Tilgung der Kredite – sieben Jahre früher als vereinbart – spart Chrysler nach eigenen Angaben 300 Mill. Dollar an Zinsen.

Die 800 Mill. Dollar an Krediten waren Mitte 1980 durch Ausgabe von zwei Schuldschein-Serien aufgebraucht worden. Die Verteilung an mehr als 1000 Schuldscheininhaber kann laut Chrysler heute beginnen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Brilon: Bernhard Bartscher, Kaufmann, Inh. d. Fa. Bartscher Fertighaus, Bernhard Bartscher; **Duisburg:** Bernhard Rozumek, Ingenieurbüro; **Frankfurt/Main:** Heinz Müller GmbH u. Co. KG, Rauchwarengroßhandel Pelzkonfektion; **Hamburg:** Nachl. d. Werner Fritz Christian Rohloff; MEHWO-Außenhandel GmbH; **Hannover:** Kurt Büsing, Kaufmann, Inh. d. Fa. Autohaus Kurt Büsing; **Heilbronn (Neckar):** 1. Wilhelm Benger Söhne GmbH & Co. KG, Bad Rappenau 2. Benger GmbH, Bad Rappenau; **Hildesheim:** A + K Sportbetriebs GmbH, Hildesheim-Himmelsthür; **Iserlohn:** Gebr. Veneman KG, Iserlohn-Sümmern; **Karlsruhe:** Yurdakul Huz, Friseurmeister; Mühlke Bau GmbH, Rheinstetten; **Kassel:** AS decor Handels GmbH f. Innendekoration; **Schweinfurt:** Nachl. d. Margarete Henkis, Bad Neustadt/S.; **Usingen:** Thomas Vogt, Inh. d. Fa. Taunuslichtspiele.

Anschlußkonkurs eröffnet: Lüdenscheid: K. H. Schulte Norm- und Gewindeteile, Altena; Graewe & Kaiser GmbH, Plettenberg; **Neuss:** David Computer Vertriebs GmbH, Meerbusch; David Computer Vertriebs GmbH & Co., Neuss.

Vergleich eröffnet: Alfeld (Leine): Schuhmaschinen-Ges. Hanke u. Co. mbH.

Vergleich beantragt: Augsburg: Eberhard Winter, Inh. da. Fa. „Eberhard Winter Transportunternehmen u. Spedition, Friedberg-Derching; **Köln:** SEROBAC Serobakteriologische Präparate + Immundiagnostik GmbH.

JUNGHEINRICH-GRUPPE / Übernahme der Yale-Gabelstapler ab September ist perfekt

Die „Ameisen" waren auch in der Flaute fleißig

JAN BRECH, Hamburg

Mit Wirkung zum 1. September dieses Jahres wird die Unternehmensgruppe Jungheinrich, die zu den führenden europäischen Herstellern von gleislosen Flurförderzeugen zählt (Marke Ameise), die Vertriebs- und Serviceaktivitäten für Yale-Gabelstapler in der Bundesrepublik, Belgien, Österreich und Frankreich übernehmen. Den Vertrag mit der Eaton Corp., Ohio/USA, hat das Kartellamt genehmigt.

Nach Angaben der persönlich haftenden Gesellschafter der Jungheinrich Unternehmensverwaltung KG, Klaus Rosenkranz und Walter Gnauert, soll die Marke Yale neben der *Marke Ameise als getrennter* Produktbereich in der Vertriebstochter Jungheinrich Gabelstapler GmbH & Co KG geführt werden. Von der Eaton GmbH, Velbert, die die Produktion von Staplern bis Mitte 1984 aufgeben wird, werden 130 Mitarbeiter im Vertrieb übernommen.

Das durch das Yale-Programm dazugewonnene Umsatzvolumen gibt Rosenkranz mit rund 60 Mill. DM an. Für Jungheinrich bedeute die Übernahme der Yale-Aktivitäten eine Stärkung in bislang nur unzureichend abgedeckten Marktbereichen. Das gelte vor allem für verbrennungsmotorische Geräte. Unter dem Namen Yale wird Jungheinrich importierte, aber auch selbst produzierte Geräte anbieten.

In der Übernahme von Yale sieht Rosenkranz einen weiteren Schritt des tiefgreifenden Strukturwandels am europäischen Markt für Flurförderzeuge, der in den beiden letzten Jahren fast ein Viertel geschrumpft ist. Am Ende des Konzentrationsprozesses, so Rosenkranz, dürfte nur eine Handvoll starker Gruppen übrig bleiben.

Daß Jungheinrich zu den wenigen gehören wird, ist für Rosenkranz ausgemachte Sache. Das Vertrauen in die Zukunft dokumentiert einmal die rege Investitionstätigkeit des Unternehmens. Jungheinrich errichtet zurzeit für rund 65 Mill. DM ein neues Werk in Norderstedt vor den Toren Hamburgs, in dem bis Anfang 1985 die gesamte Produktion von Ameise-Staplern und -Hubwagen konzentriert werden soll. Dies werde, so Rosenkranz, die Herstellkosten nachhaltig senken und die Ertragskraft langfristig stärken. Ungebrochene Zuversicht schöpft Rosenkranz zum anderen daraus, daß Jungheinrich über hohe Innovationskraft verfüge, ein bestens eingeführtes Programm habe und in den vom Unternehmen besetzten Teilmärkten Marktführer sei.

Die Marktanteile hat Jungheinrich *im Berichtsjahr 1982 sogar noch aus*geweitet. Vom allgemeinen Absatzeinbruch am europäischen Markt sei die Gruppe zwar nicht völlig verschont geblieben, betont Rosenkranz, doch liege der reale Absatzrückgang von etwa 3 Prozent erheblich unter dem Durchschnitt der Branche. Den Umsatz gibt Rosenkranz mit 621 Mill. DM an; das entspricht einem Rückgang von 1,1 Prozent. Der Anteil, der auf ausländischen Märkten abgewickelt wird, stieg von 59 auf 61 Prozent.

Vor dem Hintergrund der schwierigen Marktbedingungen wertet Rosenkranz das Abschneiden von Jungheinrich als noch „halbwegs zufriedenstellend". Für das Ergebnis gilt dies nicht. Die Frage, ob Jungheinrich gar rote Zahlen geschrieben habe, hält Rosenkranz zwar für eine Zumutung, doch räumt er ein, daß die Erträge 1982 noch einmal zurückgegangen seien. Inzwischen zeichne sich eine Stabilisierung allerdings auf zu niedrigem und nicht ausreichendem Niveau ab. *Ziel müsse sein*, künftig wieder eine Eigenkapitalverzinsung von brutto 15 Prozent zu erreichen. An dem von Gnauert genannten Netto-Cash-flow läßt sich die negative Ertragsentwicklung nicht ablesen. Aufgrund kräftig gestiegener Abschreibungen erhöhte er sich um 7,6 Prozent auf 36,6 Mill. DM.

In dem von Jungheinrich in den letzten Jahren neu aufgebauten Bereich Handhabungssysteme wird nach Angaben von Rosenkranz der break-even-point 1984 erreicht. Mit „Industrie-Robotern"; setzte Jungheinrich 1982 rund 8,5 Mill. DM um, der Stückabsatz in diesem Jahr wird sich auf etwa 90 Geräte verdoppeln.

Für das Gesamtunternehmen erwartet Rosenkranz bei durchschnittlich 2 Prozent höheren Preisen einen nominell unveränderten Umsatz (ohne Yale). Der Auftragseingang signalisiere nach wie vor keine Trendwende und der Bestand reiche für 2 bis 3 Monate. Im Kleinfahrzeugbereich werde voraussichtlich noch bis zum Jahresende punktuell kurzgearbeitet werden müssen.

ÖSTERREICH / Verstaatlichte Industrie

Immer tiefer ins Dilemma

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Österreichs verstaatlichte Industrie schlittert immer tiefer ins Dilemma. Nach dem jüngsten Informationsstand werden im Herbst 5 bis 6 Milliarden Schilling im Parlament als Kapitalzuführung beschlossen werden müssen, um wenigstens die laufenden Verluste auszugleichen.

Um darüber hinaus auch die dringend notwendigen Umstrukturierungsmaßnahmen in den acht Firmengruppen finanzieren zu können, sind während der nächsten drei bis vier Jahre nach Expertenschätzung insgesamt etwa 30 Milliarden Schilling an Eigenmittelzuschuß von seiten des Staates notwendig. Denn mit Ausnahme des Mineralölkonzerns ÖMV-AG wurden im Verlauf der letzten Jahre Reserven und Eigenkapital dermaßen aufgezehrt, daß die Eigenkapitalquote nur noch zwischen 5 Prozent (Vereinigte Edelstahlwerke) und 19 Prozent (Voest-Alpine) liegt – allerdings inklusive des für Pensionen und Abfertigungen rückgestellten Sozialkapitals.

Seit 1980 hatten die Unternehmungen dieser größten Firmengruppe Österreichs (mit knapp über *109 000* Beschäftigten) bilanzmäßig ausgewiesene Verluste in Höhe von 11,7 Milliarden Schilling erlitten, wobei allerdings zusätzlich auch Reserven in Milliardenhöhe verbraucht wurden. Seit 1975 *mußten* von außen Zuschüsse von insgesamt etwa 12 Milliarden Schilling vom Eigentümer überwiesen werden, davon 8,4 Milliarden Schilling seit 1980.

Obwohl in den letzten sieben Jahren bereits 28 Bergbaue, Werke und Anlagen geschlossen wurden und im selben Zeitraum acht Strukturbereinigungen in Form von Fusionen, Standortbestimmungen und Produktionszusammenlegungen stattfanden, werden die Verluste von Jahr zu Jahr größer.

Nachdem die Verstaatlichten-Holding ÖIAG für 1982 Verluste in Höhe von insgesamt 5,1 Milliarden Schilling (1981: 5,8 Milliarden) angegeben hatte, wurden allein für das erste Quartal 1983 weitere 2,2 Milliarden Schilling gemeldet. Nach 1981 mit 3,7 Milliarden mußten auch 1982 die Beteiligungen um weitere 2,6 Milliarden Schilling abgeschrieben werden.

Holding-Chef Oskar Grünwald hat in letzter Zeit mehrmals darauf hingewiesen, daß der finanzielle Topf *nunmehr leer sei und die Konsequenzen* gezogen werden müßten.

PHARMA-INDUSTRIE / Arzneimittelreform

Sorgen um spanischen Markt

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Absicht der spanischen Regierung, im Zuge einer Reform der Arzneimittelpreise die Preise von umsatzstarken Präparaten aus 15 Wirkstoffgruppen um durchschnittlich 25 Prozent senken zu wollen, hat in der deutschen Pharma-Industrie Unbehagen ausgelöst. Ohnehin, so der Bundesverband der pharmazeutischen Industrie in Frankfurt, sei das spanische Pharmapreisniveau als Folge der amtlichen Preisfestsetzung im europäischen Vergleich besonders *niedrig*.

Die deutschen Hersteller vereinen insgesamt 13 Prozent des spanischen Pharma-Gesamtmarktes mit einem Volumen von umgerechnet 3,2 Mrd. DM (zu Herstellerpreisen) auf sich. Die deutschen Niederlassungen seien überwiegend Produktionsbetriebe, die in Spanien hergestellte oder aus Deutschland importierte Wirkstoffe weiterverarbeiten, und zwar nicht nur für Spanien, sondern auch für den Export in Drittländer.

Der Verband beziffert den Anteil lokaler deutscher Töchter am gesamten spanischen Pharmaexport von 440 Mill. DM im vergangenen Jahr auf rund ein Viertel. Insgesamt werden 4500 Spanier in deutschen Pharmabetrieben beschäftigt, etwa 12 Prozent der gesamten Beschäftigten der spanischen pharmazeutischen Industrie.

Bisher waren die pharmazeutischen Unternehmen, auch die in spanischer Hand, davon ausgegangen, daß die restriktive Preispolitik schrittweise zugunsten einer Förderung lokaler Investitionen in Produktion, Forschung und Entwicklung weichen würde, schreibt der Pharmaverband.

Der aus der jetzt angekündigten Maßnahme erwartete Verlust von rund 90 Mill. DM für die Gesamtbranche werfe die Frage auf, ob damit nicht die Vorteile des Produktionsstandortes Spanien überkompensiert würden.

KAPITÄNSTAG / Schiffahrtshilfe gefordert

Aufwind in Bremens Häfen

W. WESSENDORF, Bremen

„Es geht wieder aufwärts in den bremischen Häfen." Das sagte der *Senator für Häfen, Schiffahrt und* Verkehr, Oswald Brinkmann (SPD), gestern auf dem 19. Kapitänstag in Bremen. Der Umschlag in den Häfen von Bremen und Bremerhaven sei seit Januar dieses Jahres monatlich von 1,77 Mill. t bis Juni auf 2,38 Mill. t gestiegen. Diese aufwärts gerichtete Entwicklung habe sich auch bei Stückgut vollzogen. Der Hafenumschlag sei vom 2. Halbjahr 1982 mit 12,4 Mill. t auf 12,54 Mill. t im 1. Halbjahr dieses Jahres gestiegen.

„Die Impulse für die Belebung gehen von der Binnenkonjunktur aus und nicht vom Export. Deshalb läuft der Stückgutempfang besser als der Versand", so Brinkmann. Wegen der Stahlkrise erwartet der Hafensenator beim Massengut für 1983 einen leichten Rückgang. Die Beschäftigungslage in den Häfen sei dennoch davon entfernt, „rosig" genannt zu werden. Aber die tiefste Stelle des Tales sei durchschritten; ein behutsamer Aufstieg habe begonnen.

Kritik äußerte Brinkmann an der *Bundesregierung. Sie vernachlässige* mit ihrer Politik die deutsche Handelsflotte, obwohl sie sie für notwendig erachte. Er forderte im Haushalt 1984 Finanzbeiträge in Höhe von 120 Mill. DM als Schiffahrtshilfe in Form von zinslosen Darlehen wie sie bereits in den Jahren 1979 bis 1981 gewährt worden seien.

Der Bestand an deutschen Handelsschiffen habe sich seit 1978 von 9,3 Mill. Bruttoregistertonnen (BRT) auf 6,1 Mill. BRT reduziert. Der Anteil der von deutschen Reedern unter fremder Flagge eingesetzten Schiffe habe sich auf rund 40 Prozent erhöht. Der Hafensenator: „1982 ging der Bestand an deutschen Handelsschiffen um rund 730 000 BRT zurück, im laufenden Jahr war bislang ein monatlicher Substanzverlust von etwa 100 000 BRT zu verzeichnen." Eine Abschwächung dieser Entwicklung sei nicht erkennbar.

RENTENMARKT / Zum Schluß etwas erholt

Trübe Woche überstanden

Der Rentenmarkt hat eine „schwarze" Woche hinter sich. Die Zinsen waren zeitweilig fast um ¼ Prozent*punkt gestiegen*. Wie trübe es aussah, war auch daran zu erkennen, daß die neue 8¼prozentige Bundesanleihe einen Tag nach ihrer Börseneinführung mit 98½ um einen vollen Prozentpunkt unter dem Emissionskurs notiert wurde und daß Nordrhein-Westfalen mit einer achteinhalbprozentigen Anleihe an den Markt geht. Am Freitag hat sich der Rentenmarkt, ausgehend von einem leichten Zinsrückgang in den USA, etwas erholt. Mit der niedrigen Zuteilungsquote beim neuen Wertpapierpensionsgeschäft gibt die Bundesbank zu erkennen, daß sie die Banken liquiditätsmäßig an der kurzen Leine halten will. Aber das wirkt sich auf den Rentenmarkt nicht aus. (cd.)

Emissionen	12.8. 83	5.8. 83	30.12. 82	30.12. 81	30.12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,94	7,76	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,76	7,56	7,04	10,55	9,88
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	8,07	7,90	7,11	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	8,03	7,79	8,24	11,52	8,35
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	8,05	7,84	7,05	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,76	7,55	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,51	8,31	7,94	9,75	9,06
Inländische Emittenten insgesamt	8,04	7,83	7,83	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	8,30	8,18	8,45	10,32	8,32

Erika Thiessen

geb. Hülsenbeck

* 17. 11. 1908 † 4. 8. 1983

Wir trauern um meine geliebte Frau, unsere liebe Mutter und Großmutter.

Johannes Thiessen
Heidi Thiessen
Melanie, Ivonne und Nadine
Sabine Scholz geb. Thiessen
Michael Scholz
Stephanie und Carolin

2000 Hamburg 13
Innocentiastraße 33

Die Trauerfeier hat stattgefunden.

90. Psalm

Mein innigstgeliebter Mann

Fritz Ahlmeyer

Assessor

* 22. 1. 1911 † 5. 8. 1983

hat mich verlassen.

In tiefem Schmerz
Helga Ahlmeyer geb. Lehmann
im Namen der Familie

2000 Hamburg 65
Volksdorfer Weg 2

Die Trauerfeier hat im Familienkreis stattgefunden.

Dr. jur. Wilhelm Wells

* 7. Februar 1890 † 11. August 1983

Ein erfülltes Leben hat sich in Frieden vollendet.

Es trauern um ihn
Carla Wells geb. Riede
Lena-Maria v. Eitzen geb. Wells
Joachim Wells
Michael und Beatrice Freitag
und Tanja
Klaus-Dieter und Frauke Klitzke
Meino und Birgit v. Eitzen

Alsterkrugchaussee 304
2000 Hamburg 60

Trauerfeier am Freitag, dem 19. August 1983, um 14 Uhr in der Halle B, Krematorium Hamburg-Ohlsdorf.

FINANZANZEIGEN

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE LANDSCHAFT IN KIEL

– Bekanntmachung –

Gemäß den Anleihebedingungen werden zum 01. 09. 83

die *Schleswig-Holsteinischen landschaftlichen Kommunalschuldverschreibungen*
12,5 % Serie 133 – 325 432 – 01. 09. gzj.
und die
8 % Serie 190 – 325 489 – 01. 09. gzj.

zum 30. 09. 83
die Schleswig-Holsteinischen landschaftlichen Kommunalschuldverschreibungen
12 % Serie 121 – 325 420 – 30. 09. gzj.
und die
12 % Serie 138 – 325 437 – 30. 09. gzj.
und die
8 % Serie 193 – 325 492 – 30. 09. gzj.

zum 01. 10. 83
die Schleswig-Holsteinischen landschaftlichen Pfandbriefe
6 % Reihe 72 – 325 071 – A/O
und die
Schleswig-Holsteinischen landschaftlichen Kommunalschuldverschreibungen
6,25 % Serie 34 – 325 333 – 01. 10. gzj.

zum 03. 10. 83
die Schleswig-Holsteinischen landschaftlichen Kommunalschuldverschreibungen
10 % Serie 145 – 325 444 – 03. 10. gzj.

zum 02. 11. 83
die Schleswig-Holsteinischen landschaftlichen Kommunalschuldverschreibungen
11 % Serie 148 – 325 447 – 02. 11. gzj.
und die
7 % Serie 199 – 325 498 – 02. 11. gzj.

zum 30. 11. 83
die Schleswig-Holsteinischen landschaftlichen Kommunalschuldverschreibungen
9,75 % Serie 155 – 325 454 – 30. 11. gzj.

zum 01. 12. 83
die Schleswig-Holsteinischen landschaftlichen Kommunalschuldverschreibungen
7 % Serie 201 – 325 600 – 01. 12. gzj.

zum 29. 12. 83
die Schleswig-Holsteinischen landschaftlichen Pfandbriefe
5,5 % Reihe 73 – 325 072 – 29. 12. gzj.

zum Nennwert zur Rückzahlung fällig.

Die Norddeutscher Kassenverein AG, Hamburg, wird ihren Kontoinhabern die fälligen Kapitalbeträge gutschreiben.

Kiel, im August 1983

Die Schleswig-Holsteinische Generallandschaftsdirektion

8½ % Anleihe
des
LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN von 1983 (1993)
– Wertpapier-Kenn Nr. 159 532 –

VERKAUFSANGEBOT

Das Land Nordrhein-Westfalen begibt aufgrund haushaltsgesetzlicher Kreditermächtigung eine 8 ½ % Anleihe im Gesamtnennbetrag von

DM 800.000.000,–

Von der Anleihe werden DM 600.000.000,– vom 15. bis 17. 08. 83 zum Kurs von 99 ¾ % börsenumsatzsteuer- und spesenfrei von einem Bankenkonsortium unter Führung der Westdeutschen Landesbank Girozentrale zum Verkauf angeboten. Die weiteren DM 200.000.000,– stehen dem Land Nordrhein-Westfalen zu Interventionszwecken zur Verfügung.

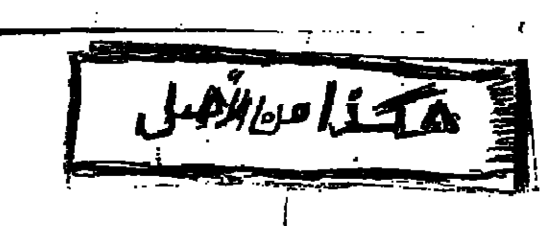
Ausstattung der Anleihe

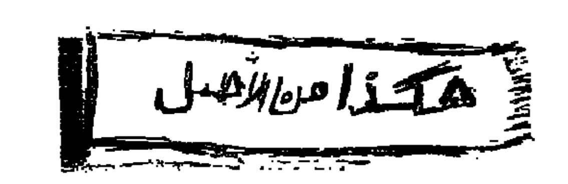
Verzinsung	Die Anleihe wird mit 8 ½ % p. a. verzinst. Die Zinsen sind jährlich nachträglich am 16. 08., erstmals am 16. 08. 1984 fällig.
Nennbeträge	DM 100,– oder ein Mehrfaches davon.
Laufzeit	Die Laufzeit der Anleihe beträgt 10 Jahre.
Rückzahlung	Die Anleihe wird am 16. 08. 1993 zum Nennwert zurückgezahlt.
Kündigung	Die Anleihe ist weder durch den Anleiheschuldner noch durch die Anleihegläubiger kündbar.
Mündelsicherheit und Deckungsstockfähigkeit	Die Anleihe ist nach § 1807 Abs. 1 Ziff. 2 BGB mündelsicher und nach § 54 a Abs. 2 Ziff. 4 VAG deckungsstockfähig.
Lombardfähigkeit	Die Anleihe ist nach § 19 Abs. 1 Ziff. 3d des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank lombardfähig.
Börseneinführung	Die Anleihe wird unverzüglich zum Handel und zur amtlichen Notierung an allen deutschen Wertpapierbörsen eingeführt.
Zahlung von Zinsen und Kapital	Die fälligen Zinsen und Rückzahlungsbeträge werden durch das depotführende Kreditinstitut gutgeschrieben. Die Verzinsung endet mit dem Ablauf des dem Fälligkeitstag vorhergehenden Tages; das gilt auch dann, wenn die Leistung nach § 193 BGB bewirkt wird.
Lieferung	Vor Verkaufsbeginn wird eine Sammelschuldbuchforderung im Gesamtbetrag der Anleihe für die Wertpapiersammelbank Nordrhein-Westfalen AG in das Schuldbuch des Landes Nordrhein-Westfalen eingetragen. Die Ausgabe von Teilschuldverschreibungen ist für die gesamte Laufzeit ausgeschlossen (Wertrechtsanleihe). Die Erwerber erhalten einen Anteil an einem Sammeldepot in Höhe der gekauften Beträge bei der Wertpapiersammelbank über ein Kreditinstitut

Düsseldorf, Berlin, Bielefeld, Bochum, Dortmund, Essen, Frankfurt/Main, Hannover, Köln, Mainz, München, Münster, im August 1983

WESTDEUTSCHE LANDESBANK GIROZENTRALE
zugleich für die Sparkassen im Land Nordrhein-Westfalen

BANK FÜR GEMEINWIRTSCHAFT Aktiengesellschaft
BERLINER HANDELS- UND FRANKFURTER BANK
COMMERZBANK Aktiengesellschaft zugleich für BERLINER COMMERZBANK Aktiengesellschaft
DELBRÜCK & CO.
DEUTSCHE BANK Aktiengesellschaft zugleich für DEUTSCHE BANK BERLIN Aktiengesellschaft
DEUTSCHE GIROZENTRALE – DEUTSCHE KOMMUNALBANK –
DG Bank DEUTSCHE GENOSSENSCHAFTSBANK
DRESDNER BANK Aktiengesellschaft zugleich für BANK FÜR HANDEL UND INDUSTRIE Aktiengesellschaft
HANDELS- UND PRIVATBANK Aktiengesellschaft
BANKHAUS HERMANN LAMPE Kommanditgesellschaft
MERCK, FINCK & CO.
NATIONAL-BANK Aktiengesellschaft
NORDDEUTSCHE LANDESBANK GIROZENTRALE
LANDESBANK RHEINLAND-PFALZ – GIROZENTRALE –
SAL. OPPENHEIM JR. & CIE.
SIMONBANK Aktiengesellschaft
J. H. STEIN
THE ROYAL BANK OF CANADA
TRINKAUS & BURKHARDT
WESTDEUTSCHE GENOSSENSCHAFTSZENTRALBANK eG zugleich für die Volksbanken Raiffeisenbanken im Land Nordrhein-Westfalen
WESTFALENBANK Aktiengesellschaft





GLÜCKSKLEE / Überkapazität bei Kondensmilch

Werk in Bayern geschlossen

JAN BRECH, **Hamburg**

Die Glücksklee GmbH, Hamburg, wird von ihren drei Kondensmilch-Werken bis zum Ende des Jahres den Betrieb in Marktbreit (Franken) schließen. Diese Maßnahme wird mit erheblichen Überkapazitäten am Markt und massivem Wettbewerb begründet. Vor allem der Einbruch auf den Exportmärkten hat zu einer drastischen Verschlechterung der Lage geführt. Allein nach Nigeria, dem wichtigsten Importland für Kondensmilch, sind die Einfuhren in den ersten Monaten dieses Jahres um 21 Prozent zurückgegangen. Auch die Entwicklung am deutschen Markt blieb mit einem Minus von 2,5 Prozent rückläufig.

Der Kapazitätsabbau, so heißt es in einer Mitteilung von Glücksklee, werde die Position des Unternehmens am Markt deutlich stärken. Mit Kondensmilch und Magermilchpulver hatte die Tochtergesellschaft des US-Konzerns Carnation Comp., Los Angeles, im vergangenen Jahr rund 250 Mill. DM umgesetzt. Zudem sei die Anpassungsmaßnahme ein wichtiger Schritt zur Ertragssicherung des Gesamtunternehmens und Teil der Konsolidierung im Rahmen der Verbindung mit der Lünebest GmbH & Co. KG, Lüneburg. An diesem Familienunternehmen hatte sich Glücksklee 1981 zu 50 Prozent beteiligt.

In den künftigen Aktivitäten werde neben der Fortführung des Kondensmilch-Geschäfts besonders Gewicht auf die Erweiterung des Bereichs Dauermilch-Produkte gelegt, in dem Glücksklee/Lünebest nationale Marktführer seien. Um die sich hier bietenden Innovationsmöglichkeiten zu nutzen, ist das Kapital der Glücksklee GmbH von 41,2 auf 47 Mill. DM erhöht worden.

Die Gruppe Glücksklee/Lünebest dürfte insgesamt einen Umsatz von rund 500 Mill. DM repräsentieren, wovon Glücksklee etwa 300 Mill. DM beisteuert. Von diesem Volumen entfallen 50 Mill. DM auf das Tierfutter-Sortiment (Friskies), dessen Vertrieb ab Oktober auf die Handelsvertretung Food International übertragen wird. Die verbleibenden Sortimente von Glücksklee und Lünebest sind in einer gemeinsamen Vertriebsorganisation zusammengefaßt worden.

BREMEN

Werften-Fusion in der Sackgasse

rtr/AP, **Bremen**

Die Verhandlungen über den Zusammenschluß der Bremer Großwerften Bremer Vulkan AG, AG Weser und Hapag-Lloyd sind wenige Wochen vor den Bürgerschaftswahlen in Bremen in eine Sackgasse geraten. Bei der Versammlung der Haupteigner der Werften in Bremen war bekannt geworden, daß sich die Thyssen-Bornemisza-Gruppe aus dem Schiffsneubau ganz zurückziehen und deswegen keine zusätzlichen Mittel für die hauptsächlich von ihr gehaltene Bremer Vulkan bereitstellen will. Bremens Bürgermeister Hans Koschnick hat am Freitag die Eigner aufgefordert, die deswegen unterbrochenen Fusionsverhandlungen fortzuführen und ein Alternativkonzept vorzulegen, bei dem eine Hilfe von maximal 100 Millionen Mark aus Bundes- und Landesmitteln eingeplant werden soll.

Die übrigen Haupteigner der drei Werften wollen sich nach Angaben der Senatskanzlei im Lauf der nächsten Woche mit den Folgen aus Thyssen-Bornemiszas Rückzug befassen. Unbeschadet der neuen Lage seien die Vorstände beauftragt worden, das Konzept für eine Zusammenführung der drei Werften fertigzustellen. Am Bremer Vulkan sind außer Thyssen-Bornemisza auch Land und Stadt Bremen über die Hanseatische Industrie-Beteiligungen GmbH mit ebenfalls mehr als 25 Prozent beteiligt.

Im übrigen habe Koschnick die Vorstände gebeten, den Bremer Wirtschaftssenator Karl Willms bis Anfang nächster Woche über die möglichen Konsequenzen zu unterrichten, falls es nicht zu der gewünschten Werftenfusion komme.

ÖSTERREICH / Konjunkturumfrage nicht ermutigend

Export mit Preisnachlaß

WOLFGANG FREISLEBEN, **Wien**

Bis zum Sommer des vergangenen Jahres konnten sich die österreichischen Produzenten zur allgemeinen Überraschung noch über eine ungebrochene Exportdynamik freuen, die sich bis zum Juni 1982 in vorwiegend zweistelligen nominellen Zuwachsraten ausdrückte. Doch seit dem dann folgenden abrupten Rückschlag stagnierten die Warenausfuhren, wobei jedoch der absolute Tiefpunkt zum Jahreswechsel 1982/83 überwunden scheint.

Die Stagnation mußten sich die österreichischen Hersteller mit Preisnachlässen bis zu durchschnittlich 2,3 Prozent auf den Weltmärkten teuer erkaufen, wodurch sich der Ertragsdruck weiter verstärkt hat. Dieser Preisverfall ging parallel mit der abgeschwächten Auslandsnachfrage einher. Im Gegensatz zum Vorjahr, als die Österreicher letztlich im Jahresdurchschnitt noch Preissteigerungen von 4,5 Prozent im Ausland durchsetzen konnten und damit besser als etwa die deutsche Konkurrenz lagen, war diesmal die deutsche Industrie weitgehend ohne Preiseinbußen wesentlich besser gestellt.

Nach wie vor stützte die Nachfrage aus der Bundesrepublik, mit einem Anteil an den Gesamtexporten von 31 Prozent der mit Abstand wichtigste Auslandsmarkt, mit einer Zuwachsrate bis Juni von 5,3 Prozent den Export 1983 derart, daß die Nachfragerückgänge aus anderen Ländern weitgehend ausgeglichen wurden. Schon die nächstwichtigsten Handelspartner wie Italien oder die Schweiz hielten sich ebenso bei der Abnahme der österreichischen Waren zurück wie etwa die Efta-Mitgliedsstaaten insgesamt (minus 9,7 Prozent) oder die USA (minus 10,3 Prozent). In die EG konnte Österreich dank der Käufe aus der Bundesrepublik und den Niederlanden ein Plus von 1,8 Prozent erzielen.

Überraschend gut behaupteten sich die Ausfuhren in die Opec-Länder mit plus 6,6 Prozent und in den Comecon (plus 6,3 Prozent). Abgesehen von der stabilen Kaufkraft der Sowjetunion spielten im Ostblock allerdings vorwiegend Sonderfaktoren wie etwa die Auslieferung von Industrieanlagen eine wesentliche Rolle.

Nicht gerade ermutigend sieht die Zukunft der Exporte, die immerhin bis zum Vorjahr mit einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 23 Prozent eine wesentliche Konjunkturstütze darstellten, aus, wenn man die jüngste Konjunkturumfrage des industriellen Verbandes vom Juli berücksichtigt. Denn während die Wirtschaftsforscher noch übers Jahr mit einem Ausfuhrzuwachs von insgesamt zwei Prozent rechnen, melden nurmehr 19 Prozent der befragten Industriebetriebe (April 25,6 Prozent) gute Auslandsorder; 52,4 Prozent mußten sinkende Auftragsvolumina eingestehen.

In der Leistungsbilanz setzte sich die seit 1981 begonnene Tendenz zur Verbesserung fort, indem im 1. Halbjahr 1983 ein Aktivum von 4,4 Mrd. Schilling gegenüber einem Defizit von 2,2 Mrd. Schilling im Vergleichszeitraum des Vorjahres registriert wurde. In erster Linie trug eine wesentliche Steigerung von Dienstleistungsexporten wie Know-how, Engineering, oder Montageleistungen bei Industrieanlagen um 4,2 auf 13,4 Mrd. Schilling bei. Doch verringerte sich auch dank konjunkturbedingt eingeschränkter Importe das Handelsbilanzdefizit um 10,5 Prozent.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Gabler Schülerlexikon Wirtschaft, Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler GmbH, Wiesbaden 1982, 284 S., 19,80 Mark.

Bereits nach zwei Jahren wurde eine Neuauflage notwendig, die sich auch zu Überarbeitungen und Erweiterungen nutzen ließ. Neu hinzugekommen führt das Kapital „Handelsenglisch" die grundlegenden Vokabeln und Redewendungen englisch-deutscher Geschäftskorrespondenz an. Die über 1800 Begriffe aus den Bereichen Wirtschaftslehre und Rechnungswesen sind aktualisiert und ermöglichen wie bisher eine griffige, erste Information.

Klaus-Peter Martens: Das Arbeitsrecht der leitenden Angestellten, Forkel-Verlag, Wiesbaden 1982, 488 S., 89 Mark.

Die arbeitsrechtliche Sonderstellung der leitenden Angestellten wird geprägt durch rechtspolitische und rechtsdogmatische Aspekte einer brisanten Entwicklung. Kern des Streites ist die Eigenständigkeit dieser Arbeitnehmergruppe, deren Bestand zumindest bedroht ist. Die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts führte im Rahmen des Betriebsverfassungsrechts zu einer quantitativen Minderung dieser Gruppe. Zwar berücksichtigt das Mitbestimmungsgesetz die Sonderstellung, doch werden die leitenden Angestellten auf der Arbeitnehmerbank mit Argwohn betrachtet. Und schließlich untergraben die leitenden Angestellten die Eigenständigkeit selbst durch ihre Forderung nach zunehmender Teilhabe an den arbeitsrechtlichen Schutzgesetzen. Als Handbuch für die Praxis konzipiert unterrichtet das Buch über das individual- und das kollektivrechtliche Arbeitsrecht der leitenden Angestellten unter all den gruppenspezifischen Besonderheiten.

Wolfgang Ballwieser: Unternehmensbewertung und Komplexitätsreduktion. Betriebswirtschaftlicher Verlag Th. Gabler, Wiesbaden 1983, 220 S., 76 Mark.

Ballwieser, nun ordentlicher Professor für Betriebswirtschaftslehre in Hannover, habilitierte sich mit dieser Schrift, die Anwendbarkeit und Zuverlässigkeit von Unternehmensbewertungsmodellen zum Forschungsgegenstand hat. Da zukünftige, entscheidungsabhängige und unsichere Entnahmen, die für die Wertermittlung von Unternehmen wichtig, aber wegen der prognostischen Schätzung meist ungenau sind, versucht der Autor durch Vereinfachung der wesentlichen Determinanten Modelle zu entwikkeln, die trotz unexakter Information eine realistische Unternehmensbewertung ermöglichen.

Wegener/Sailer: Der Makler und sein Auftraggeber, Richard Boorberg Verlag, 380 S., 58 Mark.

Das gesamte Gebiet des Maklerrechts befindet sich im Umbruch. Schon in der letzten Legislaturperiode gab es Anstrengungen für eine Neuregelung, bislang vergebens. Um so hilfreicher vermag diese Schrift den gegenwärtigen Rechtsstand aufzuzeigen, die von der vielfältigen Rechtsprechung geprägt ist. Aber auch auf Änderungen im Zuge des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen wird eingegangen, ebenso wie über die Kosten eines Maklerbetriebes aufgeklärt und die neuen gewerberechtlichen Vorschriften dargestellt werden.

NORDSEE / In Cuxhaven wird weitergearbeitet

Stillegungspläne aufgehoben

D. SCHMIDT, **Cuxhaven**

Die seit Anfang 1982 zur Unilever-Gruppe gehörende „Nordsee" Deutsche Hochseefischerei GmbH, Bremerhaven, hat die bereits beschlossene Stillegung des Fischverarbeitungsbetriebs in Cuxhaven rückgängig gemacht. Grundlage dafür bildet eine Vereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen und dem Unternehmen, nach der das Land für 30 Mill. DM das „Nordsee"-Fabrikgebäude in Cuxhaven erwirbt und den gesamten Komplex zum Preis von 0,5 Mill. DM pro Jahr an die „Nordsee" verpachtet.

Nach Angaben der Landesregierung, für die Ministerpräsident Ernst Albrecht und Landwirtschaftsminister Gerhard Glup die Vereinbarung trafen, werden 5 Mill. DM vom Kaufpreis für Neuinvestitionen verwandt. Die „Nordsee" habe sich verpflichtet, ihre Fischwarenverarbeitungsaktivitäten in Cuxhaven zu konzentrieren.

Sollte es sich als unmöglich erweisen, die Fischwarenverarbeitung aufrechtzuerhalten, müsse die „Nordsee" das Fabrikgebäude zurückkaufen. Im Cuxhavener Betrieb sind rund 500 Personen beschäftigt. In Bremerhaven, dort ist die Tiefkühlfischverarbeitung angesiedelt, arbeiten 1100 Menschen.

Hans Eggerstedt, Vorsitzender der „Nordsee"-Geschäftsführung, geht davon aus, daß die Vereinbarung schon bald vertraglich fixiert wird. Die jetzt gefundene Lösung sei vor dem Hintergrund der sozialen Verantwortung gegenüber den Cuxhavener Mitarbeitern „überaus befriedigend" und vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen durchaus akzeptabel.

CONTINENTALE / Höhere Überschußbeteiligung

Neugeschäft läuft rege

J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Die Continentale Versicherungs-Gruppe, Dortmund/München, meldet für das erste Halbjahr 1983 ein reges Neugeschäft. Bei allen drei Unternehmen der Gruppe habe man eine Zuwachsrate von mehr als 10 Prozent erzielt. Die Beitragseinnahmen wuchsen im größten Geschäftszweig der Gruppe, der Krankenversicherung, um 4,4 Prozent, in der Lebensversicherung um 6,1 und der Sachversicherung um 11,2 Prozent. Positiv entwickle sich auch das Geschäft der im April 1982 nach zehnjährigem US-Eigentum „heimgekehrten" und von der Continentale übernommenen Europa-Versicherungsgruppe, Köln, die ihre Angebotspalette seit Mitte 1983 um eine „preisgünstige" Autoversicherung erweitert hat.

Für die Continentale-Gruppe ist der bisherige Verlauf von 1983 die Fortsetzung der schon 1982 „erfreulichen" Entwicklung. Von der auf 1,12 (1,05) Mrd. DM gestiegenen Summe der Beitragseinnahmen entfielen 846 Mill. DM (plus 5,8 Prozent) auf die Krankenversicherung, 161 Mill. DM (plus 7,7 Prozent) auf die Lebensversicherung und 114 Mill. DM (plus 11,2 Prozent) auf die Sachversicherung. In allen drei Gruppen seien die Überschüsse höher als 1981 ausgefallen. Dies werde durch verbesserte Überschußbeteiligung und Direkt-Rückvergütung an die Versicherten weitergereicht.

Mehr als das hat die Continentale mit ihrer Krankenversicherung im Sinn. Hier habe man 1982 mit einem auf 4,1 (8,2) Prozent gedämpften Anstieg der Schadenleistungen erste Erfolge der Bemühungen um Kostensenkung im Gesundheitswesen erreicht. Auch das um 18,6 Prozent auf 94 Mill. DM verbesserte Nettoergebnis der Kapitalanlagen („da liegen wir mit einem Durchschnittsertrag von 7,8 Prozent weiterhin in der Spitzengruppe der privaten Krankenversicherer") trug zum Anstieg des Überschusses auf 107 (80) Mill. DM bei.

Das Gros dieses Überschusses wurde mit 91 Mill. DM in die Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung von nun 178 (101) Mill. DM gestellt. Ein dickes Polster, das die Continentale in der Krankenversicherung dazu nutzt, ihren Versicherten ab 1983 für drei Jahre im voraus eine steigende Beitragserstattung bei Nichtinanspruchnahme ambulanter Leistungen zu garantieren.

Neuwagenboom in Großbritannien

WILHELM FURLER, **London**

Die Verkäufe von Neuwagen in Großbritannien bewegen sich in diesem Jahr auf ein Rekordergebnis zu. Bereits nach den ersten sieben Monaten dieses Jahres liegen sie um mehr als 17 Prozent über den Verkäufen des Vorjahres. Bis Ende Juli wurden 971 000 Neuwagen verkauft. Der bisherige Jahresrekord wurde 1979 mit insgesamt 1,76 Millionen verkaufter Neuwagen erzielt. Sollten die Verkäufe im August wie erwartet 320 000 Neuwagen überschreiten, dann würde das bisherige Rekordergebnis bis zum Ende dieses Jahres mit Sicherheit übertroffen.

Für den sich bereits abzeichnenden Verkaufsboom im August gibt es vor allem zwei Gründe: Zum ersten Mal werden in Großbritannien im August Autokennzeichen ausgegeben, die mit einem einzelnen Buchstaben, und zwar jetzt mit einem A, beginnen. Unter den ersten mit der neuen Buchstaben-Zahlen-Kombination auf dem Nummernschild zu sein, gilt für die meisten Briten sehr viel. Der zweite Grund ist der fortdauernde Preiskrieg am britischen Neuwagenmarkt.

Obwohl die Verkäufe importierter Neuwagen auch im Juli weiter stiegen (plus 14 Prozent gegenüber Juli 1982), verringerte sich der Anteil der Importwagen am britischen Neuwagenmarkt leicht von 57,5 auf 56,6 Prozent nach den ersten sieben Monaten 1983.

Angeführt wird die Liste der im Laufe dieses Jahres erfolgreichsten Neuwagen vom Ford Escort mit knapp 94 000 Stück, dicht gefolgt vom Schwestermodell Sierra und dem Metro von British Leyland. Unter den ersten zehn bestverkauften Wagen während der ersten sieben Monate befindet sich diesmal kein deutsches Modell.

EG-KOMMISSION / Holzwirtschaft verfügt über beträchtliches Entwicklungspotential

Verbesserte Struktur Voraussetzung

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Die europäische Holzwirtschaft verfügt nach Meinung der EG-Kommission noch über ein beträchtliches Entwicklungspotential. Voraussetzung für eine gesicherte Zukunft seien allerdings koordinierte Anstrengungen der Mitgliedsländer zur Steigerung des Holzaufkommens, zur rationelleren Nutzung des Rohstoffs bei der industriellen Verarbeitung sowie eine strukturelle Verbesserung der einzelnen Zweige der Holzwirtschaft. In einer Mitteilung an den Ministerrat hat die Kommission erstmals den Rahmen für eine gemeinschaftliche Strategie in diesem Bereich abgesteckt. Sie soll Ausdruck in einer Ratsentschließung finden, in der eine Reihe von Zielen aufgestellt und Leitlinien für gemeinsame Aktionen festgelegt werden.

Auf dem Gebiet der Rohstoffversorgung plädiert die EG-Behörde u. a. für eine bessere Abstimmung der nationalen Forschungs- und Entwicklungsprogramme, die Förderung von Bewirtschaftungsplänen, die Revision von Steuervorschriften, die den Holzeinschlag benachteiligen, und eine gemeinschaftsweite Bestandsaufnahme zur Ermittlung der verfügbaren Holzmengen. Für sinnvoll hält sie auch Anreize für den Zusammenschluß von Waldbesitzern, die Förderung langfristiger Lieferverträge sowie Maßnahmen zur Erleichterung der Wiederverwendung von Altpapier.

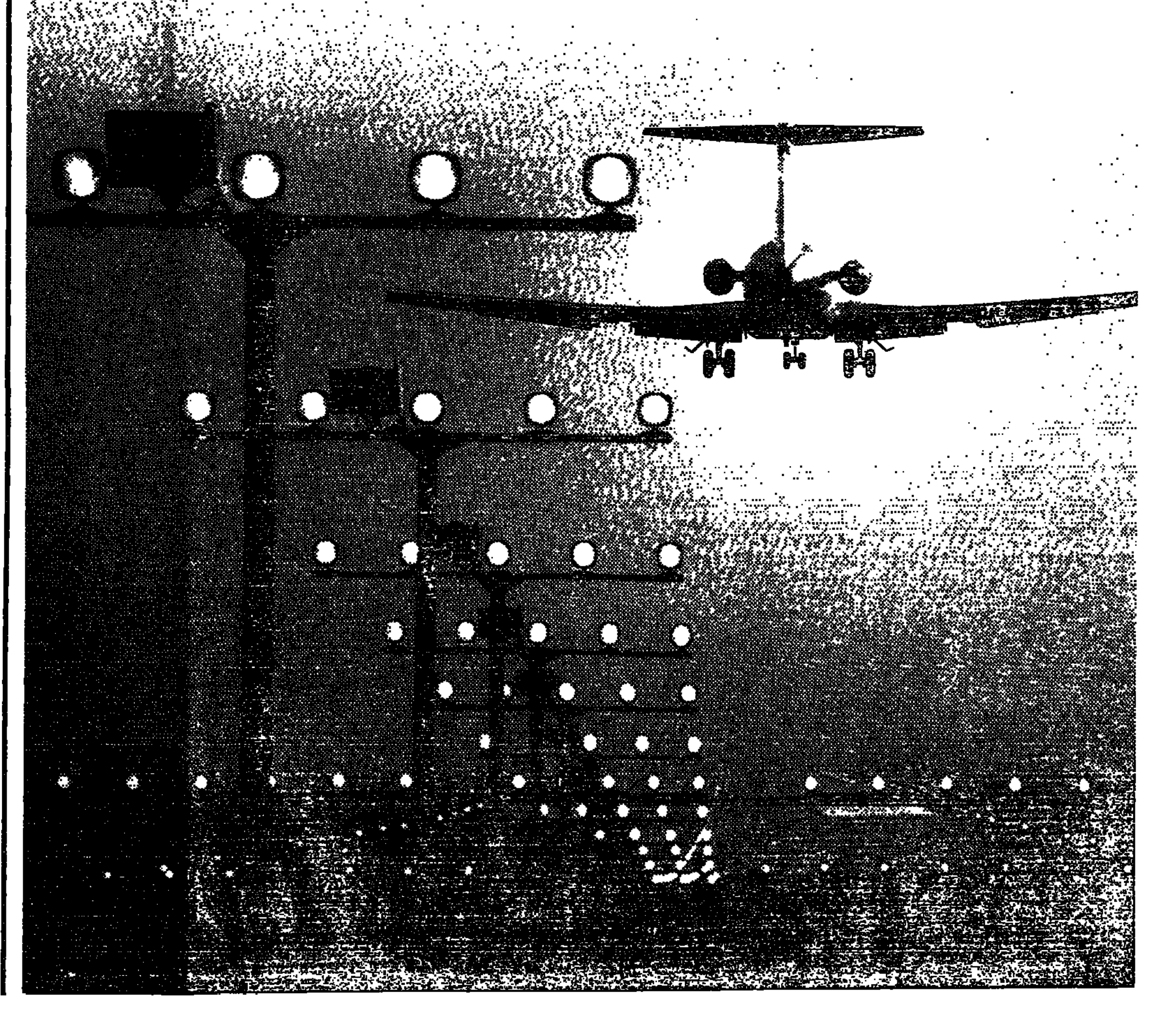
Wichtig sind nach dem Entschließungstext ferner Modernisierung der Sägewerksausrüstungen, eine kommerzielle Zusammenarbeit der Industrie beim Einkauf des Rohstoffs und beim Verkauf der Produkte. Schließlich plädiert das Dokument auch für eine engere Zusammenarbeit der technischen Normungsstellen, für den Erlaß von EG-Richtlinien für Baubedarfsartikel sowie für die Entwicklung europäischer Codes für den Holzbau.

Die Bedeutung der europäischen Holzwirtschaft zeigt sich sowohl an den Verbrauchs- wie an den Beschäftigtenzahlen. Allerdings lag der Pro-Kopf-Verbrauch 1979 in der EG mit 0,9 cbm erheblich unter dem der USA (2,1 cbm) und sogar Japans (1,25 cbm). Vom Wert her belief sich der Verbrauch von Produkten des Holz- und Papiersektors auf 4,9 Prozent des Gesamtverbrauchs an Industrieprodukten. Die Branche braucht also den Vergleich mit der Textilwirtschaft (4,4 Prozent), dem Sektor Lederwaren und Schuhe (1,2 Prozent) sowie dem elektrischen und elektronischen Apparatebau (7,1 Prozent) keineswegs zu scheuen.

Allerdings zeigt der Markt eine stark unterschiedliche Entwicklung: Während z. B. die Nachfrage nach Papier für Haushalts- und Hygieneartikel jährlich um über 10 Prozent steigt und der Verbrauch von Spanplatten sich zwischen 1970 und 1980 fast verdoppelt hat, wächst der Markt für Papier und Karton insgesamt sowie für Furnierholz nur durchschnittlich. Andere Produkte verzeichnen gar kein oder ein negatives Wachstum. Im ganzen schätzt die Kommission die mittlere Verbrauchszunahme an Erzeugnissen, die sich vom Holz ableiten, für den Zeitraum von 1970 bis 1979 mengenmäßig auf jährlich 1,8 Prozent.

Als größtenteils personalintensive Betriebe beschäftigte die Holz- und Papierwirtschaft der EG 1980 1,4 Mill. Arbeitnehmer, was rund 5,5 Prozent der Gesamtzahl der industriellen Arbeitsplätze in der Gemeinschaft (außer Bauwirtschaft) ausmachte. Auf die chemische Industrie entfielen vergleichsweise 1980 2,2, auf die Automobilindustrie 5,8, die Textilindustrie 6,1 Prozent. Allerdings sind die Betriebe der Papier- und Zellstoffbranche weitaus größer als die der Holzbearbeitungs- oder Möbelindustrie. Rund 400 000 Beschäftigte arbeiteten 1980 in der EG in Betrieben mit unter 20 Personen.

Insgesamt hat der Holz- und Papiersektor zwischen 1977 und 1980 etwa 41 000 Arbeitsplätze verloren. Besonders die Zellstoff- und Papierindustrie befindet sich nach dem EG-Bericht gegenwärtig in einer „prekären Situation". Die Zahl der Fabriken hat sich seit 1974 von 1302 auf 903 verringert.



FUSSBALL / Start in die Saison 1983/84 – Waldhof Mannheim sorgte gleich für die größte Überraschung

ERGEBNISSE

Frankfurt – Dortmund	2:2	(1:0)
Hamburg – Kaiserslautern	3:2	(2:0)
Nürnberg – Uerdingen	2:4	(1:1)
München – Leverkusen	2:1	(0:0)
Köln – Bielefeld	2:3	(1:1)
M'gladbach – Düsseldorf	1:1	(0:1)
Bochum – Offenbach	1:0	(0:0)
Mannheim – Bremen	2:0	(2:0)
Stuttgart – Braunschweig	3:0	(1:0)

TABELLE

1. Bundesliga

1. Stuttgart	1	1	0	0	3:0	2:0
2. Uerdingen	1	1	0	0	4:2	2:0
3. Mannheim	1	1	0	0	2:0	2:0
4. Hamburg	1	1	0	0	3:2	2:0
5. Bielefeld	1	1	0	0	3:2	2:0
6. München	1	1	0	0	2:1	2:0
7. Bochum	1	1	0	0	1:0	2:0
8. Dortmund	1	0	1	0	2:2	1:1
9. Frankfurt	1	0	1	0	2:2	1:1
10. Düsseldorf	1	0	1	0	1:1	1:1
11. Gladbach	1	0	1	0	1:1	1:1
12. Köln	1	0	0	1	2:3	0:2
13. Kaiserslautern	1	0	0	1	2:3	0:2
14. Leverkusen	1	0	0	1	1:2	0:2
15. Offenbach	1	0	0	1	0:1	0:2
16. Nürnberg	1	0	0	1	2:4	0:2
17. Bremen	1	0	0	1	0:2	0:2
18. Braunschweig	1	0	0	1	0:3	0:2

DIE SPIELE

München – Leverkusen 2:1 (0:0)

München: Pfaff – Augenthaler – Dremmler, Beierlorzer, Dürnberger – Del'Haye, Grobe, Kraus (46. Pflügler), Lerby – Kh. Rummenigge, M. Rummenigge (62. Hoeneß). – **Leverkusen:** Vollborn – Bast – Wojtowicz, Gelsdorf, Posner – *Winklhofer, Röber, Hörster,* Bittorf (82. Vöge) – Waas, Tscha. – **Schiedsrichter:** Wiesel (Hildesheim). – **Tore:** 1:0 Pflügler (59.), 1:1 Waas (70.), 2:1 Posner (80., Eigentor). – **Zuschauer:** 30 000. – **Gelbe Karte:** Hörster.

Bochum – Offenbach 1:0 (0:0)

Bochum: Zumdick – Lameck – Gerland, Schulz, Gothe (46. Pater) – Knüwe, Woelk, Oswald, Grünberger – Kuntz (79. Benatelli), Schreier. – **Offenbach:** Herr – Peukert – Grünewald, Kutzop, Paulus – Trapp, Franusch, Michelberger – Palacios (46. Sandner), Rudel (82. Höfer), Bein. – **Schiedsrichter:** Huster (Lahnstein). – **Zuschauer:** 17 000. – **Tore:** 1:0 Kuntz (73.). – **Gelbe Karte:** Rudel.

M'gladbach – Düsseldorf 1:1 (0:1)

M'gladbach: Kamps – Hannes – Schäfer (78. Rahn), Ringels – Matthäus, Krauss, Bruns, Frontzeck, Lienen – Pinkall, Herbst (66. Criens). – **Düsseldorf:** Kleff – Zewe – Kuczinski, Theis (86. von Dierické) – Bockenfeld, Bommer, Löhr, Dusend, Weikl – Edvaldsson, Wenzel. – **Schiedsrichter:** Roth (Salzgitter). – **Tore:** 0:1 Edvaldsson (41.), 1:1 Pinkall (79.). – **Zuschauer:** 30 000. – **Gelbe Karten:** Matthäus, Theis, Bockenfeld.

Hamburg – K'lautern 3:2 (2:0)

Hamburg: Stein – Hieronymus – Kaltz, Jakobs – *Hartwig, Rolff,* Groh, Magath, Wehmeyer – Schatzschneider (68. Hansen), Wuttke. – **K'lautern:** Grüner – Briegel – Wolf, Plath – Melzer, Geye, *Ellenfeldt* (50. Bongartz), Allofs, Brehme – Nilsson, Brummer (73. Hoos). – **Schiedsrichter:** Stäglich (Wuppertal). – **Tore:** 1:0 Kaltz (9., Foulelfmeter), 2:0 Kaltz (43.), 3:0 Schatzschneider (53.), 3:1 Melzer (60.), 3:2 Nilsson (63.). – **Zuschauer:** 32 000. – **Gelbe Karten:** Stein, Wolf.

Frankfurt – Dortmund 2:2 (1:0)

Frankfurt: Pahl – Berthold – Schreml, Körbel, Falkenmayer – Sziedat, Mohr, Fruck, Trieb – Borchers, Svensson. – **Dortmund:** Immel – Loose – Huber, Rüßmann, Koch – Tenhagen, Zorc, Raducanu, Keser – Klotz, Reich (85. Schaub). – **Schiedsrichter:** Niebergall (Rammelsbach). – **Tore:** 1:0 Svensson (39.), 1:1 Reich (49.), 2:1 Mohr (62.), 2:2 Reich (66.). – **Zuschauer:** 28 000.

Köln – Bielefeld 2:3 (1:1)

Köln: Schumacher – Strack – Baffoe, Steiner, Prestin – Konopka (61. Zimmermann), Hartmann, Fischer, Willmer (46. Haas) – Littbarski, Allofs. – **Bielefeld:** Kneib – Ellguth (87. Pohl) – Schnier, Geils, Dronia – Büscher, Kompodietas (45. Rautiainen), Pagelsdorf, Schröder – Ozaki, Grillemeier. – **Schiedsrichter:** *Wuttke (Oberhausen).* – **Tore:** 1:0 Littbarski (9.), 1:1 Ozaki (24.), 1:2 Geils (67.), 1:3 Grillemeier (80.), 2:3 Allofs (83.). – **Zuschauer:** 11 000. **Gelbe Karte:** Ellguth.

Mannheim – Bremen 2:0 (2:0)

Mannheim: Zimmermann – Sebert – Knapp, Schlindwein, Dickgießer – Quaisser, Hein, Schön, Linz (84. Makan) – Olaidotter (63. Scholz), Walter. – **Bremen:** Burdenski – Fichtel (46. Gruber) – Kamp, Pezzey, Schaaf – Möhlmann, Sidka, Bracht (46. Reinders), Meier – Neubarth, Völler. – **Schiedsrichter:** Pauly (Rheydt). – **Tore:** 1:0 Schön (8.), 2:0 Walter (23.). – **Zuschauer:** 42 000 (ausverkauft). – **Gelbe Karte:** Neubarth.

Nürnberg – Uerdingen 2:4 (1:1)

Nürnberg: Kargus – Grahammer (60. Trunk) – Täuber, Reinhardt – Eder, Lottermann, Burgsmüller, Heidenreich, Schöll, – Heck, Dreßel. – **Uerdingen:** Vollack – Herget – Brinkmann, van de Loo – Buttgereit, Jusufi (87. Schwarz), *Feilzer, Hofmann, Raschid* – Loontiens, Sackewitz (74. Gulich). – **Schiedsrichter:** Umbach (Rottorf). – **Tore:** 1:0 Lottermann (25.), 1:1 Hofmann (26.), 1:2 Feilzer (52., Foulelfmeter), 1:3 Herget (55.), 2:3 Burgsmüller (81.), 2:4 Gulick (82.). – **Zuschauer:** 15 000. – **Gelbe Karten:** Raschid, Hofmann.

Stuttgart – Braunschweig 3:0 (1:0)

Stuttgart: Roleder – Makan – Schäfer, Kh. Förster, B. Förster – Kempe, Buchwald (79. Kelsch), Ohlicher, Allgöwer – Reichert, Corneliusson. – **Braunschweig:** Franke – Hollmann – Geiger, Bruns, Merkhoffer – Kindermann (81. Keute), Studzizba (70. Ellmerich), Pahl, Tripbacher – Zavisic, Worm. – **Schiedsrichter:** Wippker (Roetgen). – **Tore:** 1:0 Ohlicher (37.), 2:0 Ohlicher (76.), 3:0 Reichert (87.), – **Zuschauer:** 25 000. – **Gelbe Karten:** Allgöwer, Merkhoffer, Bruns, Pahl.

VORSCHAU

Dienstag, 16. 8., 20.00 Uhr	
Kaiserslautern – Dortmund	(0:2)
Mittwoch, 17. 8., 20.00 Uhr	
Düsseldorf – Köln	(2:6)
Freitag, 19. 8., 20.00 Uhr	
Uerdingen – Frankfurt	(–:–)
Kaiserslautern – Stuttgart	(2:3)
Samstag, 20. 8., 15.30 Uhr	
Offenbach – Mönchengladbach	(–:–)
Bielefeld – München	(2:4)
Leverkusen – Nürnberg	(1:0)
Dortmund – Hamburg	(1:3)
Bremen – Bochum	(3:2)
Braunschweig – Mannheim	(–:–)

In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

● Erster Spieltag, erster Schreck: 231 400 Zuschauer kamen zum Start ins dritte Jahrzehnt der Bundesliga. Das ist *der schwächste Premierenbesuch seit neun Jahren.* Am ersten Spieltag der Saison 1974/75 gab es 201 161 Besucher. Aber die 42 000 Zuschauer beim Spiel des Neulings Waldhof Mannheim sind immerhin Einnahmerekord in der langen Geschichte dieses Traditionsvereins. Die Spieler dankten es ...

● 31 Tore zum Saisonauftakt sind eine respektable Ausbeute. Nur in sieben von 20 Bundesliga-Jahren fielen zur Premiere mehr Treffer. Das erste Tor schoß der Schwede Jan Svensson für Frankfurt (gegen Dortmund) schon am Freitagabend. Drei Spieler kamen zu zwei Treffern: Manfred Kaltz (ein Elfmeter), der Dortmunder Reich und Rainer Ohlicher von VfB Stuttgart. Das erste Eigentor: Posner (Leverkusen).

● Gleich 41 Spieler feierten ihre Bundesliga-Premiere, sechs erzielten ihr erstes Tor. Darunter auch Katsuo Ozaki (Bielefeld), nach Okudera (Japan) der zweite Japaner in der höchsten deutschen Spielklasse. Und auch ein Afrikaner ist dabei: Tony Baffoe (1. FC Köln) besitzt die Staatsangehörigkeit von Ghana, ist dort aber noch nie gewesen. Baffoe ist Sohn eines Diplomaten, der in Bonn gearbeitet hat.

„Schlappis" Trick mit Torjäger Fritz Walter und die schönen Erinnerungen an Gladbach

MARTIN HÄGELE, **Ludwigshafen**

Gestern morgen um neun war beim SV Waldhof Mannheim der Alltag wieder eingekehrt: Massage, Training für die Reservisten. Schon da war alles abgehakt. Das sensationelle 2:0 des Aufsteigers über Vize-Meister Werder Bremen, die Euphorie und Begeisterungsstürme der 42 000, die größte Einnahme der Vereinsge*schichte (400 000 Mark netto), selbst* die tollen Benotungen in den Sonntagsblättern. „Bei uns wird nicht gesponnen, ich brauche keinen in der Mannschaft vom Himmel auf den Boden zurückzuholen", sagt Trainer Klaus Schlappner (43).

Es scheint in der Tat, als sei da eine ganz außergewöhnliche Mannschaft nach oben gekommen. Sie rennt und spielt den stolzen Zweiten der letzten Saison in Grund und Boden, schon zur Pause verabschiedete das Publi*kum die Waldhof-Buben mit Ovatio*nen, und nach dem Schlußpfiff begleitete ein tausendstimmiges „Hurra" die Mannschaft in die Kabinen. Im alten Südwestpark-Stadion ist alles noch ein bißchen wie in den guten alten Zeiten. Und irgendwo werden Bilder wach von damals, als der Bundesliga Borussia Mönchengladbach geboren wurde. Nicht nur DFB-Trainer Berti Vogts fühlte sich da in die eigene Vergangenheit zurückversetzt. „Die Spieler, der Trainer, das Umfeld des Klubs und die riesige Begeisterung, das erinnerte mich an unseren Aufstieg 1965."

Wie einst Hennes Weisweiler mit seinen jungen Hüpfern gewachsen ist, ist dies nun bei Trainer Schlappner der Fall. Zwischen dem Fußball-Professor und dem Mann mit dem Spitznamen „Schlappi" sieht nicht nur Berti Vogts erstaunliche Parallelen. Beide sind spezielle Typen ihrer Gegend, unverwechselbar schon durch den Dialekt, mal kauzig, dann ganz offenherzig, mal Erzieher, dann wieder Kumpel, aber ständig auf der fanatischen Suche nach den Schönheiten des Spiels und natürlich nach dem Erfolg.

Auch „Schlappi" beherrscht die psychologische Kunst des Heißmachens, des *Aufputschens aus* dem Effeff. Sein Torjäger Fritz Walter (23) zum Beispiel kann davon ein Lied singen. Er hatte wegen einer Viruserkrankung eine Woche in der Vorbereitungsphase gefehlt. Aber als Schützenkönig der vergangenen Saison (21 Tore) schien der Mann mit dem berühmten Namen trotzdem unersetzbar für den SV Waldhof. Und so fühlte sich dieser wohl auch.

Da lancierte Schlappner am Donnerstag im Profi-Börsenblatt „Kikker" die Meldung, er wolle auf Fritz Walter verzichten. „Von dem Moment an", sagt Schlappner, „hat der *Fritz im Training Gas gegeben."* Ab Freitag teilte er dem Spieler dann mit, „daß Sie zu den 16 gehören, die ins Trainingslager mitfahren". Schlappner hat dann bis kurz vor dem Spiel gewartet, ehe er Fritz Walter in seinen Plan einweihte. Schlappner zu Walter: „Freuen Sie sich jetzt?" Der Mittelstürmer lief rot an. Später gab er zu, er habe nicht mehr an seinen Einsatz geglaubt, er sei deshalb außerordentlich glücklich gewesen. Und aufgeputscht.

Dieser Fritz Walter spielte dann die gesamte Werder-Abwehr schwindelig, war gefährlicher als auf der ande*ren Seite die Nationalspieler* Völler, Reinders und Meier zusammen. Fritz Walter bereitete das 1:0 (7. Minute) durch Alfred Schön (21) vor, das 2:0 (23. Minute) vollstreckte er unhaltbar. „Er ist ein Großer", sagt DFB-Trainer Berti Vogts über diesen unscheinbaren und für einen Torjäger äußerst kurz geratenen Kerl von kaum 1,70 m. „Oft sieht man ihn gar nicht, aber immer, wenn es gefährlich wird, ist er zur Stelle", umreißt Vogts Walters wichtigste Eigenschaft.

Doch als erster aus dem Mannheimer Talentschuppen wird wohl Alfred Schön den Sprung zu einem Top-Star der Bundesliga schaffen. Schlappners Musterschüler war gegen Werder Bremen absoluter Chef auf dem Platz. Sein bescheidener Kommentar: „Ich hätte nie gedacht, daß man mir in der Bundesliga so viel Freiheiten läßt." So brav und zurückhaltend sind sie alle. Auch Fritz Walter will vor dem Gespräch erst mal wissen, „ob der Herr Schlappner das Interview überhaupt genehmigt hat". Erst dann formuliert der junge Mann, den gerade die Bundesliga und die Kurpfalz zum Fußballhelden gekürt hat, seine Ziele: „Erst mal einen Stammplatz bei Waldhof, dann sehen wir weiter."

Mannheim und Ludwigshafen – im Dreiländereck zwischen Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen, hat die Bundesliga keinen weißen Fleck mehr. Bei den jungen Himmelsstürmern „Schlappis" weht ein rauher Wind. Den stolzen Bremern gerbte er als erster das Fell. Ziemlich belämmert sind die Bremer in den Bus gestiegen. Auf Otto Rehhagel wartet viel Arbeit. Er muß wieder Ordnung schaffen in seiner Mannschaft, vor allem in der Abwehr.

Mit 39 Jahren kommt einer in der Bundesliga nicht mehr richtig mit. Das haben Fritz Walter und Alfred Schön schonungslos aufgedeckt. Man muß ja nicht gleich alles so hart sehen wie der Beobachter Georg Gawliczek, früherer Trainer von Hertha BSC: „Ich war entsetzt von Werder, die spielten ja, als wären sie erst mitten in der Vorbereitung." Merke: Nichts ist in der Bundesliga so vergänglich wie der Ruhm von gestern. Was denn auch „Schlappi" erkannt hat: „*Im Augenblick* liegen wir zwei Punkte vor dem Tabellenletzten, mehr nicht."



Symbolisches Bild für den ersten Spieltag: Trainer Schlappner treibt die Mannheimer an, Linz steht drohend über dem Bremer Meier. FOTO: LUBEI

Cramers banale Ausrede: Aller Anfang ist schwer

EDGAR FUCHS, **München**

Was ist nur in Dettmar Cramer gefahren? Hat er nicht früher im Olympiastadion alle verblüfft, wenn er einen Blick auf die Oberfläche seines Innersten gestattete, wo Wissen und Worte in scheinbar unerschöpflichem Vorrat gelagert sind? Da durfte gerätselt werden, zum Beispiel über das von ihm erwähnte Prinzip Coué, denn wer wußte schon gleich, daß es sich dabei um ein Autosuggestionsverfahren („Es wird jeden Tag besser") eines französischen Heilkundigen handelte. Und nun stellt sich dieser gescheite Mensch, der immer Mühe hat, seinen Wissensvorsprung nicht so auszunützen, daß andere einen Minderwertigkeitskomplex erleiden, einfach hin und sagt: „Aller Anfang ist schwer." Und das noch nicht einmal in Latein.

Es ist eine Last mit den einfachen *Wahrheiten. Wer könnte schon wider*sprechen? Aber: Darf man es sich so einfach machen mit der Wahrheit? Geht man mit so banalen Weisheiten nicht selbst direkt in die Binsen?

Es gehe halt noch vieles nicht zusammen, erklärte Cramer nach dem 2:1-Sieg des FC Bayern München über Bayer 04 Leverkusen. Einspielen, das ließe sich nicht herbeireden. Aber das ist ein eher peinliches Geständnis, nachdem vorher doch vieles herbeigeredet wurde, um – wie der bei Geschäftlichem immer in einen seelenlosen Digital-Jargon verfallende Uli Hoeneß es nennt –, das „Produkt Fußball" zu verkaufen. Schneller werde gespielt in Zukunft, ideenreicher, aggressiver, schöner.

Aber, was hat sich mit dem Produkt Fußball? Es existiert doch nur die Normgröße der Verpackung, zweimal 45 Minuten, jeder malt sie in den schönsten Farben an und auf, doch der Inhalt ist weit entfernt vom Markenartikel, weil von nicht vorauszubestimmender Qualität. Und wenn die Wahrheit nicht so ausfällt wie angekündigt und gewünscht, tröstet man sich mit dem Satz, daß aller Anfang eben schwer sei. Was jedoch kein Trost ist für den, der kauft und immer wieder kaufen soll, da ja das Produkt Fußball am Anfang schon so teuer ist wie zum Schluß.

So müssen sich also 32 000 Zuschauer damit zufriedengeben, zwei Mannschaften in der von den Trainern konzedierten Übungsphase zu erleben, *in der die Entschuldigungen* so leicht und die Kombinationen so schwer fallen. Bei den Bayern hatte man sich schon vorher nicht einigen können, wer denn nun eigentlich die Rolle des Aussteigers Paul Breitner übernehmen könnte. Geholt worden war der Däne Lerby, Kapitän Rummenigge traute den Schlüsselpart Wolfgang Grobe zu, schließlich war auch die Rede davon, daß immer der Chef sei, der gerade den Ball habe.

Die Definitions-Verwirrung setzte *sich logischerweise im Stadion fort:* Bayern '83, viele Indianer und kein Häuptling. „Lerby wird der Spieler werden, den wir uns erhofft haben, das war heute zu sehen", sagte Udo Lattek. Dem Mann muß geglaubt werden. Immerhin hat er mit der Umschulung des *Mittelfeld*-Dauerrenners Dürnberger zum Verteidiger schon Geschick bei der Rollenverteilung bewiesen. Dürnberger war zusammen mit Waas der beste aller 25 eingesetzten Spieler. Lerby und Karlheinz Rummenigge paßten sich dem Rest an, der kleine Bruder Michael kämpfte verbissen vor allem darum, im Schatten des Älteren Konturen zu bekommen. „Er wird auch im nächsten Spiel dabeisein", versprach Lattek. Kein schwerer Entschluß, denn der 19jährige hat beim Publikum einen Sympathie-Bonus: Der für ihn eingewechselte Dieter Hoeneß wurde mit Pfiffen begrüßt.

Die Bundesliga muß Bayer 04 Leverkusen dankbar sein, daß es sich so in Unkosten gestürzt hat. Bast, Bum Kun Tscha und der diesmal noch verletzte Patzke, das bedeutet Belebung, auch in der Kasse. Beinahe hätte es in München schon zu einem Punkt gereicht, der durch das Eigentor von Posner (sehr gut als Bewacher von Karlheinz Rummenigge) doch noch verlorenging. „Es wird noch eine Weile dauern, bis wir in München gewinnen", sagte Cramer.

So muß man sich wohl damit zufriedengeben, daß das Mittel des Einspielens, das allen Anfang so schwer macht, den Zweck heiligt, der in der Zukunft liegt.

„Michels raus" – Krisenrat auf der Ehrentribüne

Von ULRICH DOST

Die Türen waren fest geschlossen, die Herren wollten unter sich sein. Und was sie sich zu sagen hatten, worüber sie debattierten und diskutierten, das alles sollte den Raum nicht verlassen. Im Kölner Geißbockheim, wo gewöhnlich kein Glas Kölsch alt wird, rauchten am Samstag die Köpfe. Die Freude auf ein Bier *war dem Vorstand nach der* 2:3-Niederlage zum Saisonauftakt ohnehin genommen. Trainer **Rinus Michels** (55) brachte das Ergebnis auf den Nenner: „Durch diese Sensation hat sich die Situation noch verschärft." Der Mann untertreibt, denn schlimmer kann es für den 1. FC Köln derzeit eigentlich gar nicht mehr kommen."

„Michels raus", schrien die wenigen verbliebenen Fans in der Südkurve, einige formulierten noch härter: „Michels, du A... loch." Direkt nach dem Schlußpfiff hielten Präsident **Peter Weiand** (63), sein Stellvertreter **Karl-Heinz Thielen** (44), Geschäftsführer **Michael Meier** (34) und Manager **Hannes Löhr** (40) auf der Ehrenloge Kriegsrat. Das Gespräch über die *Krise des 1. FC Köln* setzten sie dann bis in die späten Abendstunden im Geißbockheim fort.

Was denn nun geschehen werde, wurde Peter Weiand in einer kurzen Pause gefragt. Er könne und wolle jetzt nichts dazu sagen, war seine Antwort. Weiand: „Ich möchte nicht, daß ich wieder falsch zitiert werde." Der Mann hat offenbar Angst. Oder warum sonst läßt er klare Worte vermissen. Auch Manager Hannes Löhr gab sich zugeknöpft: „Kein Kommentar."

Das ist also der neue 1. FC Köln. In der Vorbereitungsphase warfen sie sich – Torwart **Harald Schumacher** (28) und **Gerd Strack** (27) auf der einen Seite sowie Trainer Michels, *Löhr und Thielen auf der anderen* – die persönlichen Beleidigungen nur so an den Kopf. Präsident Weiand schaffte es nicht, als Regulativ zu wirken. Er wollte wieder alle unter einen Hut bringen. Aber unter diesen *Hut passen nun mal nicht* alle. Nun versuchen sie es mit Ruhe. Manager Hannes Löhr: „Das ist derzeit wohl das vernünftigste. Wir müssen durch diese schwierige Situation durch. Uns helfen keine Wortgeplänkel *mehr, sondern* nur noch Taten."

Worauf warten sie beim 1. FC Köln eigentlich? Auf irgendeine himmlische Eingebung, wie man aus diesem Schlamassel wieder rauskommen kann? Da können sie wahrscheinlich lange warten. Wenn Löhr meint, Taten müßten weiterhelfen, dann müssen die auch vom Vorstand erwartet werden können.

In der letzten Woche war **Pierre Littbarski** (22) vorstellig geworden. In seiner Eigenschaft als neuer Mannschafts-Kapitän forderte er auch Ruhe im Verein. Jedermann habe die Rolladen herunterzulassen, damit die Mannschaft nicht ständig durch Zänkereien in der Presse beunruhigt werde. Littbarski zum Vorstand: „Jetzt muß Feierabend sein." Doch was nutzt das alles, wenn sich nicht alle *daran halten.*

Harald Schumacher, der Dauer-Besserwisser, konnte sich am Samstag wieder nicht eines Kommentars enthalten. Die Probleme würden im Mittelfeld liegen, so der Torwart, und da müsse gefälligst ein neuer Mann hin. Roß und Reiter nannte er auch gleich – seinen Freund **Bernd Schuster** (22) vom FC Barcelona. Leider dürfte es ziemlich teuer werden, würde der 1. FC Köln den Nationalspieler aus seinem bestehenden Vertrag herauskaufen. Doch dies ist ja nicht Schumachers Problem. Er löst eh die Probleme im kühnen Handstreich.

Nur 11 000 Zuschauer wollten den Pokalsieger gegen Bielefeld noch sehen. Spieler wie **Harald Konopka** (31) tun alles, daß es beim nächsten Heimspiel gegen Offenbach noch weniger sind. Als selbst Michels die brotlose Kunst des Mittelfeldspielers nicht mehr mit ansehen konnte, holte er Konopka auf die Reservebank – *vollkommen zu Recht. Die Zuschau*er hatten diese Entscheidung schon lange gefordert. Auf der Bank aber machte Konopka den Zuschauern deutlich, was er von ihnen halte, nämlich herzlich wenig. Mit einer obszönen Geste unterstrich er seine Antipathie.

Konopka ist ein Wiederholungstäter. Nach dem mageren Pokalsieg über Fortuna Köln rutschte ihm dieser Satz heraus: „Nun jubelt mal schön, ihr Schweine." Auf der ersten Mannschaftssitzung der neuen Saison wurde Konopka zur Rede gestellt. Er bestritt, jemals diesen Satz gesagt zu haben. Damit war die Sache erledigt, obgleich es mehrere Zeugen gab, die leicht das Gegenteil behauptet hätten. Und nun wieder Konopka. Zufall oder doch Methode? Was muß im Kopfe dieses Spielers vorgehen, der sich nicht klar darüber zu sein scheint, daß alle seine schönen Bilder von Salvador Dali, die er sich in seinem Wohnzimmer aufhängen kann, von diesen Leuten bezahlt werden, die er immer wieder beleidigt. Der 1. FC. Köln wird den Spieler heute zur Rede stellen und gegebenenfalls bestrafen. Vielleicht bleibt es diesmal nicht nur bei einer Debattierrunde.

Trainer Michels jedenfalls genießt weiterhin das Vertrauen des Vorstandes. Warum auch nicht, denn ihm ist die Auftakt-Niederlage bestimmt nicht anzulasten. Diesmal versagten die Stürmer, denn Chancen gab es genug. Löhr: „Sie haben ja alle gewollt." Aber leider nicht alle gekonnt. Und noch einmal der Manager: „Wenn man einmal die Seuche an den Fingern hat, dann klappt es eben auch nicht. Aber wir werden da durchkommen." Doch die Frage bleibt: Wer will diesen unattraktiven 1. FC Köln überhaupt noch sehen. Auf die Zuschauer kann sich die Mannschaft nicht verlassen. Sie muß sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen. Und das ist schwer *genug.*

Den Schritt von der zweiten in die erste Liga vollzog er ohne große Probleme. **Dieter Schatzschneider** (25) schoß gleich in seinem ersten Punktspiel für den Hamburger SV ein Tor. Er holte noch einen Elfmeter heraus und ließ sich von den Zuschauern in Sprechchören feiern. Schatzschneider hier, Schatzschneider da – und überhaupt Schätzchen überall. Es hat sich nichts geändert. Am Samstag wurde er gleich ins „Aktuelle Sportstudio" eingeladen. Und treuherzig versicherte er, daß er auch gekommen wäre, wenn er ein schlechtes Spiel gemacht hätte. Das hat den Moderator **Harry Valerien** (49) gleich verblüfft, denn solch eine lockere Haltung sind die ZDF-Leute nicht von allen Fußball-Profis gewohnt.

Und wie er da so saß, war er schon ein echter Typ, dieser Schatzschneider. Wahrscheinlich braucht die Liga Leute wie ihn, die frei von der Leber *reden, die den Fußball nicht als etwas* Mystisches sehen, sondern klar und unkompliziert, wie er eben mal ist.

Doch jedermann sollte sich davor hüten, der liebe, brave Dieter hätte sich als solch ein Schätzchen präsentiert, wie er wirklich ist. Da hat er den Trainer **Ernst Happel** (57) über den grünen Klee gelobt. Spieler wie den **Manfred Kaltz** (30) oder den **Felix Magath** (30), so Schatzschneider, vor denen müssen man schon Respekt haben, die könne man nicht so einfach *von links anpflaumen.* Beim HSV hat der Mittelstürmer, der Nachfolger von **Horst Hrubesch** (31) werden soll, auch gleich den richtigen Ton gefunden. Er habe ja noch nie richtig trainiert, ließ er die Mitspieler wissen, sie mögen doch bitte noch etwas Geduld mit ihm haben. Das hört sich gut an, das kommt an. Kaum jemand beherrscht die Phase des Einschmeichelns so gut wie Dieter Schatzschneider. Das hat er auch bei Fortuna Köln am Anfang gut gekonnt, bis ihn alle durchschaut hatten. Doch zu diesem Zeitpunkt hatte Dieter der Clevere sein Feld schon längst abgesteckt, so daß ihm niemand etwas anhaben konnte.

Das hat er schon ziemlich früh gelernt. Er kommt aus einem Viertel in Hannover, wo, wie er sagt, „das Faustrecht herrscht". Einige Freunde von damals aus seiner Straßengang, die sitzen noch heute hinter Gittern. Schatzschneider aber hat den Absprung geschafft. Er sagt: „Wahrscheinlich war ich intelligenter als die anderen. Ich konnte die Folgen abschätzen." Nur seine Initialen D und S, die er sich damals auf den Arm tätowieren ließ, erinnern ihn noch an diese Zeit. Er hat es gelernt, in Lebensabschnitten zu denken. Das was gestern war, interessiert ihn nicht mehr, das belastet ihn auch nicht. Als Harry Valerien so nebenbei den Namen **Martin Luppen** (47) fallen läßt, reagiert Schatzschneider überhaupt nicht. Mit Luppen, seinem Trainer bei Fortuna Köln, war Schatzschneider überhaupt nicht klargekommen. Obwohl Luppen die Qualitäten des Mittelstürmers so einschätzte: „Er hat die Wendigkeit vom Klaus Fischer, die Sprungkraft und Härte von Horst Hrubesch und das Ballgefühl und die Antrittsschnelligkeit von Rudi Völler."

Fußball-Kulisse



Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga



In die Ecke gestellt und allein gelassen: Kölns Trainer Michels beim Aufwärmen seiner Spieler vor der Niederlage gegen Bielefeld. FOTO: PFEIL

2. Liga

Genugtuung für Luppen

DW. **Berlin**

Hertha BSC hat sich in der 2. Liga zurückgemeldet. Es gab einen 7:2-Sieg über den Pokalfinalisten Fortuna Köln. Genugtuung auch für Trainer Martin Luppen, *der die Kölner* nicht gerade in Freundschaft verlassen hatte. Hertha BSC war mit 1:3 Punkten in die Saison gestartet. Luppen: „Das war ein Sieg zur rechten Zeit."

DIE ERGEBNISSE

Duisburg – Wattenscheid	3:0	(2:0)
Osnabrück – Essen	1:0	(0:0)
Hannover – Aachen	0:0	
Hertha – Köln	7:2	(4:1)
Schalke – Lüttringhausen	2:0	(2:0)
Freiburg – Karlsruhe	2:2	(2:1)
Darmstadt – Saarbrücken	1:1	(0:1)
Kassel – Oberhausen	3:2	(2:0)
Solingen – SCC Berlin	1:2	
Ulm – Stuttgart	2:0	

DIE TABELLE

1. Hess. Kassel	3	3	0	0	10:2	6:0
2. Schalke	3	2	1	0	5:0	5:1
3. Karlsruhe	3	1	2	0	7:3	4:2
4. Duisburg	3	1	2	0	3:0	4:2
5. Freiburg	3	1	2	0	5:3	4:2
6. Aachen	3	1	2	0	2:1	4:2
7. Hertha BSC	3	1	1	1	9:5	3:3
8. Darmstadt	3	1	1	1	4:4	3:3
9. Köln	3	1	1	1	7:9	3:3
10. Saarbrücken	3	1	1	1	3:5	3:3
11. Osnabrück	3	1	1	1	1:3	3:3
12. Ulm 46	2	1	0	1	6:4	2:2
13. Solingen	2	0	2	0	3:3	2:2
14. SCC Berlin	2	1	0	1	2:4	2:2
15. Oberhausen	3	1	0	2	5:5	2:4
16. Wattenscheid	3	0	2	1	2:5	2:4
17. Hannover	3	0	2	1	2:6	2:4
18. Stuttgart	2	0	1	1	0:3	1:3
19. Essen	3	0	1	2	3:7	1:5
20. Lüttringh.	3	0	0	3	1:8	0:6

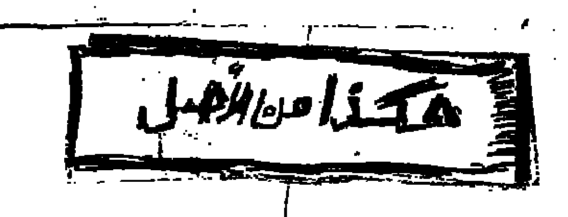
RINGEN

Bundesliga, Gruppe Nord: Bonn-Duisdorf – Goldbach 21,0:16,0, Aldenhoven – Walheim 27,5:11,5, Witten – Schifferstadt 23,5:13,0, Aschaffenburg-Damm – Köllerbach 27,5:12,0.

1. Witten	12	9	0	3	18:6
2. Goldbach	12	9	0	3	18:6
3. Schifferstadt	12	8	1	3	17:7
4. Duisdorf	12	6	1	5	13:11
5. Aldenhoven	12	6	0	6	12:12
6. Köllerbach	12	5	0	7	10:14
7. Aschaffenburg	12	3	0	9	6:18
8. Walheim	12	1	0	11	2:22

Gruppe Süd: Triberg – Hallbergmoos 31:8, Wiesenthal – Aalen 24,0:13,5.

1. Reilingen	10	7	0	3	14:6
2. Wiesenthal	10	7	0	3	14:6
3. Triberg	10	6	0	4	12:8
4. Aalen	10	5	0	5	10:10
5. Urloffen	9	4	1	4	9:9
6. Freiburg	10	4	1	5	9:11
7. Hallbergmoos	11	1	0	10	2:20



LEICHTATHLETIK / Bilanz der Weltmeisterschaft – Wessinghage über 5000 m weit abgeschlagen

Nur die USA und „DDR“ spielten mit den Muskeln
„Wir dürfen für Olympia zuversichtlich sein“

KLAUS BLUME, Helsinki

Die Frage war vorher oft gestellt worden: Braucht die Leichtathletik überhaupt Weltmeisterschaften wie diese?

Jetzt, nach acht Tagen Helsinki, fällt die Antwort leicht, das „Ja“ kommt ohne Einschränkungen. Es war ein Fest. Und dazu noch eins, das die Welt dieser olympischen Kernsportart veränderte, sie zum Teil sogar auf den Kopf stellte. Die Leichtathletik hat jetzt erstmals 41 Weltmeister, darunter viele, die vorher keiner in seiner Kalkulation hatte. Helsinki hat die Welt dieser Sportart noch größer, noch vielfältiger gemacht, hat überraschende Sieger hervorgebracht und potentielle Weltmeister scheitern lassen. Und es hat die neuen Trends der Leichtathletik aufgezeigt oder bestätigt.

Etwa bei den Athleten aus der Bundesrepublik Deutschland. „Die WM hat das großartige Abschneiden bei der EM in Athen im vorigen Jahr bestätigt, wir stehen in der absoluten internationalen Spitze“, sagt Helmut Meyer, der Vorsitzende des Bundesausschusses Leistungssport.

Und Horst Blattgerste, der Sportwart des DLV, zog zum Vergleich die Olympischen Spiele 1976 in Montreal heran, dem letzten großen internationalen Wettkampf nachdem die Spiele von Moskau 1980 nicht das wahre Bild zeichneten. „Auch wenn es sich in Goldmedaillen nicht so ausdrückt, so haben wir sicherlich mehr Leistungsträger als 1976, als allein Annegret Richter siegte. Selbst geplatzte Hoffnungen, wie etwa im 400-m-Lauf oder im Hochsprung täuschen nicht darüber hinweg, daß wir heute über ein höheres Niveau verfügen.“ Und noch einmal Meyer: „Wir dürfen für Olympia zuversichtlich sein.“

Die Männer aus der Bundesrepublik erfüllten die insgesamt hohen Erwartungen. Und daß ausgerechnet Willi Wülbeck über 800 m Weltmeister wurde, darf auch als ein Signal gewertet werden. Erfahrung, das ist es, was zählt bei so großen Festen

Die Frauen schnitten mit zweimal Silber und drei vierten Plätzen besser als erwartet ab. Und das Silber von Brigitte Kraus über 3000 m steht auch für die Erkenntnis, daß sich die Mittel- und Langstreckenläuferinnen auf dem Weg zurück in die Normalität befinden. Daß die Kölnerin die Sowjetrussin Tatjana Kasankina hinter sich ließ, kommentiert sie so: „So etwas ist eben nur unter normalen Umständen möglich.“ Normale Umstände – das heißt, ohne medizinische Hilfestellung sind auch sowjetische und rumänische Läuferinnen wieder zu bezwingbaren Gegnerinnen geworden. Das erstaunliche dabei: Es wird dennoch kaum langsamer gelaufen, der Westen holt dabei enorm auf, wie auch die vierten Plätze von Margit Klinger (800 m) und Gaby Bussmann (400 m) zeigen.

„Ein medizinisches Problem“ (Hammerwerfer Klaus Ploghaus) sind auch die Einbrüche in den Wurfdisziplinen. Zwei sowjetische Diskusweltrekordler (Galina Sawinkowa und Jurij Dumtschew) scheiterten schon in der Qualifikation, die „DDR“-Weltklasse-Speerwerferinnen Antje Kempe und Petra Felke wurden geschlagen und auch die Kugelstoß-Weltrekordler Uwe Beyer und Ilona Slupianek aus der „DDR“ gingen leer aus. Wegen der strengeren Dopingkontrollen konnten die verbotenen Kraftpillen wohl nicht so anschlagen wie in früheren Jahren. Für Ilona Slupianek, schon einmal wegen Anabolika-Einnahme gesperrt, war es die erste Niederlage in einem wichtigen Wettkampf seit acht Jahren.

Das sind die Trends im Detail, die Helsinki deutlich machte, und sie sind fast noch interessanter als die, die sich im Großen vollzogen. Etwa das Debakel der sowjetischen Athleten, die 1980 in Moskau noch 40 der insgesamt 114 Medaillen gewannen und jetzt ausgerechnet in ihren klassischen Disziplinen (Mittelstrecken bei den Frauen, Dreisprung) versagten. Doch es gibt konkrete Gründe, die für den Niedergang innerhalb von nur drei Jahren verantwortlich sind. Der Reinfall von Helsinki ist im Zusammenhang mit einer Säuberungswelle (Sportminister Pawlow mußte gehen, vier Staatstrainer wurden entlassen) und einer fast schon totalen Wettkampf-Abstinenz (kaum internationale Sportfeste besetzt, kein Länderkampf gegen die „DDR“) zu sehen.

Aber auch die Afrikaner gehörten zu den großen Verlierern. Zwei Wochen vor der WM hatte es noch nach einem Siegeszug der Läufer aus Kenia ausgesehen. Doch dann waren die Europäer und Amerikaner dank ihres ausgeklügelten Höhentrainings genauso schnell – und dazu taktisch klüger.

Die Muskeln ließen ein Jahr vor Olympia nur die Amerikaner und die „DDR“ spielen. Die Amerikaner dank eines schier unerschöpflichen Reservoirs an schwarzen Talenten, die „DDR“ dank der Stärke der Frauen.

Aber auch das verstellte nicht den Blick auf die Tatsache, daß es in der Weltspitze nur noch wenige absolute Sieger gibt, etwa Carl Lewis oder Ed Moses. Zwischen Gold und Platz 10 liegen keine Welten mehr. Helsinki war ein Durchbruch hin zu noch größerer Internationalität, und keiner hätte es schöner deutlich machen können als Tiina Lillak. Als sie im letzten Wurf den Speer zum Gold warf, war das Stadion ein blau-weißes Fahnenmeer, und sie standen auf den Sitzen und sangen „Unser Land“, die Nationalhymne, während Tiina weinte.

„Sisu“ heißt das Wort der Finnen für Kräfte und Fähigkeiten, die in ihnen stecken. Die Leichtathletik hat in den acht Tagen auch davon abbekommen.



HELSINKI '83

ERGEBNISSE

Der Medaillenspiegel

	Gold	Silber	Bronze
1. „DDR“	7	6	4
2. USA	6	7	6
3. UdSSR	4	4	9
4. CSSR	3	2	1
5. Deutschland	2	4	1
6. Polen	2	1	1
7. England	1	2	–
8. Finnland	1	1	–
Italien	1	1	–
10. Jamaika	1	–	1
11. Norwegen	1	–	–
Mexiko	1	–	–
13. Holland	–	1	–
Spanien	–	1	–
15. Bulgarien	–	–	2
16. Nigeria	–	–	1
Brasilien	–	–	1
Griechenland	–	–	1
China	–	–	1

3000 m Hindernis

Gold: Ilg (Deutschland) 8:15,06 Min., Silber: Maminski (Polen) 8:17,03, Bronze: Reitz (Großbritannien) 8:17,75, 4. Mahmoud (Frankreich) 8:18,32, 5. Hackney 8:19,38, 6. Fell (beide Großbritannien) 0:20,01.

Zehnkampf

Gold: Thompson (Großbritannien) 8666 Punkte (100 m: 10,60 Sek./Weit: 7,88 m/Kugel: 15,35 m/Hoch: 2,03 m/400 m: 48,12 Sek./110 m Hürden: 14,37 Sek./Diskus: 44,46 m/Stabhoch: 5,10 m/Speer: 65,24 m/1500 m: 4:29,72 Min.), Silber: Hingsen (Deutschland) 8561 (10,95/7,75/15,66/2,00/48,08/14,36/43,30/4,90/67,42/4:21,59), Bronze: Wentz (Deutschland) 8478 (10,94/7,24/15,11/2,00/48,09/14,13/44,98/4,70/75,08/4:28,52), 4. Freimuth („DDR“) 8433, 5. Niklaus (Schweiz) 8212, 6. Newsky (UdSSR) 8201, 7. Voss („DDR“) 8167, 8. Grummt („DDR“) 8149, 9. Kratschmer (Deutschland) 8096 (10,86/7,35/14,99/1,94/48,61/14,29/46,56/4,60/52,24/4:36,43).

100 m Hürden Männer

Gold: Foster (USA) 13,42 Sek., Silber: Bryggare (Finnland) 13,46, Bronze: Gault (USA) 13,48, 4. McKoy (Kanada) 13,56, 5. Munkelt („DDR“) 13,66, 6. Bakos (Ungarn) 13,68.

100 m Hürden Frauen

Gold: Jahn („DDR“) 12,35 Sek. (2,4 m/Sek. Rückenwind), Silber: Knabe („DDR“) 12,42, Bronze: Zagortschewa (Bulgarien) 12,62, 4. Petrowa (UdSSR) 12,67, 5. Strong (Großbritannien) 12,78, 6. Bisserowa (UdSSR) 12,80.

Speerwurf Frauen

Gold: Lillak (Finnland) 70,82 m, Silber: Whitbread (Großbritannien) 69,14, Bronze: Verouli (Griechenland) 65,72, 4. Sanderson (Großbritannien) 64,76, 5. Raduly-Zorgo (Rumänien) 63,86, 6. Laaksalo (Finnland) 62,44.

Hochsprung Männer

Gold: Awdejenko (UdSSR) 2,32 m, Silber: Peacock (USA) 2,32, Bronze: Zhu (China) 2,29, 4. Mögenburg (Deutschland) und Pachlin (UdSSR) je 2,29, 6. Stones (USA) 2,29, 7. Thränhardt (Deutschland) 2,26, 8. Sereda (UdSSR) 2,26, ... 16. Frommeyer (Deutschland) 2,19.

200 m Frauen

Gold: Koch („DDR“) 22,13 Sek., Silber: Ottey (Jamaika) 22,19, Bronze: Cook (Großbritannien) 22,37, 4. Griffith (USA) 22,46, 5. Jackson (Jamaika) 22,63, 6. Nuneva (Bulgarien) 22,68.

200 m Männer

Gold: Smith 20,14 Sek., Silber: Quow (beide USA) 20,41, Bronze: Mennea (Italien) 20,51, 4. Wells (Großbritannien) 20,52, 5. Emmelmann („DDR“) 20,55, 6. Egbunike (Nigeria) 20,63.

Weitsprung Frauen

Gold: Daute („DDR“) 7,27 m, Silber: Cusmir (Rumänien) 7,15, Bronze: Lewis (USA) 7,04, 4. Proskurjakowa (UdSSR) 7,02, 5. Kinch (Großbritannien) 6,93, 6. Vaniek (Polen) 6,81.

1500 m Frauen

Gold: Decker (USA) 4:00,90 Min., Silber: Saizewa 4:01,19, Bronze: Podkopajewa 4:02,25, 4. Agletdinowa (alle UdSSR) 4:02,67, 5. Sly (Großbritannien) 4:04,14, 6. Melinte (Rumänien) 4:04,42.

1500 m Männer

Gold: Cram (Großbritannien) 3:41,59 Min., Silber: Scott (USA) 3:41,87, Bronze: Aouita (Marokko) 3:42,02, 4. Ovett (Großbritannien) 3:42,34, 5. Abascal (Spanien) 3:42,47, 6. Deleze (Schweiz) 3:43,69, ... 11. Becker (Deutschland) 3:45,09.

Stabhochsprung

Gold: Bubka 5,70 m, Silber: Wolkow (beide UdSSR) 5,60, Bronze: Tarev (Bulgarien) 5,60, 4. Slusarski (Polen) 5,55, 5. Hintnaus (USA) 5,50, 6. Abada (Frankreich) 5,50, ... 15. Lohre 5,25, 16. Winkler (beide Deutschland) 5,25.

Marathon Männer

Gold: de Castella (Australien) 2:10:03 Std., Silber: Balcha (Äthiopien) 2:10:27, Bronze: Cierpinsky („DDR“) 2:10:37, 4. Stahl (Schweden) 2:10:38, 5. Masong (Tansania) 2:10,49, 6. Parmentier (Belgien) 2:10:57.

Während des Wettkampfes kein Blick für die Gegner: Daley Thompson schreitet lächelnd an den drei verkniffenen Deutschen Kratschmer, Wentz und Hingsen vorbei (Bericht nächste Seite). FOTO: AP

Europameister konnte nicht mithalten

DW. Helsinki

Die letzte Hoffnung des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV) auf eine Medaille in einem Einzelrennen wurde nicht erfüllt. Europameister Thomas Wessinghage kam im Finale über 5000 Meter nicht über einen enttäuschenden sechsten Platz hinaus. In der entscheidenden Phase des Rennens setzten sich vier Runden vor dem Ende gleich mehrere Läufer ab, Thomas Wessinghage aber konnte nicht mehr folgen. Der Ire Bamon Coghlan gewann in einem überlegenen Spurt die erste Goldemedaille für sein Land. Werner Schildhauer („DDR“) erkämpfte sich die Silbermedaille vor dem Finnen Martti Vainio, der ins Ziel gestürzt war.

Mit Calvin Smith und Mary Decker gewannen am Schlußtag zwei amerikanische Athleten zum zweiten Mal einen Titel. Der 22 Jahre alte 100-m-Weltrekordmann Calvin Smith war in 20,74 Sekunden im 200-m-Finale nicht zu schlagen. Smith erwischte den besten Start und kam auch als erster in die Zielgerade, bei einem Rückenwind von 1,1 m pro Sekunde war er bis ins Ziel ungefährdet. Sein Landsmann Elliott Quow belegte noch vor dem Italiener Pietro Mennea, der zu den Favoriten zählte, die Silbermedaille.

Die 25 Jahre alte Mary Decker dagegen machte es bei ihrem Sieg über 1500 m sehr spannend. Bis wenige Meter vor dem Ziel sah Samira Saizewa (UdSSR) noch wie die sichere Siegerin aus, doch Mary Decker konnte sie noch ganz knapp abfangen. Der Läuferin aus der UdSSR nutzte da auch ihr verzweifelter Sturz über die Ziellinie nichts mehr. Ihre Landsmännin Jekaterina Podkopajewa gewann die Bronzemedaille.

Der Weitsprung der Frauen wurde zu einem erstklassigen Wettbewerb. Die 18 Jahre alte Heike Daute aus der „DDR“ gewann den Titel mit hervorragenden 7,27 m. Die rumänische Weltrekordhalterin Anisoara Cusmir sprang 7,15 m weit und gewann vor der Amerikanerin Carol Lewis (7,04) die Silbermedaille. Mit der Sowjetrussin Tatjana Proskurjakowa (7,02) kam eine weitere Springerin über die 7-m-Grenze.

Im 200-m-Lauf der Frauen gab es mit einem Sieg von Marita Koch aus der „DDR“ vor Ottey (Jamaika) und Cook (Großbritannien) den erwarteten Einlauf. Marita Koch kam mit 22,13 Sekunden nicht in die Nähe ihres Weltrekordes.

Jetzt hat Ilg Zeit für die Hochzeit

DW. Helsinki

Er ist wieder auf die Knie gesunken, hat die Arme in den Himmel gereckt. So reagiert Patriz Ilg (25) auf Gold, unmittelbar hinter der Ziellinie des 3000-m-Hindernislaufs. Was er denn in diesem Moment empfunden habe, wird Ilg später gefragt. Da läuft der andere Weltmeister im deutschen Team, Willi Wülbeck, vorbei und antwortet: „Nichts, rein gar nichts.“ Ilg bleibt nur die Bestätigung: „Es ging kreuz und quer im Kopf. Wirres Zeug. Erst in zwei, drei Tagen kann man mit der vernünftigen Verarbeitung beginnen.“

Dabei ist der Mann sonst mit Worten nicht zimperlich. Patriz Ilg ist ein Schwabe, wie er im Buche steht; grundsolide, fleißig, zielstrebig, bauernschlau, derb und deftig. Beim verbalen Finish wird „der Gegner umgemacht“, wird im Spurt „tierisch einer rausgezogen“. Ja, und dann läßt der Lehrer für Kunst und Werken an der Hauptschule in Bopfingen auf der schwäbischen Alb auch schon mal „die Sau raus“. Etwa bei den Siegesfeiern in der 5000 Einwohner zählenden Heimatgemeinde Hüttlingen. Ilg: „Da läuft schon wieder alles heiß, das gibt ein Volksfest.“

Sie feiern dann einen der Ihren. Einen, der Sätze wie diesen nicht nur sagt, sondern auch so meint: „Ich laufe nicht für Dollar, sondern um meinen alten Jugendtraum zu erfüllen, bei Olympia dabeizusein. Eine Medaille in Los Angeles wäre das Größte. Silber und 50 000 Dollar als Zugabe wären dabei für mich viel weniger wert als Gold ohne einen Pfennig Geld dazu.“

Nicht, daß er jetzt ein Weltmeister wäre, der bei den kommenden Meetings zum Nulltarif antritt. „Bisher habe ich die Veranstalter nicht gefragt, was sie mir geben. Aber es passiert mir vielleicht einmal, daß mir ein Organisator nicht das gibt, was mir zusteht. Ein zweites Mal sieht er mich dann nicht wieder.“

Der Mann ist konsequent. Auch was den Wunsch von Braut Uschi („Wir sind seit fünf Jahren verlobt, bald länger, als ich nachher noch verheiratet sein kann“) bezüglich der Hochzeit betrifft. Sie soll jetzt am 17. September stattfinden. Patriz Ilg: „Uschi hat mir diesen Termin gegeben. Ich sagte ihr: Nimm du alles in die Hand, ich hab, eh keine Zeit. Aber ich verspreche dir, daß ich am Tag vor der kirchlichen Trauung um 13.30 Uhr pünktlich auf dem Standesamt bin.“

Und das Argument, mit dem er seine Uschi letztlich überzeugte, daß sie allein die Vorbereitungen zu erledigen habe, hörte sich so an: „Die Weltmeisterschaft findet alle vier Jahre statt, heiraten kann ich jedes Jahr.“

Jetzt also ist er Weltmeister, und die neuen Ziele sind auch schon definiert. Beim Sportfest in Koblenz will er den deutschen Rekord von Michael Karst (8:14,05 min) aus dem Jahr 1977 verbessern, vier Tage später im italienischen Rieti seine persönliche Bestzeit über 5000 m (13:24,4 min). Und alles ist bereits ausgerichtet auf die Spiele in Los Angeles im nächsten Jahr. Ilg: „Wenn ich mit dieser Bombenform ins Wintertraining gehe, müßte ich mich 1984 schon noch weiter steigern können.“

Eine Ansicht, die Mannschaftsarzt Professor Joseph Keul stützt: „Patriz weiß genau, was er macht. Er ist zielstrebig und noch lange nicht an seinem Höhepunkt angelangt. Bei intensiverem Intervall-Training ist noch viel mehr drin.“ Wieviel bei Ilg drin ist, ermittelte Keul schon vor der WM bei zwei sportärztlichen Untersuchungen. Ilg erzielte phantastische Werte und holte sich daraus auch das nötige Selbstvertrauen: „Da habe ich an den Sieg in Helsinki geglaubt, denn ich wußte, daß die anderen das nicht drauf haben können.“

Er habe alle Gegner vor der WM gesehen und festgestellt, daß sie nur sehr schwer eine Zeit unter 8:20 Minuten laufen könnten. Er selbst aber habe sich so stark gefühlt, sogar deutschen Rekord laufen zu können. Warum er es nicht getan habe, sei einfach zu erklären: „Für mich zählt in erster Linie der Sieg, erst dann irgendein Rekord.“

LEICHTATHLETIK / Enttäuschungen im Hochsprung und um die deutschen Zehnkämpfer



HELSINKI '83

Unbekannter Russe vorn

DW. Helsinki

Ähnlich überraschend wie am Vortage der Hochsprung-Sieg mit 2,32 m durch Gennadi Awdejenko war gestern der Erfolg im Stabhochsprung durch den Sowjetrussen Bubka. Der 19 Jahre alte Ukrainer, der mit einer Bestleistung von 5,65 m nach Helsinki angereist war, übersprang als einziger 5,70 m und wurde damit Weltmeister. Erst die neue Weltrekordhöhe von 5,82 m war für ihn zu hoch. Der am 4. Dezember 1963 in Donezk geborene Sergej Bubka war 1979 Junioren-Meister in der Sowjetunion. Zur Zeit studiert er in Kiew im ersten Semester Sport.

Der Überraschungssieg für Sergej Bubka stand fest, als sein *Landsmann Konstantin Wolkow an* 5,75 m gescheitert war. Der aus Irkutsk stammende Wolkow sicherte sich aber die Silbermedaille mit 5,60 m vor dem gleich hoch springenden Atanas Tarev aus Bulgarien. Die Athleten aus der Bundesrepublik enttäuschten: Mit jeweils 5,25 m belegten Günther Lohre aus Kornwestheim und DLV-Rekordler Jürgen Winkler aus Bonn den 15. und 16. Platz. Winkler scheiterte an 5,40 m, Lohre ließ diese Höhe aus und war bei 5,50 m chancenlos.

Der 26jährige Roberto de Castella gewann mit seinem Sieg im Marathonlauf in 2:10:02,14 Stunden die erste Goldmedaille für Australien. Fünf Kilometer vor dem Ziel der 42,159-km-Distanz setzte sich der favorisierte Roberto de Castella von seinem Verfolger Kebede Balcha (Äthiopien) ab.

Carlo Thränhardt: „Wir haben eben versagt"

KLAUS BLUME, Helsinki

„Wer war das denn?" fragte Europameister Mögenburg erstaunt. „Den hatte niemand auf seiner Rechnung", stellte Carlo Thränhardt verblüfft fest. Gemeint hatten die beiden einen 19 Jahre alten Hochspringer aus Odessa, den Sowjetrussen Gennadi Awdejenko. Der junge Mann aus der Ukraine war völlig überraschend Weltmeister geworden. 2,32 m hatte er gleich im ersten Versuch überquert und Carlo Thränhardt, dem bisher 13 Sprünge über die Höhe von 2,30 m und mehr gelungen waren, schüttelte fassungslos den Kopf: „Noch nie war es so leicht, einen solchen Wettbewerb zu gewinnen, aber wir waren zu dämlich dafür."

Thränhardt (2,26 m) war lediglich Siebenter geworden, Mögenburg hatte den vierten Platz (2,29 m) erreicht. Damit gehörten sie ebenso zu den Bezwungenen wie der chinesische Weltrekordler Zhu Jianhua (Dritter mit 2,29 m), der amerikanische Weltcup-Sieger Tyke Peacock (Zweiter mit 2,32 m) und der belgische 2,34-m-Springer Eddy Annys (14. mit 2,19 m).

Die Hochsprung-Trainer aus aller Welt stöberten aufgeregt in ihren Aufzeichnungen und Statistiken: Gennadi Awdejenko? Viel förderten sie nicht zutage: 2,02 m groß ist der Mechaniker aus Odessa und 84 kg schwer. Noch vor zwei Jahren mochte er sich nicht entscheiden, ob er Dreisprung (immerhin brachte er schon 15,57 m) oder Hochsprung (damals 2,06 m) betreiben sollte. 2,28 m soll der erste Hochsprung-Weltmeister der *Leichtathletik-Geschichte* im Januar in der Halle in Leningrad gesprungen haben, danach in Minsk im Freien noch einmal 2,26 m.

Fünfter bei der Hallen-Europameisterschaft 1983 in Budapest war Awdejenko geworden und niemand hatte damals Notiz von ihm genommen. „Schließlich", so sein Trainer Boris Michailowitsch Robulez, „hat Gennadi auch die gesamte sowjetische Spitzenklasse geschlagen". Doch auch das besagt für den internationalen Aufstieg nicht viel. Warum man den jungen Mann dennoch mit nach Helsinki genommen habe? „Damit er gewinnt", sagt ein sowjetischer Funktionär.

Mögenburg, dem der Ruf voraus ging, in wichtigen internationalen Titelkämpfen stets die Nerven behalten zu können, hatte angesichts eines Unbekannten, nicht berechenbaren Konkurrenten die Nerven verloren. „Mein Gott", sagt er, „dabei fühlte ich mich so gut in Form. Noch am Dienstag habe ich im Training mit nur vier Schritten Anlauf 2,27 m gesprungen."

Carlo Thränhardt dazu: „Ach was, im Grunde könnte man sagen: Wir *haben eben versagt*." Bundestrainer Dragan Tancic suchte nach Erklärungen. Der Boden sei für Springer mit allzu schnellem Anlauf zu weich gewesen. Was sicher stimmt, aber eben auch für die Konkurrenz, die höher sprang.

Thränhardt klagte auch dann darüber, daß er die Höhe von 2,32 m meistern sollte, als der Jubel über den Sieg der finnischen Speerwerferin Tiina Lillak das ausverkaufte Stadion geradezu in ein Tollhaus verwandelt hatte. Aber auch das gehört fast aller Orte zum Hochsprung-Gesetz. So will es Thränhardt denn auch nicht als Entschuldigung verstanden wissen. „Aber vielleicht ist das eine Erklärung", sagt er.

Vielleicht. Doch viel eher scheint die Niederlage verursacht haben, was Mögenburg vermutet: „Wir haben uns zuvor selber verrückt gemacht." Da habe man gerätselt, wie hoch denn der chinesische Weltrekordler Zhu (2,37 m) auch in einem großen Wettkampf springen könne und ob es denn notwendig werde, sogar eine *neue Weltrekordhöhe zu meistern*, um die Goldmedaille zu gewinnen.

Keiner der beiden fühlte sich bis aufs äußerste im Finale gefordert. Mögenburg, der bereits 14mal über eine Höhe von 2,30 m und mehr gesprungen ist, sah in seiner Niederlage schließlich auch etwas Gutes: „Es wäre schlimm, wenn man ständig gewinnen würde. Dann käme man sich vor wie ein Computer." Thränhardt: „Am meisten ärgert mich, daß ich mich so intensiv vorbereitet habe, daß ich nur für den Hochsprung gelebt und nun so klar verloren habe. Das ist etwas, was ich nicht begreifen kann."

Hingsen zu Thompson: „Ich bin kein Rotzjunge"

KLAUS BLUME, Helsinki

Beim Diskuswerfen war er höhnisch grinsend wie ein Tanzbär um seinen stärksten Gegner herumgehüpft. Als Jürgen Hingsen beim zweiten Versuch des Stabhochsprunges 4,90 m gerissen hatte, äffte Daley Thompson die Gesten und Mimik des Uerdingers beim Anlauf nach. Als der Mann aus Soho nach dem Titelgewinn im Zehnkampf von seiner Ehrenrunde zurückkehrte, wollte ihm Jürgen Hingsen, der Zweite, gratulieren. Doch die ausgestreckte Hand zur Versöhnung berührte Thompson nur mit einem leichten Klaps.

Hingsen war verärgert. Allzu gern wäre er nach der zweitägigen Strapaze gemeinsam mit Daley Thompson auf die Ehrenrunde gegangen, doch der Brite, Sohn eines Nigerianers und einer Schottin, war ihm einfach davongelaufen. Hingsen trabte quer durch die Kurve hinterher, um dann aber schnell festzustellen: Thompson wollte ihn nicht an seiner Seite haben.

Vor der Siegerehrung, im Ruheraum, dort, wo Thompson, Hingsen und Wentz unter sich waren, fauchte *der Uerdinger seinen Bezwinger an*: „So etwas wie in den letzten zwei Tagen machst du nie wieder mit mir. Ich bin schließlich kein dummer Rotzjunge, ich bin immer noch der Weltrekordhalter, merk dir das. Paß nur auf: Wenn du mal eine verpaßt kriegst, wirst du sehen, wie man sich dabei fühlt."

Daley Thompson, der Mann, der mit 8666 Punkten vor Hingsen (8561) und dem Mainzer Siegfried Wentz (8478) gewonnen hatte, nahm den Zornesausbruch des Deutschen gelassen auf, lächelnd und ohne ein Wort der Gegenrede. Bei der Siegerehrung vor 52 000 Zuschauern im alten Olympiastadion von Helsinki gaben sich dann die beiden demonstrativ die Hand und sprachen auch miteinander. War es der Tribut an die Öffentlichkeit oder doch schon der Beginn einer Versöhnung?

Der holländische Zehnkämpfer Robert de Wit, er war Zwölfter geworden, erzählt: „Daley hätte sich während des Wettkampfes gern anders verhalten. Doch die drei Deutschen Hingsen, Wentz und Kratschmer bildeten eine hermetisch abgeschlossene Truppe. Wenn es darum ging, daß man sich untereinander mal einen Joghurt oder ein Glas Mineralwasser schenkte, hielten sich die Deutschen zurück. So hat sich Daley lieber mit den Jungens aus der DDR und mit *dem Schweizer Stephan* Niklaus unterhalten."

Beim Diskuswerfen, der zweiten Disziplin am zweiten Tag, gab Thompson dem Vierten von Helsinki, Uwe Freimuth aus Potsdam, Tips, wie er die unterschiedlichen Windströmungen im Stadion für einen besonders guten Wurf ausnutzen könne: Freimuth schleuderte die Scheibe gleich im ersten Versuch 48,64 m weit, *dreieinhalb Meter weiter* als sein Kontrahent um die Bronzemedaille, der Mainzer Siegfried Wentz. Thompson gratulierte dem Potsdamer.

Wer hatte nun wen provoziert? Wer hatte auf wen lediglich reagiert? Thompson auf Hingsen oder Hingsen auf Thompson? Fest steht: Der Druck für die beiden deutschen Zehnkämpfer Jürgen Hingsen und Siegfried Wentz war ungeheuer groß, freilich von beiden selbst verursacht. Gewinnen wollte jeder von ihnen in Helsinki, und davon sprachen sie zuvor stets. Vor allem Hingsen wollte die Revanche für die Niederlage bei den Europameisterschaften in Athen. Einen Geldgeber, der ihm die Hochzeitsfeier im September mit seiner amerikanischen Verlobten Jeannie Purcell für 50 000 Mark ausrichten kann, suche er, denn das sei wohl der standesgemäße Rahmen für einen (damals künftigen) Zehnkampf-Weltmeister. Das hatte Hingsen in den Tagen vor Helsinki einer Boulevard-Zeitung anvertraut.

Das große Duell zwischen Thompson und Hingsen – es fand nicht statt. Der Weltrekordler hatte am ersten Tag beim Hochsprung (2,00 statt geplanten 2,12 m) und beim Diskuswerfen (lediglich 43,30 m) versagt. Thompson hingegen, Europa- und Weltmeister, absolvierte einen Zehnkampf, der ihm bei Sonnenschein wahrscheinlich sogar einen neuen Weltrekord gebracht hätte.

FORMEL 1 / Vierter Renault-Sieg

Alain Prost fährt der Konkurrenz davon

DW. Zeltweg

Alain Prost hat die Herausforderung der 620 PS starken Ferrari Turbos angenommen. Beim Großen Preis von Österreich, dem 11. Lauf zur Formel-1-Weltmeisterschaft, konterte der Franzose mit seinem Renault-Turbo die Angriffe der Italiener und gewann das Rennen schließlich vor René Arnoux (Ferrari) und dem Ex-Weltmeister Nelson Piquet. Mit diesem Sieg baute Prost seine Führung in der WM-Wertung auf 51 Punkte aus, Zweiter ist Piquet mit 37.

Dabei hattes es nach dem Training noch so ausgesehen, als sei der Vormarsch der roten Ferrari-Renner kaum zu stoppen. Nach Silverstone und Hockenheim standen auch in Zeltweg die beiden Ferraris in der ersten Startreihe. Doch im Rennen bewies Prost einmal mehr, warum er in dieser Saison (vier Siege) nun schon fast unangefochtener Titelfavorit ist.

Der Waiblinger Manfred Winkelhock erreichte wieder einmal nicht das Ziel. In der 35. Runde steuerte er seinen ATS-BMW-Turbo mit nachlassender *Motorleistung an die Boxen* und gab auf.

Winkelhock hatte am Samstag schon Pech gehabt. In der letzten Runde des Abschlußtrainings explodierte in seinem ATS, offenbar infolge erhöhten Ladedrucks, der Turbolader des BMW-Motors. Der Wagen geriet in Brand, Winkelhock fuhr auf den Seitenstreifen, konnte sich dort – wie vor einer Woche Nelson Piquet in Hockenheim – gerade noch rechtzeitig in Sicherheit bringen.

Der sichtlich geschockte Schwabe hinterher in der Box: „Mir ist im Rücken ganz schön heiß geworden. Ich habe allerdings keine unmittelbare Gefahr für mich gesehen. Es war wohl auch nicht notwendig, das gesamte Auto mit einer so großen Menge Schaum zu löschen." Für die ATS-Mechaniker schließlich der Grund, Sonderschichten einzulegen, um wieder ein wettbewerbsfähiges Auto zusammenzuschrauben, mit dem Winkelhock dann von Platz 13 aus ins Rennen ging.

Winkelhock wird möglicherweise im nächsten Jahr für das englische Toleman-Team fahren, das gerne den BMW-Motor hätte. Möglicherweise *wird aber auch BMW den direkten* Einstieg in die Formel 1 riskieren.

FUSSBALL

Franchi verunglückt

sid/dpa, Rom/Siena

Artemio Franchi, der Präsident der Europäischen Fußball-Union (UEFA) und Vize-Präsident des Internationalen Fußball-Verbandes (FIFA), ist im Alter von 63 Jahren tödlich verunglückt. 80 Tage nach seiner letzten Amtshandlung, als er dem Hamburger Kapitän Horst Hrubesch am 25. Mai in Athen den Europapokal der Landesmeister überreicht hatte, geriet der Italiener in der Nähe seiner Geburtsstadt Siena auf regennasser Fahrbahn mit seinem Wagen ins Schleudern und prallte gegen einen entgegenkommenden Lastwagen.

Der Jurist und Erdölhändler, der seit 1973 Präsident der UEFA war, galt als aussichtsreichster Kandidat für die Nachfolge des FIFA-Präsidenten Joao Havelange (Brasilien). Durch Franchis Tod dürften auch die Chancen Italiens, die Weltmeisterschafts-Endrunde 1990 auszurichten, erheblich gesunken sein.

Zum Kreis der möglichen Nachfolger, der auf einem außerordentlichen Kongreß gewählt wird, gehört auch Hermann Neuberger, der Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB).

GALOPP / Opalin gewann Horster Kriterium

Jentzsch hat die besten Zweijährigen im Stall

HARALD SIEMEN, Gelsenkirchen

Zum Auftakt des großen August-Meetings auf der Galopprennbahn von Gelsenkirchen-Horst stand am Samstag das Horster Criterium (20 000 Mark, 1400 m) für zweijährige Stuten auf dem Programm. Erwartungsgemäß endete das Rennen mit dem Sieg der 20:10-Favoritin Opalin. Jockey Georg Bocskai (23) mußte aber seine ganze Reitkunst ausspielen, um die hart attackierende Lerma (Steven Eccles) mit einer dreiviertel Länge Vorsprung auf Rang zwei zu verweisen. Klare sieben Längen zurück belegte Arionette mit Andreas Tylicki den dritten Platz.

Das Ergebnis dieses Rennens bestätigte eindrucksvoll die derzeit überragende Stellung von Championtrainer Heinz Jentzsch bei den jüngsten Pferden im Rennstall. Denn sowohl die Siegerin Opalin als auch die drittplazierte Arionette werden im Asterblüte-Stall von Jentzsch vorbereitet. Der Kölner Trainer beherrscht momentan mit seinen Zweijährigen die Szene. Während zum Beispiel Jentzschs Konkurrent Sven *von Mitzlaff immer noch auf seinen* ersten zweijährigen Sieger wartet, haben beim Championtrainer schon dreizehn junge Pferde zumindest ein Rennen gewonnen. Neben Opalin gewannen auch La Colorada (Oppenheim-Rennen) und Lagunas (Hamburger-Criterium) schon richtige Renntitel.

Besitzer von *Palin* ist das Gestüt Bona aus Erftstadt-Lechenich, das von der Kölner Familie Harzheim betrieben wird. Trotz eines Bestandes von nur zwölf Zuchtstuten werden hier regelmäßig Klassepferde gezüchtet, es sei nur an Derby-Sieger Zauderer und den überragenden Hengst Esclavo erinnert. Auch Opalin kann sich auf noble Verwandtschaft berufen: Ihre jüngeren Schwe*stern Operette (Preis der Winterkönigin* 1981) und Opium (Schwarzgold-Rennen 1982) besaßen ebenfalls hohes Rennvermögen. Opalins Vater ist Lord Udo. Der Hengst des Gestüts Röttgen war 1974 im Derby nur nach Zielfoto von Marduk geschlagen, er rückt jetzt immer mehr auch als Deckhengst in den Vordergrund. Neben Opalin macht derzeit vor allem der dreijährige Hengst Solo (Derby-Vierter) auf die Vererbungskraft von Lord Udo aufmerksam.

ZAHLEN

FUSSBALL

„DDR"-Oberliga, 1. Spieltag: Erfurt – Rostock 1:1, Dynamo Berlin – Aue 0:0, Riesa – Leipzig 1:1, Frankfurt – Halle 3:1, Leipzig – Dresden 1:1, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) – Union Berlin 4:0, Jena – Magdeburg 2:3.

HANDBALL

Freundschaftsspiel: Haltern-Sythen – Großwallstadt 28:18.

HOCKEY

Länderspiele, Herren: Deutschland – UdSSR in Frankenthal 2:1, Deutschland – UdSSR in *Limburg* 3:2.

TENNIS

Bundesliga, 1. Spieltag, Gruppe 1: Essen – Stuttgart 7:2, Leverkusen – Karlsruhe 2:7, Hamburg – Neuss 2:7. – Gruppe 2: Großhesselohe – RW Berlin 2:7, Weiden – Mannheim 5:4, Amberg – München 5:4.

Internationale Meisterschaften von Kanada in Montreal, Herren-Einzel, Viertelfinale: McEnroe – Teacher (beide USA) 7:6, 6:2, Lendl (CSSR) – Kriek (USA) 6:2, 6:1, Connors (USA) – Curren (Südafrika) 6:3, 7:5, Jaerryd (Schweden) – Fleming (USA) 6:2, 6:3.

Grand-Prix-Turnier in Manhattan Beach, Damen-Einzel, Viertelfinale: Navratilova – White (beide USA) 6:0, 6:2, Evert-Lloyd (USA) – Durie (England) 7:5, 6:2, Shriver – Moulton (beide USA) 6:3, 7:6, Latham – Burgin (beide USA) 6:3, 4:6, 6:2.

SCHACH

Internationale Deutsche Meisterschaft in Hannover, 6. Runde: Balaschow (UdSSR) – Hartmann (Bamberg) 1:0, Kavalek (USA) – Bouaziz (Tunesien) 0,5:0,5, Pfleger (München) – Georgadse (UdSSR) 0,5:0,5, Sosonko (Holland) – Jingxuan (China) 0,5:0,5, Che De (China) – Ostermeyer (Porz) 1:0, Karpow (UdSSR) – Lobron (Wiesbaden) 1:0, Torre (Philippinen) – Bastian (Saarbrücken) 0,5:0,5, Glienke (Duisburg) – Quinteros (Argentinien) 1:0. – 7. Runde: Quinteros (Argentinien) – Balaschow (UdSSR) 0,5:0,5, Bastian (Saarbrücken) – Glienke (Duisburg) 0:1, Karpow (UdSSR) – Torre (Philippinen) 1:0, Ostermeyer (Porz) – Lobron (Wiesbaden) 1:0, Jingxuan (China) – Chen De (China) 0,5:0,5, Georgadse (*UdSSR*) – *Sosonko (Holland)* 0,5:0,5, Bouaziz (Tunesien) – Pfleger (München) 0:1, Hartmann (Bamberg) – Kavlek (USA) 0,5:0,5. – Gesamtstand nach der siebten Runde: 1. Georgadse 5,5 Punkte, 2. Karpow 5,0, 3. Balaschow 4,5, 4. Glienke und Jingxuan je 4,0, 6. *Torre, Chen De und Ostermeyer* je 3,5.

MOTORSPORT

Deutsche Meisterschaft in Hockenheim, Klasse bis 80 ccm: 1. Waibel (Schorndorf) Seel 26:08,0 Min., 2. Singer (Ditzingen) Kreidler 27:14,4, 3. Rapczinski (Ludwigsburg) Kreidler 27:14,6. – DM-Stand nach fünf von sechs Läufen: 1. G. Waibel 62 Punkte, 2. Klein (Leinfelden) Kreidler 49, 3. Bay (Waldgassen) Maico, Singer 27. – Klasse bis 125 ccm: 1. G. Waibel MBA 26:04,3, 2. A. Waibel (Winterbach) MBA 26:11,0, 3. Hupperich (Essen) MBA 26:11,1. – DM-Stand: 1. G. Waibel 67 Punkte, 2. A. Waibel 59, 3. Lichtenberg (Waldkraiburg) MBA, Hupperich je 40. – Klasse bis 250 ccm: 1. Roth (Amtzell) Yamaha 24:19,9, 2. Eckl (Vohenstrauß) Yamaha 24:20,1, 3. Wimmer (München) Yamaha. – DM-Stand: 1. Wimmer 59 *Punkte, 2. Herweh (Lampertheim) Ro*tax 55, 3. Roth 51. – Klasse bis 350 ccm: 1. Schmidt (Lebach) Yamaha 24:07,9, 2. Förtsch (Neuss) Yamaha 24:08,8, 3. Hodler (Friedrichshafen) Yamaha 24:37,0. – DM-Stand: 1. Schmidt 66, 2. Förtsch 62, 3. Herweh 57. – Klasse bis 500 ccm: 1. Reiner (Bietigheim) Suzuki 24:04,4, 2. Hoffmann (Neuhofen) Suzuki 24:11,2, 3. Klein (Vaihingen) Suzuki 24:14,3. – DM-Stand: 1. Reiner 70, 2. Gschwender (München) Suzuki 60, 3. Klein 47. – Seitenwagen: 1. Schwärzel/Huber (Meissenheim) Seymaz 23:08,1, 2. Kumano/Takashima (Oberhausen) 23:21,1, 3. Huber/Möckel (Renchen) Yamaha 23:47,1. – DM-Stand: 1. Schwärzel 90, 2. Kumano 68, 3. Huber 34.

RINGEN

Junioren-Weltmeisterschaften in Anaheim/Kalifornien: bis 48 kg: 1. Cerwotschuk (UdSSR), 2. Heugabel (Deutschland), 3. Dobrev (Bulgarien) – bis 52 kg: 1. Jaccarow (UdSSR), 2. Kim (Südkorea), 3. Dobrev (Bulgarien) – bis 57 kg: 1. Schwendtner (CSSR), 2. Pavlov (Bulgarien), 3. Kim (Südkorea) – bis 62 kg: 1. Chang (Südkorea), 2. Copa (Rumänien), 3. Savva (UdSSR), 6. Heimdach (Deutschland) – bis 68 kg: 1. Mustafov (Bulgarien), 2. Heffernan (USA), 3. Tscherba (UdSSR), 4. Stark (Deutschland) – bis 74 kg: 1. Dschugutow (UdSSR), 2. Jäger (Ungarn), 3. Mustafov (Bulgarien) ... 5. Mittermüller (Deutschland) – bis 82 kg: 1. Chiru (Rumänien), 2. Lohyna (CSSR), 3. Bisultanow (UdSSR) ... 5. Trik (Deutschland) – bis 90 kg: 1. Tibilow (UdSSR), 2. Diekel (USA), 3. Hamidov (Bulgarien), 4. Glunk (Deutschland) – bis 100 kg: 1. Habelow (UdSSR), 2. *Doutschev (Bulgarien)*, 3. Sabo (USA) – über 100 kg: 1. Tenta (Kanada), 2. Albright (USA), 2. Kotsoew (UdSSR) ... 6. Wieland (Deutschland).

GEWINNZAHLEN

Lotto: 3, 9, 18, 41, 47, 49, Zusatzzahl: 44. – Spiel 77: 7 6 3 2 8 4 1. – **Toto:** Elferwette: *1, 2, 1, 2, 0, 1, 1, 1, 0, 1, 0.*

(Ohne Gewähr)

NACHRICHTEN

Freigabe gegen Garantien

Hamburg (dpa) – Nur bei entsprechenden Garantien des internationalen und des spanischen Handball-Verbandes will der Deutsche Handball-Bund (DHB) Nationalspieler Erhard Wunderlich für den FC Barcelona freigeben. Der DHB verlangt von den Spaniern, Wunderlich von 1984 bis 1986 für alle DHB-Spiele freizustellen. Der Internationale Handball-Verband (IHF) soll garantieren, daß Wunderlich durch seinen Vertrag mit Barcelona nicht die Zulassungsbestimmungen der IHF verletzt.

Ballesteros zog gleich

Dublin (sid) – Der spanische Golfprofi Severiano Ballesteros zog nach der zweiten Runde bei den offenen irischen Meisterschaften in Dublin mit dem zuvor allein führenden Bernhard Langer gleich. Mit je 134 Schlägen führen Langer und Ballesteros vor dem Briten Brian Marchbank (136 Schläge).

Doppelsieg mit Armbrust

Bad Homburg (sid) – Robert Kupiwieser (Wallgau) wurde bei der Armbrust-Weltmeisterschaft in Bad Homburg über 30 m stehend zum dritten Mal hintereinander Weltmeister. Rudolf Krenn (Hauzenberg) sorgte als Zweiter für einen deutschen Doppelsieg.

Silber für Heugabel

Los Angeles (sid) – Rainer Heugabel (Goldbach) errang bei den Junioren-Weltmeisterschaften der Freistilringer in Los Angeles eine Silbermedaille. Im Finale des Fliegengewichts unterlag Heugabel gegen Igor Perwochuk (UdSSR).

Karpow bezwang Torre

Hannover (dpa) – In der siebten Runde der Internationalen Deutschen Schachmeisterschaften in Hannover kam Weltmeister Anatoli Karpow (UdSSR) zu einem Sieg über Eugenio Torre (Philippinen). Mit 5,0 Punkten liegt Karpow weiterhin einen halben *Punkt hinter seinem führenden* Landsmann Tamas Georgadse auf Rang zwei.

Kiel bleibt umstritten

Newport (dpa) – Der Kiel der australischen Segelyacht „Australia II" bleibt weiter umstritten. Zur Einleitung einer Untersuchung forderte der Internationale Segler-Verband (IYRU) von den protestierenden Amerikanern *mehr und gründlichere* Unterlagen. Die Amerikaner fürchten, den America's Cup durch die „Australia II" nach 132 Jahren zu verlieren. In der Herausforderungsrunde hat das australische Boot bereits die erste Regatta des Halbfinales gegen die „Canada I" gewonnen.

Reiten: Ligges siegte

Bad Mondorf (sid) – Fritz Ligges (Ascheberg) gewann beim internationalen Reit- und Springturnier in Bad Mondorf (Luxemburg) auf Fandango ein Zeitspringen vor Jules Ceulemans (Belgien) und Iris Bayer (Troisdorf). In einem S-Springen belegte Weltmeister Norbert Koof (Willich) auf Lovley Boy den vierten Platz. Sieger wurde Edgar Henri Cuepper (Belgien) auf Sympatico.

McRoy Box-Weltmeister

Las Vegas (sid) – Milton McRoy (USA) wurde in Las Vegas Weltmeister im Weltergewicht nach Version des World Boxing Council (WBC). Im Kampf um den vakanten Titel besiegte er Europameister Colin Jones (England) nach Punkten.

Reiten: Junioren Sechste

London (sid) – Die deutsche Springreiter-Equipe belegte bei den Junioren-Europameisterschaften in London in der Mannschaftswertung den sechsten Platz. Europameister wurde Frankreich im Stechen vor Irland und Belgien.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; ...

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

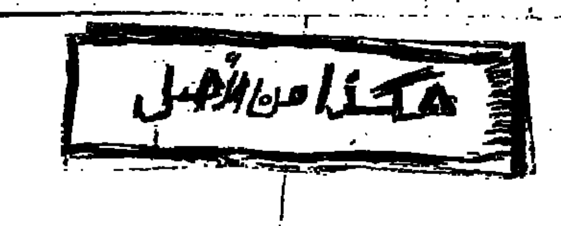
3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) ...

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.



Pankraz, J. Freund und der Schluß der Debatte

Pankraz ruft bravo angesichts des neuen Heftes von Gerd-Klaus Kaltenbrunners „herder-initiative", das von A bis Z der „Schwierigkeit, sich zu entscheiden" gewidmet ist. So etwas war schon lange einmal fällig. Die Entscheidungsschwäche der politisch Verantwortlichen in den modernen Demokratien hat ein lebensgefährliches Ausmaß erreicht. Julien Freund, der Politologe aus Straßburg, spricht in dem „initiative"-Heft geradezu von einem „Komplott gegen die Kategorie Entscheidung". Gewisse Kräfte legten es darauf an, die Nicht-Entscheidung zum alleinseligmachenden Prinzip des menschlichen Zusammenlebens zu erheben, während die Entscheidungsträger verteufelt oder zumindest ins Zwielicht gerückt würden.

In der politischen Praxis sieht das dann so aus, daß es keinen „Schluß der Debatte" mehr gibt. Es herrscht vielmehr ein endloses Geschwätz, in dem die Widersprüche nicht ausgetragen, sondern immer nur weiter vertieft werden. Unter dem Druck der Dauerschwätzer werden notwendige Entscheidungen nicht nur ad infinitum vertagt, sondern auch aufgeweicht und feige revidiert. Die SPD beispielsweise ist mittlerweile zum Weltmeister im Aufweichen und Revidieren eigener Entscheidungen geworden; das reicht vom NATO-Doppelbeschluß bis zu Kernkraftwerken, von der Volkszählung bis zum fälschungssicheren Personalausweis.

Die Regierung ihrerseits steht keineswegs viel besser da. Ängstlich studieren ihre Matadore die Zahlen der jeweils letzten Meinungsumfrage zu diesem und jenem, und unverkennbar ist der Wunsch, sich an diesen Zahlen (statt am Partei- und Wahlprogramm und an der Regierungserklärung) zu orientieren. Unpopuläre oder auch nur unbequeme Entscheidungen sind auch von Regierungsseiten kaum noch zu erwarten. Auch hier dominiert das Verlangen, fällige Entscheidungen so lange wie nur irgend möglich hinauszuschieben oder ihnen zumindest ein ganz niedriges Profil zu geben, im „Strom der Meinungsbildung" endlos mitzuschwimmen und ja nicht zu versuchen, ihn zu kanalisieren oder auch einmal einzudämmen.

Demokratisch ist ein solches Verhalten nicht. Demokratie ist nämlich von Haus aus durchaus entscheidungsfreundlich und entscheidungsfreudig. Durch das Prinzip der Gewaltenteilung schafft sie klare Kompetenz-Zuweisungen, gewissermaßen ein Stützkorsett für die diversen Entscheidungsträger, einen Dezisionsrahmen, der nicht nur ausgefüllt werden darf, sondern im Interesse des Funktionierens des Gesamtsystems auch ausgefüllt werden muß. Wer dennoch untätig bleibt, fördert Deformationen.

Im parlamentarischen System von Bonn wimmelt es schon von Deformationen, die durch die Entscheidungsscheu der Exekutive hervorgerufen wurden. Die alberne Gesetzesflut ist eine davon, die nicht nur bei den „Grünen", sondern auch bei SPD und CDU/CSU übermäßig angewachsene Macht der „Basis" eine andere. Am verhängnisvollsten wirkt sich wohl die unverhältnismäßig aufgeblähte (Schein-)Kompetenz des vierten Standes, speziell der Verwaltungsgerichtsbarkeit, aus. Biedere, total überforderte Amtsrichter entscheiden da über die Zulässigkeit von Milliardenprojekten wie Schnellen Brütern und Flughafen-Startbahnen, während das Fachwissen bei den Stäben der Exekutive ungenutzt auf Halde liegt.

Kaltenbrunners „herder-initiative" nennt eine Menge Gründe für die gegenwärtige Entscheidungsschwäche und lotet dabei tief ins Existentiell-Anthropologische. Pankraz möchte zwei Ursachen anfügen, die aus der schlichten Beobachtung der Bonner Wirklichkeit stammen: erstens die Angst der Entscheidungsträger vor der Verantwortung, zweitens ihr abergläubisches Vertrauen auf die Kompetenz der politischen Wissenschaft, deren „Szenarios" und deren „objektive Prognostik" individuelle Entscheidungen angeblich überflüssig machen.

Was die Feigheit der Exekutoren betrifft, so ließen sich damit ganze Bände füllen. Die politische Klasse unterscheidet sich da kaum von den übrigen „Eliten" der Bundesrepublik. Alle möchten sie kritisieren, keiner möchte Verantwortung übernehmen, obwohl bei uns ja glücklicherweise niemand mehr einen Kopf kürzer gemacht wird, wenn er sich einmal geirrt hat. Das einzige, was droht, sind Abstimmungsniederlagen an der „Basis" und eine schlechte Presse. Aber genau diese Instanzen fürchtet man wie der Teufel das Weihwasser, ohne zu bedenken, daß erst die manifestierte Furcht die Angstmacher vorwitzig und stark gemacht hat.

Ähnlich steht es mit der immer noch wachsenden Hybris der Politologie und der wissenschaftlichen Politikberatung. Erst die fühlbar ausbleibenden Entscheidungen der Politiker haben die Politologen auf die Hauptschiene gebracht; sie füllten (scheinbar) ein Vakuum aus. In Wirklichkeit kann Wissenschaft nie und nimmer politische Dezision ersetzen, sie ist ihrem Wesen nach rein normativ, indes die Dezision sich ganz entscheidend an der je konkreten Situation zu orientieren hat. Ein Politiker darf nicht nur auf Prognosen aus dem Laboratorium hören; mindestens ebenso wichtig ist sein genuin politisches Talent, sein Gespür für das Mögliche und sein Blick für das Machbare, sein Mut, sich durchzusetzen, und sein Wille, sich treu zu bleiben.

Verkümmern diese primären politischen Tugenden, so passiert es eben, daß keine Entscheidungen mehr gefällt werden oder daß sie viel zu spät gefällt werden und keinen Effekt mehr machen, daß die Schwätzer die Oberhand behalten und das Gemeinwesen geschwächt wird. Ausbaden müssen wir das dann eines Tages alle.

Pankraz

Strahlende Stimme, verblichene Jeans: WELT-Gespräch mit dem Tenor Francisco Araiza

„Die sturen Italiener verstehe ich nicht"

Er kommt in Jeans zum Frühstück. Für zwei Vorstellungen innerhalb der Opernfestspiele ist er in München, „mit dem Auto, um die Koffer nach Salzburg zu bringen", wo er auch bei den diesjährigen Festspielen wieder den Ferrando in Mozarts „Cosi fan tutte" unter Riccardo Muti singt.

Der junge Mann in Jeans, der noch am vorigen Abend als Ernesto in „Don Pasquale" auf der Bühne des Münchner Nationaltheaters gestanden hat, ist Francisco Araiza; jener lyrische Tenor, der gerade die große Karriere macht. Francisco Araiza, 1950 in Mexico City geboren, studierte zunächst Betriebswirtschaft und Sprachen; aber auch Gesang. Nach zwei Jahren Betriebswirtschaft entdeckte Araiza endgültig „sein" Kapital, die Stimme. 1970 debütiert er in Mexico City als Erster Gefangener im „Fidelio", wenig später folgen der Des Grieux von Massenet und der Rudolf in der „Bohème".

1974 ist die Stimme des Tenors erstmals in Europa zu hören, beim ARD-Wettbewerb im Fach Gesang. „Ich wollte damals nur wissen, wo ich stehe. Ich wollte einen Maßstab haben", erinnert sich Araiza. Aber die Maßstäbe setzte er den anderen.

Für den Preisträger Araiza bot sich sofort ein erstes Engagement. Er geht für drei Jahre nach Karlsruhe; studiert die großen Mozartpartien seines Fachs, den Belmonte in der „Entführung aus dem Serail", den Tamino, den Don Ottavio, den Idamante. Nach diesen Lehrjahren geht Francisco Araiza 1977 an die Oper nach Zürich. Mit seinem dortigen Debüt als Graf Almaviva in Rossinis „Barbier" ist die Weltkarriere Araizas nicht mehr aufzuhalten.

Zu den wichtigsten Stationen gehören 1978 der Belmonte unter Böhm und Everding in München; der Tamino in Wien; der Steuermann im „Fliegenden Holländer" der Bayreuther Festspiele; 1981 singt Araiza den Fenton unter Karajan im „Falstaff" der Salzburger Festspiele; es folgen 1982 erstmals der Ferrando in der „Cosi" unter Muti in Salzburg sowie Araizas Debüt an der Mailänder Scala als Don Ramiro unter Claudio Abbado, in Ponnelles bereits legendär gewordener, auf der ganzen Welt gezeigenten sowie auch als Film produzierten „Cenerentola"-Inszenierung. Covent Garden hat Araiza gerade im Frühjahr dieses Jahres mit „Don Pasquale" erobert; sein Debüt an der Metropolitan Opera in New York ist, mit dem Belmonte, für nächstes Jahr geplant.

Araiza erzählt mit dem temperamentvollen Charakter des Südländers, und dennoch strahlt er Ruhe und Gelassenheit aus. Der erst 32jährige ist kein Mensch, der das Schicksal unbedingt zwingen will. Gewiß, die Karriere sei schnell gegangen, „doch viel wichtiger ist mir ihre Kontinuität", sagt Araiza. Es besteht bei ihm nicht die Gefahr, zum falschen Zeitpunkt die falschen Partien zu singen und sich so die schöne Stimme frühzeitig zu ruinieren. Der Cavaradossi in der „Tosca", der Lohengrin, der Werther, „diese ins heldische tendierenden Partien werden kommen. Aber ich kann warten!", sagt Araiza, und „wenn ich heute an den Werther nur denke, klopft mein Herz"; er trinkt auch wirklich Kaffee Hag zum Frühstück.

Doch nicht nur Francisco Araizas kluger Umgang mit der eigenen Stimme widerlegt die böse (häufig aber auch richtige) Behauptung, daß es ein Tenor eher im Kehlkopf denn im Kopfe habe. Klug ist bei Francisco Araiza sein Rollenspiel; seine individuelle Gestaltung einer Bühnenfigur, die durch ihn Charakter, ja Leben bekommt. Und deshalb ist seine Begeisterung für Regisseure, die Personenregie beherrschen, groß. Er liebt Everding, dessen Münchner „Zauberflöte" vielleicht die schönste Inszenierung dieses Werkes ist, die ein Opernhaus anbieten kann; er nennt Otto Schenk und erinnert an den „Liebestrank" in Zürich; denkt an Ponnelle, „wenn dessen Inszenierungen auch immer arg ‚ponnellinisch' würden"; ja und dann schwärmt Araiza von Harry Kupfer und dessen kühnem Konzept für den „Holländer" in Bayreuth 1979.

„Und außerdem trug Harry Kupfer Jeans..."

Noch ehe ich den merkwürdigen Themenwechsel unseres Frühstücksgesprächs so recht nachvollziehen kann, hält mir Francisco Araiza einen ebenso ernsthaften wie leidenschaftlichen Vortrag über Jeans. Kein Zweifel, diese Hosen sind ihm wichtig. Und er kennt sich besser als jeder Fachverkäufer aus in Jeans-Marken, Schnitten, der Anzahl der Nähte und besonders in den verschiedenen Techniken des Ausbleichens. Als er vergangenes Jahr in San Francisco wieder einmal Rossinis „Cenerentola" in der Regie von Ponnelle probte, entdeckte Araiza in einem Supermarkt ein so unerbittlich bleichendes Waschpulver, daß er sogar einige Kilo des wohl säurehaltigen Konzentrats mit nach Europa nahm, um damit alle seine Jeans zu ver-waschen.



Paraderollen bei Mozart und Rossini: Francisco Araiza als Don Ramiro in „La Cenerentola" FOTO: ROBERT CAHEN

Francisco Araiza, der Alfredo Kraus bewundert und dem George London und Fritz Wunderlich Vorbilder sind, nach seinen Plänen befragt, nennt für die nächsten Jahre den Herzog im „Rigoletto", dann den Alfred in „La Traviata". „Ich bin selbst mein größter Kritiker. Ich weiß, was ich mir zutrauen kann." Im deutschen Fach strebt er den Loge in Wagners „Rheingold" an. Doch bevor er sich als diplomatischer Berater mit der in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Göttergesellschaft einläßt, liebäugelt Araiza mit dem Florestan. „Doch das hängt auch davon ab, wer die Leonore singt", meint Francisco Araiza, für den eine Opernaufführung nicht gelungen ist, wenn er nur allein als Star auf der Bühne steht.

Die Regisseure, Dirigenten und Sängerkollegen bleiben auf der ganzen Welt die gleichen; doch wie steht es mit dem Publikum? Diese Frage, so unerklärbar sie auch ist, fasziniert Araiza immer wieder aufs neue. Nächstes Jahr sind sechs Monate USA eingeplant. Neben seinem Met-Debüt wird er in Houston, Chicago und San Francisco zu hören sein. Nur das italienische Opernpublikum könne er wirklich nicht begreifen. Denn trotz seines grandiosen Debüts an der Scala ist der Mexikaner mit der italienischen Stimme mißtrauisch: „Der Stursinn der Italiener grenzt manchmal an Ausländerfeindlichkeit, wenn ein Nichtitaliener das italienische Opernfach singt."

Doch Sorgen macht sich Francisco Araiza deshalb nicht. Seriosität sei gerade im Zeitalter der Jet-Set-Tenöre wichtiger als Publicity. Dabei mangelt es Araiza, von dem in diesen Wochen eine Platte mit Schubertliedern herauskommt, durchaus nicht an Selbstbewußtsein. Er lacht, daß der Brustkorb fast die Jacke, eine Jeans-Jacke, sprengt. „Für die Karriere könnte ich älter sein", sagt Francisco Araiza, der zur Zeit noch in Zürich lebt, verheiratet und Vater zweier Kinder ist.

Das Frühstück hat lang gedauert. Eineinhalb Stunden sind vergangen. Jetzt müsse er auf die Autobahn nach Salzburg. Proben für „Cosi fan tutte". Außerdem stehe zu den Festspielen noch die „Stabat mater" von Rossini auf dem Programm. Riccardo Muti bestehe auf dem hohen Cis, sagt Araiza, macht eine Pause und fügt dann hinzu, „und Rossini besteht natürlich auch darauf!" Er wird es singen.

PASCAL MORCHE

Franz Radziwill tot

Maler von Moritat und Menetekel

Der Maler Franz Radziwill, der in der Nacht zum 13. August im Alter von 88 Jahren in Dangast bei Wilhelmshaven starb, zählte zu den wichtigsten Repräsentanten des magischen Realismus und der Neuen Sachlichkeit. Unabhängig von jeglicher vermeintlichen Aktualität, doch in ständigem, kritischem Zeitbezug, hat er in der Einsamkeit von Dangast am Jadebusen mit Beharrlichkeit und Unbeirrbarkeit über Jahrzehnte hinweg kontinuierlich ein Lebenswerk geschaffen, das erst spät die ihm gebührende Anerkennung fand.

Die Anfänge des aus der Wesermarsch stammenden Malers wurden noch durch einen holzschnitthaft kantigen Expressionismus gekennzeichnet, wie ihn gleichzeitig sein Freund Schmidt-Rottluff vertrat. Doch schon sehr bald entwickelte Radziwill unter dem Eindruck der Pittura metafisica von Giorgio de Chirico, der holländischen Malerei des 17. Jahrhunderts und der Neuen Sachlichkeit der 20er Jahre den eigenen unverwechselbaren Stil eines magischen Realisten ganz persönlicher Prägung. Von nun an malte er jahrzehntelang altmeisterlich stillebenhafte Bilder von unheimlicher Klarheit und abgründiger Phantastik.

Radziwills Gemälde sind stets von einer beklemmenden registrierenden Sachlichkeit erfüllt, gleichzeitig aber liegt auch ein Schimmer von Romantik über den alptraumhaften Szenerien. Das weiträumige Panorama seiner Landschaften wirkt seltsam luftleer, erstarrt und bruchstückhaft, von drohendem Unheil überschattet. Fast



Vor seinem Selbstbildnis mit Familie: Franz Radziwill (1895–1983) FOTO: AP

immer geht irgendwo ein tiefer Riß durch die Darstellungen.

Radziwills Werke sind Moritat und Menetekel, Vanitasbilder einer technologischen Epoche. Immer wieder schilderte der Maler gleichsam mit drohendem Zeigefinger die trostlose Verlassenheit des Menschen in einer entgötterten Natur oder technisierten Umwelt, in der er sich als Fremdling fühlt. Und wenn er gelegentlich paradiesische Idylle malte, dann brachen plötzlich Flugzeuge wie gespenstische Vögel in die stille Szene, um alles zu zerstören.

Für Radziwill gab es keine „neue", sondern nur eine ewig gültige „alte" Sachlichkeit. Das „größte Wunder" war für ihn die reale Wirklichkeit, die ihn inspirierte. Doch beunruhigte ihn dabei eine „Verkehrung der Werte", die nach seiner Meinung unser Zeitalter kennzeichnet.

HANNS THEODOR FLEMMING

Saison auf den Freilichtbühnen der „DDR"

Mit Thespis zum Camping

Während die meisten „DDR"-Theater über einen Besucherrückgang zu klagen haben, wurden im Bereich des unterhaltsamen Sommertheaters bisher meist Zuschauerrekorde erzielt. Auch die diesjährige Freilichtbühnensaison, die sich jetzt ihrem Ende zuneigt, erfreute sich wieder regen Zuspruchs. Sie bot ein abwechslungsreiches und weitgehend unpolitisches Programm – Konzession der Kulturfunktionäre an den Anspruch „aller Werktätigen auf Entspannung und Ablenkung vom Alltag", damit sie, wie es Werner Rackwitz, stellvertretender Kulturminister, einmal formulierte – nach dem Urlaub „wieder voll den Aufgaben der sozialistischen Wirklichkeit gewachsen sind".

Mit der Operette „Madame Favart" von Jacques Offenbach eröffnete das Meininger Theaterensemble seine 26. Freilichtsaison im thüringischen Naturtheater Steinbach-Langenbach. Eine Schauspielergruppe des Theaters Rudolstadt reiste mit ihrem Thespiskarren, einem umgebauten und als Bühne nutzbaren Bauwagen, zum Publikum auf Campingplätze, Freilichtbühnen und in Ferienlager. Auf dem Programm stand hier das Märchenspiel „Des Teufels goldene Haare" von Gernot Schulze. Das Musiktheater-Ensemble des Rudolstädter Theaters gastierte zur gleichen Zeit dreimal wöchentlich auf der Freilichtbühne der Heidecksburg mit Kálmáns „Gräfin Mariza".

Seit acht Jahrzehnten besteht das in 425 Metern Höhe gelegene Harzer Bergtheater Thale. Es ist die älteste Naturbühne in Deutschland. Bis zu 190 000 Interessenten besuchen alljährlich während der viermonatigen Saison die reizvolle Bühne unter freiem Himmel. In der ersten Spielzeit-Hälfte dieses Sommers wurden hier „Aschenbrödel" von Jewgeni Schwarz, „Die vier Musketiere" von Alexandre Dumas, Schillers „Wilhelm Tell", Lortzings „Der Wildschütz" und das Musical „Das Wirtshaus im Spessart" gegeben.

Auf der Felsenbühne Rathen, wo einst die Karl-May-Festspiele stattfanden, bevor sie nach Bad Segeberg abwanderten, gibt man sich wieder wild-westlich. Zu sehen waren die „Pferde" und, inszeniert von der Landesbühne Sachsen, das im Frühjahr 1876 in Nordamerika spielende Abenteuerstück „Tochter der Dakota" von Helmut Menschel.

Anziehungspunkt für viele Besucher war auch das Schloßtheater in Potsdam-Sanssouci. Als Neuproduktion für die Sommermonate brachte Peter Brähmig die Premiere der Mozart-Oper „Titus". Den größten Zulauf verzeichneten aber doch die Freilichtbühnen Dresdens, die es bis auf rund 200 000 Gäste brachten. Darunter befinden sich sehr viele Menschen, die normalerweise nicht ins Theater gehen, weil ihnen der Spielplan nicht das bietet, was die „DDR"-Theaterfreunde sehen und hören möchten.

Während die „DDR"-Sommertheater publikumswirksame Bühnenkunst praktizieren, zerbrechen sich die SED-Kulturfunktionäre weiterhin den Kopf, „welche Rolle" – so „Theater der Zeit" – „das Theater jetzt und in der Zukunft spielen müsse, um seine Wirksamkeit in einer Zeit des sich verschärfenden ideologischen Kampfes spürbar zu erhöhen".

HARALD BUDDE

KULTURNOTIZEN

Mit Jonas Kokkonens Oper „Die letzten Versuchungen" gastiert die Staatsoper Helsinki aus Anlaß der Luther-Feierlichkeiten in Ost-Berlin.

Schweizer Kunst und Kultur ist von September bis Dezember in Köln, Bonn und Bielefeld zu sehen.

Werke von Pablo Picasso aus allen Schaffensperioden zeigt die Kölner Galerie Gmurzynska ab 8. Oktober.

Zum 5. Mal steigt am 15. September beim Internationalen Brucknerfest in Linz eine „Linzer Klangwolke" – mit Bruckners 8. Sinfonie unter Lorin Maazel.

Rod Stewart und Elton John planen für 1984 eine gemeinsame Tournee durch Australien, Amerika und Europa.

Den „Ingrid-Bergman-Preis", der 1983 erstmals verliehen wird, erhält die Europäische Schule für Onkologie.

Der „DDR"-Karikaturist Leo Haas ist 82jährig in Ost-Berlin gestorben.

Bonns Alter Friedhof jetzt unter Denkmalschutz

Wo Schlegel noch lächelt

Die sprichwörtliche Ruhe sucht man auf dem Alten Friedhof in Bonn, der jetzt unter Denkmalschutz gestellt wurde, vergebens. Unablässig brandet der Verkehr auf den beiden Durchgangsstraßen, die das gut 30 000 Quadratmeter große Areal einfassen. Von der Westseite her hört man alle paar Minuten einen Zug vorbeibrausen. Je nach Windrichtung weht außerdem ein intensiver Hopfengeruch über die Gräber. Dicht neben dem Friedhof bemüht sich eine Brauerei, die profanen Gelüste der Lebenden zu befriedigen. Die typische Friedhofsatmosphäre mag sich mithin nicht so recht einstellen.

1715 war der Grund vor den Toren Bonns von dem Kölner Kurfürsten Joseph Clemens für die Bestattung „gemeiner Einwöhner, Paßanten und Soldaten" angekauft worden. Die Honoratioren der Stadt, auch nach ihrem Ableben auf Distanz zum Pöbel bedacht, konnten sich weiterhin auf dem Nobelfriedhof St. Remigius begraben lassen. So war es geradezu sensationell, als 1725 ein gewisser Herr Stephanus Chevalier de Chambellé, Major von den Leibgarden, Oberster vom grünen Dragonerregiment, auf eigenen Wunsch inmitten der gemeinen Einwöhner liegen wollte. 1787 ließ Max Franz, der letzte in Bonn residierende Kurfürst, aus hygienischen Gründen die innerstädtischen Pfarrkirchhöfe schließen. Nun mußten sich alle mit dem neuen Friedhof zufriedengeben.



A. v. Donndorfs Grabmal für Robert und Clara Schumann auf dem Alten Friedhof von Bonn FOTO: DIE WELT

Auf dessen ältestem, dreieckigem Teil liegt es sich recht eng. Das Feckenkreuz, so genannt nach seinem Stifter, dem Polizeikommissar J. F. Fecken, bildet den Mittelpunkt dieses Dreiecks, an dessen Westseite die Gebrüder Melchior und Sulpiz Boisserée liegen. Schräg gegenüber von ihnen ruht Karl Simrock, der erste ordentliche Professor für Germanistik an der Bonner Universität. Auf Wilhelm von Schlegels Marmorprofil liegt ein fast spitzbübisches Lächeln, und C. P. W. Lilljehorn alias Berg von Bergheim, der 1792 an der Verschwörung gegen den schwedischen König Gustav III. beteiligt war, hat an der knapp mannshohen Friedhofsmauer eine verkehrsbedingt eher unruhige letzte Stätte gefunden.

Schon bald wurde der in üppigem Grün blühende (ein zum Rhein führender unterirdischer Wasserarm versorgt Sträucher und Bäume ausreichend mit Feuchtigkeit) Friedhof zu klein; bis 1876 erweiterte man das Gelände, das 1884 endgültig für allgemeine Begräbnisse geschlossen wurde. Nur Besitzer eigener Grabstätten durften ihre Angehörigen weiterhin beerdigen.

Im neueren Teil, merklich großzügiger angelegt, liegen nicht nur die Gräber der irischen und englischen Gemeinde, die es im 19. Jahrhundert der Romantik wegen an den Rhein gelockt hatte. Auch das Grab von Beethovens Mutter, jahrzehntelang verschollen, wurde hier 1932 wiederentdeckt. Ernst Moritz Arndts Ruhestätte wird überschattet von einer 150jährigen Eiche, die sich der Dichter von seiner geliebten Insel Rügen hatte kommen lassen. Das imposanteste Denkmal, eingefaßt von hohen Hecken, erinnert an Robert und Clara Schumann. Adolf von Donndorf schuf das Monument im Geist der Gründerzeit. Der jüngste Prominente unter den Namen, die sich wie ein „Who's who" der Geistesgeschichte im 19. Jahrhundert lesen, ist der 1977 gestorbene Hermann Wandersleb, der maßgeblich an der Beförderung Bonns zur Hauptstadt nach dem Krieg beteiligt war.

RAINER NOLDEN

JOURNAL

Erich Loest kehrt nicht in die „DDR" zurück

DW. Köln

„Für die DDR sind wir erledigt und abgeschrieben", sagte der Leipziger Schriftsteller Erich Loest, der seit März 1981 in Osnabrück lebt, in einem Gespräch mit dem Deutschlandfunk. Er werde nach Ablauf seines Dreijahresvisums nicht in die „DDR" zurückkehren. Er werde aber auch nicht von sich aus auf die „DDR"-Staatsbürgerschaft verzichten. „Ich werde keinen Skandal inszenieren, ich werde ein Gespräch suchen", sagte Erich Loest. Nach diesem Gespräch werde man sehen, „wie es weitergehen soll mit dieser Staatsbürgerschaft". Loest weiter: „Das ist die eine Sache. Das andere, daß ich etwa im März in die DDR zurückgehen würde, ist entschieden. Ich werde das nicht tun, ich bleibe hier." Er wüßte nicht, was er dort sollte. „Die kulturpolitischen Prämissen in der DDR haben sich nicht geändert, sie haben sich nicht verbessert, sie haben sich eher verhärtet und verschlechtert. Natürlich bleibe ich hier." Es sei immer unklar geblieben, welche Absicht der „DDR"-Staat mit der Politik befristeter Ausreisen verfolgt habe. In der Zwischenzeit könne man sagen, „die DDR will nicht, daß jemand von uns zurückkommt". Er habe nie davon gehört, daß ein Verleger, ein Parteifunktionär oder ein Kulturfunktionär Kontakt zu einem der hier lebenden „DDR"-Schriftsteller gesucht hätte.

Das „Mermaid-Theatre" ist am Ende

SAD, London

Lord Bernard Miles (75), einer der markantesten Persönlichkeiten des britischen Theaters, ist mit seinem eigenen Theater gescheitert. Das von ihm 1959 gegründete Mermaid Theatre – die erste Theaterneugründung in der Londoner City seit 300 Jahren – ist bei seinem Überlebenskampf gegen seine Gläubiger unterlegen und wird verkauft. Miles beklagte sich bitter über die City of London, die zwar die Finanzierung des aufwendigen Kulturpalastes Barbican mit der Royal Shakespeare Company großzügig gesichert habe, aber kein Geld für das Mermaid locker machte.

„Transkulturelle Kommunikation"

AFP, Ottawa

Rund 30 Philosophen, Anthropologen und Experten für Sozialwissenschaften werden vom 15. bis 19. August in der kanadischen Stadt Ottawa an einem Kolloquium zum Thema „Die Schwierigkeit der Kommunikation zwischen Kulturen – größtes Hindernis für die Entwicklung der Menschheit" teilnehmen.

Sir Peter Hall wird Chef in Glyndebourne

He. London

Sir Peter Hall, Direktor des Londoner National Theatre und Bayreuther „Ring"-Regisseur, wird vom kommenden Jahr an zusammen mit dem Dirigenten Bernard Haitink auch die Festspiele von Glyndebourne leiten. Sir Peter: „Ich habe dazu die volle Zustimmung des Vorstands vom Nationaltheater." Ein entsprechender Passus soll in Halls neuen Vertrag in London, der eine Verlängerung seiner Intendanz um fünf Jahre vorsieht, aufgenommen werden. Schwierigkeiten durch Probenüberschneidungen in Glyndebourne und Bayreuth schließt Hall aus.

Heinz Trökes 70

Der Erfinder der „Mondkanone", einer der Protagonisten deutscher Malerei nach 1945, Hochschullehrer erst in Hamburg, dann in Stuttgart und Berlin, „halbsurrealistischer" Maler nach eigenem Bekunden, wird 70: Heinz Trökes, nach wie vor einer der Wachsten und Freundlichsten im Berliner Kunstleben, ist ein Weitgereister. Er war in Kairo und Ceylon so selbstverständlich wie in Caracas und Äthiopien. Seine Bilder kunden von noch weiteren Exkursionen des Geistes und der Phantasie. Er studierte bei Muche, war mit Wols befreundet. Der Neuen Nationalgalerie hat er jetzt 31 seiner zwischen 1943 und 1983 entstandenen „Skizzenbücher" geschenkt. Sie stehen im Mittelpunkt einer Ausstellung, die Montag eröffnet wird. Wir kommen ausführlich darauf zurück.

PHG

Herbert von Einem †

DW. Göttingen

Herbert von Einem, der langjährige Bonner Ordinarius für Kunstgeschichte und Vorsitzende des Verbandes Deutscher Kunsthistoriker, ist – wie erst jetzt bekannt wird – am 5. August im Alter von 78 Jahren in Göttingen gestorben. Von Einem, ein geborener Lothringer, stand in der Schule Heinrich Wölfflins und erwarb sich große Verdienste mit seinen Arbeiten über die Kunst der deutschen Klassik und Romantik. Sein Buch über Caspar David Friedrich und seine Aufsätze über Goethes Kunstanschauung haben Geschichte gemacht. Herbert von Einem war ein vorzüglicher akademischer Lehrer, der Generationen von Kunststudenten geprägt hat, zunächst in Halle und Greifswald, seit den späten vierziger Jahren dann in Hamburg und Bonn. Auch international genoß er hohe Achtung. 1964 richtete er den 21. Internationalen Kongreß für Kunstgeschichte in Bonn aus.

Die Post verspricht das schnurlose Telefon

Nach einem Betriebsversuch soll es Ende 1984 soweit sein

GISELA REINERS, **Bonn**

Man kennt es aus amerikanischen Filmen, die in schniekem Milieu spielen. Da klingelt neben dem Pool ein elegantes Telefon. Meist nimmt eine langbeinige Schöne ab und schlendert *ohne* Sorge um irgendeine lästige Strippe, die in einer Dose an der Wand steckt, am Beckenrand entlang. Das schnurlose Telefon machts möglich.

Nach einem gehörigen Anlauf soll es Ende 1984 auch in der Bundesrepublik Deutschland so weit sein. Dann kann, wer will, sein Telefon mit in den Garten, den Hobbykeller oder in die Garage nehmen. Man kann mit dem Apparat, der keine Verbindung mit dem immer noch notwendigen fest installierten Gerät hat, sowohl selber telefonieren als auch angerufen werden. Die Verbindung zwischen den beiden Sprechstellen garantieren besonders kurze Wellen aus dem 900-Megahertz-Bereich. Beide Apparate werden mit Antennen ausgerüstet sein. Wird *auf* dem schnurlosen Apparat gesprochen, ist der fest montierte allerdings besetzt und umgekehrt.

Zum Tüfteln aufgefordert

Wie die neue Telefon-Spielerei aussehen *wird, weiß noch niemand.* Das Bundespostministerium verschickt zur Zeit Briefe an rund 50 Firmen. Sie sollen einen Apparat für das schnurlose Telefon entwickeln und bis zum Jahresende 1983 ihre Vorschläge einreichen. Dann wird fast ein ganzes Jahr lang getestet – welche Form praktisch ist und wie groß die Leistungsfähigkeit ist. Bis zu 100 Metern soll sich der Fern-Sprecher von seinem Anschluß mit dem schnurlosen Gerät *entfernen können, ohne daß* die technische Qualität der Verbindung leidet. Nur wenn viele Decken und dicke Wände zwischen den beiden Apparten liegen, kann es zu Be*einträchtigungen* der Funkwellen kommen – ebenso wie bei Gewitter.

In den USA ein alter Hut

Im Ministerium geht man davon aus, daß es für das neue Telefon ein Modell in verschiedenen Farben geben wird. Über die zusätzlichen Gebühren pro Monat, die ein solches Gerät kosten wird, gibt es noch keine Vorstellungen. Sicher ist nur, daß ein großes Interesse am strippenlosen Fernsprecher besteht, vor allem bei Privatleuten, weniger bei Firmen. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Klaus-Jürgen Hoffie hatte die Bundesregierung schon offiziell gefragt, warum es bei uns nicht gibt, was in Amerika schon ein alter Hut ist.

Vielleicht hat Hoffie Glück und gehört zu einer bislang noch unbekannten Zahl von Teilnehmern, die im *nächsten Jahr* für einen Betriebsversuch ausgewählt werden sollen. Über diese Test-Telefonierer will man rechtzeitig eventuell noch vorhandenen Schwächen des schnurlosen Telefons auf die Spur kommen.



Durchleuchtet FOTO: WOLFGANG STECHE/VISUM

Handel mit Panda-Fellen aufgedeckt

dpa, **London**

In der Volksrepublik China werden die vom Aussterben bedrohten großen Panda-Bären von Wilderern getötet, weil ein Händler in Taiwan in westlichen Ländern zahlungskräftige Abnehmer für Panda-Felle findet. Für Preise um 70 000 Mark kann jedermann ein solches Fell kaufen – vorausgesetzt, er holt es selbst in der taiwanesischen Hauptstadt Taipeh ab. Nach einem Bericht der Londoner „Sunday Times" hatte ein Museum in Birmingham im März einen Brief von einem Mann namens Maurice Wang aus Taipeh erhalten, in dem Panda-Felle angeboten wurden. Auf Nachfragen kam ein konkretes Angebot zusammen mit einem Foto – *zwei Felle für je 68 000* Mark. Weil sie aus der Volksrepublik China kämen, schrieb Wang, könnten die normalen Handelswege und -bestimmungen nicht eingehalten werden. „Der Käufer *muß* nach hier kommen. Auslieferungsort ist Taipeh." Die „Sunday Times" schickte ihren Tokioter Korrespondenten nach Taiwan, der bei Wang als interessierter Käufer auftrat und sich zwei Panda-Felle zeigen ließ. Der Handel mit den Häuten der großen Pandas in der Volksrepublik China *ist seit 1962* verboten. Es gibt nur noch etwa 1000 Exemplare in der freien Natur.

Nummerngirl ermordet

Pol. **Wien**

Mit eingeschlagenem Schädel wurde gestern das Nummerngirl des derzeit in Wien gastierenden deutschen Zirkus Sarasani, Monica Fleischer (17) vor dem Zirkuszelt gefunden. Die Polizei fahndet nach dem Freund des Mordopfers, dem Zirkusrequisiteur Uwe Beyer (32) aus Hamburg, der seit gestern spurlos verschwunden ist.

Tod auf der Autobahn

dpa, **Berlin**

Bei einem schweren Verkehrsunfall auf der Transitautobahn bei Barleben (Kreis Wolmirstedt) kamen zwei Menschen ums Leben. Ein Pkw aus West-Berlin war aus noch ungeklärter Ursache frontal mit einem Wagen aus den Niederlanden zusammengeprallt.

Warnung aus dem All

rtr, **Moskau**

Die sowjetischen Kosmonauten Wladimir Ljachow nund Alexandrow haben nach amtlichen Angaben eine Katastrophe in der Tadschikischen Sowjetrepublik verhindert. Wie die „Prawda" am Wochenende meldete, hatten sie von der Raumstation Saljut-7 schmelzende Gletscher in dem zentralasiatischen Gebiet entdeckt. Auf Grund ihrer Warnung konnten die Einwohner der Regionen vor den drohenden Überschwemmungen in Sicherheit gebracht werden.

Mafia-Boß verhaftet

AFP, **Palermo**

Der Chef einer Mafia-„Familie", der 26jährige Antionio Marchese, wurde am Wochenende gemeinsam mit seiner Mutter und seinen beiden Schwestern in Palermo verhaftet. Die „Familie" Marchese gehört laut Polizei zu den einflußreichsten Siziliens.

Zu Tode gestürzt

AP, **Zermatt**

Die Serie schwerer Bergunfälle im Schweizer Kanton Wallis hat sich am Wochenende fortgesetzt: Am Matterhorn und am Chardonnet stürzten je zwei Alpinisten in den Tod. Die Zahl der Bergtoten im Wallis hat sich damit in diesem Sommer bereits auf 22 erhöht.

LEUTE HEUTE

Schneckentempo

Ganoven haben es *in den nächsten* Wochen in Shrewsbury (US-Bundesstaat New Jersey) leicht, wenn sie versuchen, der Polizei per Auto zu entkommen. Der Polizeichef der kleinen Stadt hat seinen Beamten befohlen, mit keinem Streifenwagen schneller als 60 km/h zu fahren. „Ich lasse lieber einen Kriminellen entkommen, als daß das Leben meiner Beamten gefährdet wird", begründete Polizeichef **Raymond Mass** die ungewöhnliche Anordnung. Alle *sechs Streifenwagen des Ortes seien* so klapperig, daß höhere Geschwindigkeiten lebensgefährlich wären. Für neue Fahrzeuge aber hat die Stadt kein Geld.

Wieder im Geschäft

„Flirt" heißt schlicht und ergreifend der Film, in dem **Monica Vitti** (Foto) nicht nur die Hauptrolle unter lauter Männern spielt, sondern für den sie auch das Drehbuch selbst schrieb. Nach langer Pause vom Filmgeschäft hat sich die Schauspielerin zu diesem Schritt entschlossen. „Ich kann einfach nicht ohne den



Film leben", sagte sie. Regisseur des in Roms Filmstadt Cinecitta gedrehten Streifens ist der Lebensgefährte der Vitti, der Fotograf **Roberto Russo.**

Rekord-Haus

John Sain hat sein Ziel erreicht, aber zum Schluß wagte er kaum noch zu atmen. Der 14jährige Schüler aus dem amerikanischen South Bend baute das höchste Kartenhaus der Welt: 3,85 Meter hoch. Damit übertraf der junge Schüler den im Guinness-Buch der Rekorde aufgeführten Turm um fast 30 Zentimeter. Der nur 1,55 Meter große Teenager baute das Kartenhaus mit insgesamt 1574 Karten.

Fortschritte

Der französischen Schauspielerin **Mireille Darc** (45), Opfer eines schweren Autounfalls, macht langsam Fortschritte. Im September kommt sie in Rehabilitations-Zentrum in der Nähe von Genf, wo sie wieder laufen lernen soll. Seit fünf Wochen liegt die Lebensgefährtin von **Alain Delon** unbeweglich in einem Privatzimmer des Genfer Kantonspitals, wo sie am 9. Juli mit einem doppelten Bruch des ersten Beckenwirbels, zwei gebrochenen Rippen, schweren Prellungen des Brustkorbs und einer Platzwunde am Kopf eingeliefert wurde.

Mit dem Computer zog im Gefängnis das Chaos ein

K. H. KUKOWSKI, **Los Angeles**

In der Verwaltung des Strafvollzugs von Los Angeles herrscht das Chaos: Das nach fünf Jahren Planung vor einer Woche installierte IBM-Computersystem ist wegen Überladung und Versagens des Bedienungspersonals zusammengebrochen. Ergebnis: Seit Donnerstag mußten über 500 Fälle von den Richtern vertagt werden, weil ihnen die Untersuchungshäftlinge nicht vorgeführt wurden.

Konsequenzen für die Häftlinge: Viele, die ihre Strafen abgesessen haben, werden nicht freigelassen, weil der Computer die Auskunft verweigert. Hunderte von Besuchern mußten *abgewiesen werden. Nur wer wuß*te, in welchem Gefängnis, welchem Flügel und welcher Zelle der Angehörige sitzt, fand Einlaß.

Allein am Freitag wurden 200 Häftlinge *nicht zum fälligen Gerichtster*min vorgeführt, andere erst mit stundenlanger Verspätung. Als der Computer wieder funktionierte, brachte ein Stromausfall wenig später erneutes Chaos.

Wer zur Entlassung vorgesehen ist, muß sich in Los Angeles zur Zeit selbst melden – dann wird in den noch vorhandenen Akten nachgeschaut, ob die Angaben stimmen. Ein Rechtsanwalt beklagte sich: „Mein Mandant ist spurlos verschwunden. Keiner kann mir sagen, in welchem Gefängnis er sitzt."

Das fünf Millionen Dollar teure System war vor fünf Jahren für 9000 Gefängnisinsassen geplant worden – *mit jetzt 15 000 ist* es hoffnungslos überfordert. Viele Beamte des Strafvollzuges ließen sich auf Staatskosten an den Computern anlernen und nahmen danach mit der neuerworbenen *Qualifikation besser bezahlte Stellen* in der Privatindustrie an.

Jetzt sind die Beamten vorerst zu dem alten Verfahren des Aktenwälzens zurückgekehrt – aber das braucht *eben seine Zeit. Inzwischen müssen* Häftlinge länger sitzen und bekommen keinen Besuch, was wiederum, wie jetzt schon abzusehen ist, zu einem Rattenschwanz von neuen Prozessen führt: um Schadenersatz für die erlittene Unbill. (SAD)

Werbetrommel tönt für den schrumpfenden See

Wegen Reparaturen wird der Schluchsee abgelassen

dpa, **Schluchsee**

Dem Schluchsee steht ein Jahrhundertereignis bevor: Er soll abgelassen werden. Niemand im Rathaus des *gleichnamigen Städtchens im Hoch*schwarzwald weiß so recht, ob dies ein Grund zur Freude ist. Eine Attraktion wird es auf jeden Fall: Am 29. August beginnt für den See die „Abmagerungskur" bis auf die frühere Größe.

Ursprünglich war der Schluchsee, der seine Existenz der Vergletscherung des Feldberges verdankt, einer der kleinsten Seen am Fuße des höchsten Schwarzwaldgipfels und nur etwas mehr als zwei Kilometer *lang.* Englische Sportfischer „entdeckten" See und Ort um die Mitte des vorigen Jahrhunderts als Angel- und Urlaubsparadies. Ende der 20er Jahre wurde das Gewässer zum *Hauptwasserspeicher* des Schwarzwaldes ausgebaut und der Wasserspiegel um 30 Meter angehoben. Durch diesen Stau avancierte der Schluchsee mit 108 Millionen Kubikmeter Wasser und einer Länge von siebeneinhalb Kilometer zum größten See des Schwarzwaldes.

Umfangreiche Reparatur- und Wartungsarbeiten am Seeboden machen jetzt die Absenkung notwendig. Sieben Wochen wird es dauern, bis etwa 100 Millionen Kubikmeter Wasser in den nahen Rhein abgepumpt worden sind. Im kommenden Frühjahr soll der See wieder im alten Glanz erstrahlen. Bis dahin bereitet das Thema Fremdenverkehr Kopfzerbrechen. *Ein Großteil der Menschen* rings an den Ufern ist auf Urlauber angewiesen.

Aus der Not eine Tugend

Viele Fremde kommen allein wegen der vielen Wassersportmöglich*keiten. Für Segler und Surfer ist* der See ein Paradies. Allein Schluchsee mit seinen 1800 Einwohnern verfügt über 4000 Gastbetten. Die Kurverwaltung läßt nun nichts unversucht, ei*ner „Ebbe" gegenzusteuern.* Nach dem alten Rezept, aus einer Not eine Tugend zu machen, wird für das „Jahrhundertereignis" die Werbetrommel gerührt.

Freunde des Sees im In- und Aus*land, so hofft man* rund um das Gewässer, werden sich das Schauspiel des „Auftauchens einer versunkenen Landschaft" nicht entgehen lassen. Die Erwartungen müssen allerdings gedämpft werden. Ein „Geisterdorf" wird nicht aus den Fluten steigen. 15 Häuser mußten einst dem Stausee geopfert werden, so das Hotel „Seebrugg" und zwei Höfe auf der Seite Blasiwald. Doch die Gebäude wurden abgetragen und zum Teil an anderer Stelle wieder aufgebaut. So werden nur die Grundmauern sichtbar sein.

Vorsorge für Fische

Aber eine andere Attraktion steht bevor: 1884/85 entstand in Verbindung mit dem Bau der Höllentalbahn die Poststraße von Aha nach Seebrugg am See entlang. Auch sie versank im Wasser. Dieser Verkehrsweg wird nun wieder zum Vorschein kommen. Vorausgesetzt, daß sein Zustand es erlaubt, werden Touristen wie vor 100 Jahren in einer alten Postkutsche vierspännig auf ihm dahinrollen können.

Was sonst noch alles auf dem *Grund des Sees gefunden wird, weiß* noch niemand. Sicher ist, daß bei Kriegsende Waffen und Munition in den See geworfen wurden. Probebaggerungen und Arbeiten mit einer Unterwasserkamera brachten bereits etliche „Kostproben" ans Tageslicht, darunter drei Motorräder und zahlreiche Hinterlassenschaften von Umweltsündern.

Der Schluchsee gilt auch als ausgesprochen fischreich. Soweit die Tiere nicht vorher in die Netze gegangen sind, werden sie im fünf bis acht Millionen Kubikmeter großen Restsee durch künstliche Seebeatmung am Leben erhalten. So brauchen nicht einmal die Angler um ihr Wo*chenend- oder Ferienvergnügen zu* fürchten.

Beim Hungern hilft ein gutes Gespräch

Landeszentrale für Gesundheitserziehung stellt erfolgreiche Abspeck-Methode vor

EBERHARD NITSCHKE, **Bonn**

„Übergewichtige, die in der Gemeinschaft von Leidensgenossen lernen wollen, wie *man* sich *ohne* zu hungern richtig ernähren und dabei überflüssige Pfunde abbauen kann, werden gebeten, sich zu melden." Mit solchen Zeitungsanzeigen bat vor kurzem die Landeszentrale für Gesundheitserziehung Rheinland-Pfalz in Mainz zum Abspecken. In diesen Tagen hat Professor Klaus Klein die erste Gruppe von „Leidensgenossen" nach der Kur wieder in die Freiheit entlassen. Sein Rekord-Dicker verlor in rund 25 Tagen 14 Kilo.

Vor fünf Wochen hatten sich die ersten 36 Test-Personen bei ihm gemeldet. Die meisten von ihnen hatten schon alle möglichen Anstrengungen zur Gewichtsreduzierung hinter sich, waren aber vorzeitig rückfällig geworden, oder die Mühen hatten gar zu nichts geführt. Sie warteten, daß man sie nun zuerst wieder zur Kasse bitten würde, erlebten aber eine angenehme Überraschung: Für 30 Mark war jeder bei der Klein-Regulin-Kur dabei. Der Professor: „Wir machen hier keine Gewinne, das Ganze ist nur als Unkostenbeitrag gedacht."

Das Rezept scheint so einfach wie wirkungsvoll. Jeder hat das appetithemmende Präparat aus der Hand des Professors nach Vorschrift zu nehmen. Man trifft sich einmal wöchentlich *in der Landeszentrale* zum Erfahrungsaustausch, zur Seelenmassage rückfälliger Fresser und zum gemeinsamen Gang zur Waage, wo die Wahrheit ans Tageslicht kommt. Wer zugibt, sich nicht an die Vorschriften gehalten zu haben, wird vom Rest der Gruppe auf den rechten Weg zurückgebracht.

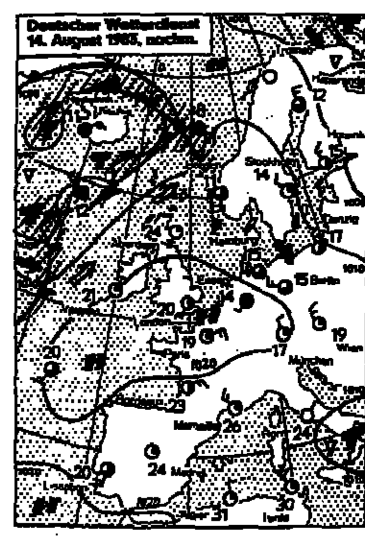
Als besonders hinderlich stellten sich „Arbeits-Essen" heraus, an denen manche Kursteilnehmer aus beruflichen Gründen teilzunehmen hatten. Professor Klein verriet Tricks, wie man sich selbst bei solchen Zwangs-Menüs an die von ihm verordnete Diät halten kann, ohne allzusehr aufzufallen.

Schon nach kurzer Zeit fiel vor allem auf, daß „die Leute das nicht alleine machen können, die kippen um, die brauchen die Gruppe, die *müssen von links und von rechts* gestützt werden, damit sie das durchhalten". Es wurden Abende veranstaltet, an denen man die Gestaltung von Mittag- und Abendessen besprach, wo „viel auf dem Teller liegt, aber nichts dahinter ist". Nach vier Wochen erlebte Professor Klein („Wir freuen uns hier in der Landeszentrale schon immer auf den Dicken-Tag") einen Triumph: Nur zwei Leute waren abgesprungen.

Am 21. August schließt der Kurs *mit* einem Ereignis, das für keinen der Entfettungs-Kandidaten bisher zu den körperlichen Möglichkeiten gehörte: mit einem Wandertag. Die nächste Gruppe steht schon auf der Matte. *Vielleicht, so Professor Klein,* weil man in der Landeszentrale so streng nun wieder auch nicht ist. Wer gegen die Spielregeln der Kur verstoßen hat, muß nur beim nächsten Mal auf der Waage den „Ausgleich" beweisen.

WETTER: Heiter

Wetterlage: Ein sich nach Osteuropa verlagerndes *Hochdruckgebiet* führt an seiner Westflanke warme Luft nach Deutschland.



Vorhersage für Montag:

Bundesgebiet und Berlin: Nach Auflösung von Frühdunstfeldern heiter und trocken. Erwärmung auf 23 bis 26°. Nachts klar und Abkühlung auf 11 bis 14°. Schwachwindig.

Weitere Aussichten: Heiter und niederschlagsfrei bei weiter ansteigenden Temperaturen.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	15°	Kairo	30°
Bonn	17°	Kopenh.	18°
Dresden	15°	Las Palmas	23°
Essen	14°	London	20°
Frankfurt	19°	Madrid	24°
Hamburg	15°	Mailand	24°
List/Sylt	15°	Mallorca	28°
München	17°	Moskau	17°
Stuttgart	18°	Nizza	27°
Algier	31°	Oslo	15°
Amsterdam	16°	Paris	19°
Athen	28°	Prag	14°
Barcelona	27°	Rom	24°
Brüssel	16°	Stockholm	14°
Budapest	20°	Tel Aviv	34°
Bukarest	14°	Tunis	30°
Helsinki	15°	Wien	19°
Istanbul	26°	Zürich	19°

* **Sonnenaufgang am Dienstag:** 5.08 Uhr, Untergang: 19.43 Uhr, **Mondaufgang:** 14.46 Uhr, Untergang: 23.23 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Die verschlungenen Wege des bedruckten Papiers

FRIED H. NEUMANN, **Moskau**

Eines der Ärgernisse in Moskau ist – für Einheimische wie Ausländer gleichermaßen – die *Zustellung* von Zeitungen und Zeitschriften. Publikationen aus dem Westen erreichen den Ausländer – Moskowiter haben gar keine Chancen, sofern es sich nicht um Funktionäre handelt – in der sowjetischen Hauptstadt, wenn überhaupt, dann nur mit erheblicher *Verspätung. Lückenlose Lieferung* wird ausdrücklich nicht garantiert.

Am häufigsten gehen attraktiv aufgemachte Illustrierte auf dem Postweg verloren; gelegentlich fehlen sogar *einzelne Nummern von Tageszei*tungen. Selbst die „schnellsten" sind, wenn sie endlich beim Empfänger im Briefkasten landen, eine halbe Woche alt. Das gilt aber nur für die teuren Luftpost-Abonnements. Bei *normalem* Bezug ist es der sowjetischen Post offenbar nicht möglich, die magische Frist von einer Woche zu unterschreiten. Oft genugt liegt das Erscheinungsdatum solcher Zeitungen anderthalb Wochen zurück.

Dem zunächst verärgerten, mit der Zeit jedoch resignierenden Abonnenten wird bei jeder Beschwerde vom Zustellpostamt versichert, man gebe dort alles sofort weiter. Das ist gewiß zutreffend. Für die Versäumnisse sorgt ein Zentralamt, das die gefährliche Importware kontrolliert und wegen *Überlastung* erst einmal *alles* stapelt, bevor es die Berge offenbar stoßweise abträgt. Jedenfalls kommt es häufiger vor, daß der Empfänger gleich mehrere Ausgaben seiner Zeitung, unter ein und demselben Datum abgestempelt, erhält.

Absolut zuverlässig funktioniert die Kontrolle allerdings auch nicht. Als kürzlich der „Spiegel" wegen einer *unliebsamen* Fortsetzungsgeschichte sogar an westliche Bezieher nicht ausgeliefert werden durfte, sah das in der Praxis recht unterschiedlich aus: Einigen Abonnenten wur*den alle vier Folgen vorenthalten,* anderen zwei oder drei. Andere wiederum erhielten alle Exemplare.

Aber auch Einheimische, die nicht das Privileg genießen, westliche Zeitungen *lesen zu dürfen,* teilen mit den Ausländern wenigstens das Ärgernis verspäteter Zustellungen: Der sowjetische Postminister Schamschin, der kürzlich in der „Prawda" Unregelmä*ßigkeiten zugab,* schob die Schuld auf schlechtes Flugwetter und organisatorische Mängel. Die Ortsverwaltungen stellten oft nur die Hälfte der benötigten Transportmittel zur Verfügung.

Die riesige Ausdehnung des Landes bereitet der sowjetischen Post die größten Probleme. Die Abonnements-Auflage der mehr als 4000 Zeitungen und Zeitschriften liegt bei 343 Millionen Stück pro Tag; gedruckt werden insgesamt 400 Millionen Exemplare. Allein die Moskauer Zeitungen werden an 53 Druckorten hergestellt. Eine Zahl, die noch erhöht werden soll. Das Personal der Post muß täglich 16 000 Tonnen bedruckten Papiers bewältigen. Moderne Registrier- und Sortieranlagen sind Mangelware. Elektronische Datenverarbeitung gibt es erst in wenigen Großstädten. *Da* es obendrein an Fahrzeugen mangelt, verzögert sich also vor allem die Zustellung in den ausgedehnten ländlichen Gebieten, wo 150 000 Briefträger im Einsatz sind.

Die Kommunistische Partei, die ihre Medien als unverzichtbares Propagandainstrument und kollektives Erziehungsmittel betrachtet, wünscht sich trotz der Riesenauflagen noch mehr Leser. Dazu setzt sie „freiwillige Helfer" als Werber ein, die zu erfolgreicher Arbeit verpflichtet sind. Ihre Praktiken haben die Bevölkerung so verärgert, daß Postminister Schamschin nach einer Flut von Leseranfragen klarstellen mußte: Niemand dürfe zu einem Abonnement genötigt werden; außerdem sei es auch nicht zulässig, das Abonnement populärer Zeitschriften mit dem des weniger beliebten Parteiblattes zu koppeln. Aber, so fügte der Minister als persönliche Ansicht hinzu: Er könne sich nicht gut vorstellen, daß ein Kommunist auf die Lektüre der Parteizeitung verzichtet.

*Aber selbst der staatliche Kioskver*kauf ist nicht unproblematisch. Zwar gibt es wie im gesamten sowjetischen Wirtschaftsleben auch für die 38 000 Verkaufsstellen im Lande ein Plansoll, das *Personal* ist jedoch nur zu bestimmten Rubelumsätzen, nicht aber zum Verkauf eines Minimums von Zeitungen verpflichtet. So wird der Plan durch die Anpreisung von Seife, Kämmen und anderem Kleinbedarf erfüllt. Das hebt den Umsatz, weil die Ware teurer und außerdem gefragter ist. Hier nun kündigte der Postminister eine baldige Änderung an. *Danach* sollen die Prämien für die Verkäufer in Zukunft an den Absatz bei Zeitungen und Zeitschriften gekoppelt werden.

ZU GUTER LETZT

Am Schwarzen Brett einer Kirche in Nottingham: „Bässe und Tenöre für ‚Die Kreuzigung' dringend gesucht!" Darunter ein handschriftlicher Zusatz: „Nehmt doch meinen Robert."